

OS

„Gestëppels a Gestreits“

Mobbingvorwürfe und interne Konflikte:
Der Cercle de Coopération des ONGD steht
vor schweren Problemen

Mit dem Virus lernen

Schulen und Kinerlgärten öffnen wieder.
Weiterhin ist jedoch unklar, welche
Rolle Kinder und Jugendlichen bei der
Übertragung des Coronavirus spielen

This is the new normal

Pour sa stratégie de déconfinement, le
gouvernement cherche un fragile équilibre
entre la santé, l'économie et les droits
fondamentaux

Photo : Sven Becker

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#19 67. Jahrgang 8. Mai 2020



5 453000 174663



2019

4,00€



Die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen sind die ersten, die unter besonderen Schutzauflagen wieder in die Schulen zurückkehren

Mit dem Virus lernen

Ines Kurschat

Viertel vor acht am Jongelycée (LGL) auf dem Limpertsberg. Eine Handvoll Schüler mit blauen Gesichtsmasken und schwarzen Schals wartet hinter dem Eingangstor darauf, sich die Hände mit durchsichtigem Gel zu desinfizieren. An rot-weißen Verkehrshütchen geht es mit anderthalb Metern Sicherheitsabstand über die steinerne Treppe hinauf in die Klassensäle. „Es ist gewöhnungsbedürftig, aber bisher läuft es“, sagt Schuldirektor Frank Eyschen, der im sportlichen Hemd und mit freundlich funkelnden Augen hinter der Maske das Willkommenskomitee bildet.

„Wir hatten den Schülern am Donnerstag eine Mail mit den Regeln und Plänen geschickt“, erklärt Eyschen, während er auf eine Stellwand mit Plänen voller Pfeilen zeigt. Wie in den anderen Lyzeen haben der Schulleiter und sein Team die Treppen nach dem Einbahnstraßensystem markiert, um zu vermeiden, dass sich zu viele Schüler beim Gang ins oder vom Klassenzimmer begegnen. Die Einhaltung der Regeln wird streng kontrolliert: „Ihr müsst durch den anderen Gang gehen“, ermahnt Eyschen zwei Schülerinnen, die die Markierungen am Boden übersehen haben.

Normalerweise herrscht um diese Uhrzeit reges Leben auf den Gängen, Stimmen rufen durcheinander, Schüler laufen die Stufen hinauf und hinab. „Es ist gut, die erste Woche mit den Abschlussklassen zu starten. Die Älteren sind disziplinierter, und wir können testen, falls etwas fehlt oder nicht funktioniert“, so Eyschen. Ab nächster Woche, wenn die anderen Sekundarschüler hinzukommen, wird die Zahl von acht Klassen auf 46 sprunghaft steigen. Aber auch diese Klassen werden in zwei Gruppen, Lern- und Übungsgruppe, aufgeteilt, die sich wöchentlich abwechseln. „Es fehlen noch Plexiglasschutzschilder“, sagt Frank Eyschen. Sie werden in Belgien produziert.

Jede Schule konnte ankreuzen, was sie an zusätzlichem Schutzmaterial benötigt: von Masken und Gel über Warnschilder bis hin zu Plexiglasabtrennungen. Bisher wurden 300 000 Gesichtsschals (pro Schüler und Mitarbeiter zwei) und 28 000 Flaschen Desinfektionsmittel bestellt. Einer vorsichtigen Schätzung zufolge belaufen sich allein die Materialkosten auf rund zwei Millionen Euro. Für die Schulen bedeuten die Rahmenbedingungen einen organisatorischen Kraftakt: Mit weniger Personal und maximal fünf Unterrichtsstunden

Gesichtsschals, Masken, Desinfektionsgels, Plexiglas-Trennwände – die Kosten für die zusätzlichen strikten Schutzmaßnahmen beziffert das Bildungsministerium auf rund zwei Millionen Euro

täglich müssen sie neue Stunden- und Einsatzpläne aufstellen. Das heißt: Die meisten Wahlfächer fallen weg. Sport aus Sicherheitsgründen sowieso; der Akzent liegt auf den Hauptfächern.

Examen im Turnsaal 96 Prozent der SchülerInnen, teilte Erziehungsminister Claude Meisch (DP) vor Journalisten am Dienstag im Kirchberger Europazentrum mit, seien dem Aufruf zurückzukehren gefolgt. Die, die Montag daheim blieben, zählen zu den besonders schutzbedürftigen Risikogruppen, sind also chronisch krank oder haben jemand Kranken in der Familie. Damit scheint klar: Der Aufruf der Lehrgewerkschaft SEW und der Unel, die Schülern wählen zu lassen, ob sie die verbleibenden zwei Wochen vorm Examen noch einmal zum Lernen in die Schule kommen, findet augenscheinlich wenig Resonanz.

Und doch gibt es Kritik an der Vorgehensweise des Erziehungsministers. „Ich hätte gerne die Wahl gehabt, ob ich daheim lerne oder in der Schule“, sagt eine junge Frau im schwarzen Mantel, die mit Freundinnen ins Lyzeum *Fieldgen* eilt. „Das wäre dann aber als Schwänzen vermerkt worden.“ Auch andere Schüler, die das *Land* befragt hat, sind für Wahlfreiheit: „Ich habe mich gefreut, meine Klassenkameradinnen wiederzusehen. Aber ich kenne Freundinnen, die haben echt Angst“, sagt Melanie, Primanerin am Lycée Michel Lucius. Sie machen sich Sorgen, sich anstecken zu können und das Virus unabsichtlich an Familienangehörige weiterzugeben.

Andere, wie Steve, ebenfalls Primaner am Lycée Michel Lucius, bevorzugen aus anderen Gründen den Fernunterricht: „Erst musste ich mich umgewöhnen, aber dann konnte ich zuhause besser lernen. Weil ich meine Zeit frei einteilen kann.“ Seinen Lehrern habe er „vier- bis fünfmal am Tag geschrieben“, wenn etwas unklar gewesen war, so Steve, der zugibt, dass Klassenkameraden das anders sehen: „Manche Kollegen haben zuhause keine guten Lernbedingungen. Sie wollen zurück in den Unterricht, weil sie sich da besser konzentrieren können.“ Den Lerneffekt der Woche bis zu den Prüfungen bewertet Steve skeptisch: „Wir sind in zwei Gruppen aufgeteilt, eine mit Lehrer, eine mit Aufsicht und Livestream.“ Am ersten Tag sei die Internetverbindung zu wackelig gewesen und „am zweiten klappte der Ton nicht“. Trotzdem loben er und

Schulkamerad Hugo die Lehrer, die meistens „rund um die Uhr erreichbar“ seien.

„Es ist kein Boykottaufruf“, betont Vicky Reichling von der Studentenorganisation Unel. „Wir wollen, dass Schüler selbst entscheiden können.“ Die Jugendlichen, obwohl die Hauptbetroffenen, seien zu keinem Zeitpunkt in die Planungen des Ministers einbezogen gewesen. „Es gibt Schüler, die sich Sorgen um ihre Gesundheit oder um die Gesundheit anderer machen. Das muss man ernst nehmen.“ Wenn drei Lehrgewerkschaften gemeinsam mit den Schülern Stellung beziehen, dann sage das „doch etwas aus“.

Informiert, nicht konsultiert *Nolauscheren*, zuhören, ist eine der beliebtesten und am häufigsten genutzten Vokabeln von Minister Meisch. Er habe mit vielen Akteuren gesprochen und „intensiv konsultiert“. Mit den Gewerkschaften, Psychologinnen und Wissenschaftlern, den ElternvertreterInnen, aber auch mit dem Syvicol und anderen, die die Sicherheitsmaßnahmen umsetzen.

Dass es – drei – Videokonferenzen mit dem Minister gegeben hat, bestreitet Patrick Remakel vom Grundschullehrersyndikat SNE nicht: „Wir werden informiert, aber wir können uns mit unserer Expertise nicht wirklich einbringen.“ Die Lehrgewerkschaft ist nicht als einzige verärgert: Wichtige Details zur Schulorganisation in der Corona-Zeit wurden als erstes von RTL gemeldet, noch bevor Schuldirektionen sie kannten. Das sorgt für Unmut, auch wenn grundsätzlich Verständnis für die Komplexität des Unterfangens herrscht, den Unterricht unter strikten Schutzmaßnahmen wieder aufzunehmen.

Aber was sind diese außer Maskentragen und Abstandhalten? Etwas stößt Schülern und Lehrern auf: „Es gibt weiterhin hundert Fragen zum Virus und wie es sich durch die Schulen verbreitet“, sagt Melanie vom LML. Die Primanerin hat sich entschieden, ihre Maske in der Klasse aufzubehalten, um auf Nummer sicher zu gehen. Manch Mitschüler sähe das lockerer: „Wir umarmen uns nicht, aber halten den Abstand ein.“

Eine eindeutige Antwort auf die Gretchenfrage – welche Rolle spielen Schulen und Kinder für das Infektionsgeschehen – blieb Meisch allerdings auch am Dienstag, zwei Wochen nach Ankündi-

gung der ersten Lockerungs-Phase des *Lockdown*, schuldig. Zur Erinnerung: Die Schulen waren am 18. März geschlossen worden, mit der Begründung, Kinder könnten besonders zur Verbreitung des Virus beitragen. Jetzt soll es plötzlich weniger gefährlich sein, die Schulen wieder zu öffnen?

Die einzige Kinderärztin, die sich seit der Isolierung ausführlicher zum Übertragungsrisiko von Kindern geäußert hat, ist die Infektiologin Isabel de la Fuente Garcia vom hauptstädtischen CHL. Ihrer Erfahrung nach zeigte die „große Mehrheit“ der im CHL positiv auf Covid-19 getesteten Kinder, wenn überhaupt, dann nur milde Symptome, und war von ihren Eltern angesteckt worden, nicht umgekehrt. Auch hätten die Kinder nicht andere Kinder angesteckt.

Virologen raten zur Vorsicht Anders die rückwirkenden Beobachtungen an einem Gymnasium im nordfranzösischen Oise: Dort sollen sich binnen fünf Wochen mehr als 38 Prozent der Schüler, mehr als 43 Prozent der Lehrer und 60 Prozent des sonstigen Personals infiziert haben. Bei den Ansteckungen auf Geschwister und Eltern lag die Quote bei zehn bis elf Prozent. Ein beunruhigendes Ergebnis, das der deutsche Virologe Christian Drosten im Berliner *Tagespiegel* so kommentierte: „Das sind Zahlen, da muss man schon sagen: Wenn das in Schulen passiert, dann darf man Schulen nicht öffnen. Da infizieren sich wirklich im Mittel über 40 Prozent.“ Drosten hat mit seinem Team vom Berliner Charité-Krankenhaus untersucht, welche Ansteckungsgefahr von Kindern ausgeht: Sie wiesen gegenüber Erwachsenen ähnlich unterschiedliche Viruskonzentration in den Atemwegen auf. Will heißen: Es ist nicht ausgeschlossen, dass Kinder hinsichtlich Covid-19 genauso ansteckend sind wie Erwachsene.

Vom *Land* damit konfrontiert, sagte Meisch am Dienstag, er kenne die Studie. Er habe sie aber nicht selbst gelesen und es stehe ihm nicht zu, sich als Politiker zu epidemiologischen Studien zu äußern und sie zu bewerten – um im nächsten Atemzug das zu tun: „Es wird nicht mehr gesagt, Kinder seien ansteckender als Erwachsene, sondern nur noch genauso ansteckend wie sie“, so seine positive Lesart. Allerdings würde die Analyse wiederum von anderen Forschern und Studien angezweifelt.

Schulen und Kindergärten öffnen allmählich wieder. Weiterhin ist völlig unklar, welche Rolle Kinder und Jugendliche bei der Übertragung des Coronavirus spielen

Gilles Baum, Fraktionspräsident der DP, zitierte am Mittwoch im Parlament seinerseits eine Untersuchung aus China, derzufolge Kinder nicht so ansteckend seien wie Erwachsene; genau die gegenteilige Aussage. Baums Hauptargument für die geplante Wiedereröffnung von Schulen und Kindergärten, das er und auch der Minister mehrfach wiederholte: Es sei wichtig, die Schule „propper ofzeschleissen“, Schüler zu benoten, um im nächsten Schuljahr dann „neu durchstarten“ zu können. Was der Abgeordnete nicht sagte: Bisherige Covid-19-Studien haben gemein, dass sie meist kleine Fallzahlen analysiert haben und in der Kürze der Zeit nicht von unabhängigen Experten überprüft wurden. Also sind sämtliche Ergebnisse mit Vorsicht zu genießen.

Eigene bereichsspezifische Testreihen sollen, laut Meisch, ein genaueres Bild von der Lage in Luxemburgs Schulen erlauben: Aber sie laufen gerade erst an und zu den ersten Tests von Abschlusschülern vor einer Woche waren nur knapp 40 Prozent erschienen. Wenig verwunderlich, denn Schüler der Hotelschule in Diefkirch und der Ackerbauschule in Ettelbrück

sollten beispielsweise um sieben Uhr morgens in Marnach zum Abstrich antreten.

Szenarien nicht transparent So gesehen, bleiben hinsichtlich des virologischen Szenarios der Schulöffnungen Schlüsselfragen ungeklärt, obwohl sowohl Xavier Bettel, Paulette Lenert als auch Claude Meisch ein ums andere Mal betonten, das Virus gebe den Takt der Lockerungen vor.

Wohl händigte die Regierung den Abgeordneten am Mittwoch nach mehrmaliger Aufforderung ein 17-seitiges Papier der Covid-19-Forschungsgruppe aus. Aber zum einen gelten die Sitzungsinhalte als vertraulich, zum anderen berücksichtigt das darin berechnete Szenario lediglich die Rückkehr von 6 000 Primanern und Lehrern am 4. Mai, nicht aber die Rückkehr von weiteren mehreren Tausend Sekundar- und Grundschulern. Das heißt, dass offenbar niemand sagen kann, was die Exitstrategie in Sachen Corona und Schulen ist. Und sie deshalb auch niemand unabhängig überprüfen kann. Zwar werden Klassen halbiert und in zwei Gruppen abwechselnd unterrichtet. Dabei ist stets ein Sicherheitsabstand von zwei Metern

einzuhalten. Aber wie geht das bei Erstklässlern? Dort sollen festen Kleingruppen, die „nach außen isoliert“ sind, nach innen mehr Öffnung erlauben, so Meisch. Man sei mit dem Gesundheitsministerium dabei, nach Lösungen zu suchen. Auf welche Erfahrungswerte und Hypothesen stützen sich die Experten bei dieser Zielgruppe?

Und was geschieht für den Fall, dass wiederholte Tests ergeben, dass das Virus sich wieder mit erhöhter Geschwindigkeit verbreitet? Werden die betreffenden Schüler alle in Quarantäne gesetzt auf Gefahr hin, dass sie daheim Angehörige anstecken, die vielleicht zur Risikogruppe zählen? Wird effektiv geprüft, mit wem sie Kontakt hatten? Und wenn sich eine Klasse und das Personal dazu infizieren? Müssen diese Schulen dann schließen und die Lehrer wieder von zuhause aus unterrichten?

Neuseeland macht vor, wie eine transparente wissenschaftlich untermauerte Covid-19-Exitstrategie geht: Wie Luxemburg hat sich die sozialdemokratische Regierung von Jacinda Ardern für einen mehrphasigen Exit entschieden, der auf vier Alarmstufen basiert. Mit 21 Toten und einer

Die Testreihen bei den Sekundarschüler laufen an; von zunächst 2 354 Teilnehmenden waren neun Jugendliche Covid-19 positiv und durften nicht in die Schule zurückkehren

Neuinfektion in 24 Stunden (bei insgesamt 1 139 positiv Getesteten) befindet sich das Land kurz vor Einläuten von Alarmstufe zwei. Nachdem auf Stufe drei Schulen nur für diejenigen Eltern und Schüler bis zehn Jahre geöffnet waren, die dringend Betreuung brauchen, sollen sie voraussichtlich ab nächster Woche allmählich zum Normalbetrieb zurückkehren. Anders als in Luxemburg können Interessierte dort nachlesen, mit welcher Alarmstufe welche Schutz- und Lockerungsmaßnahmen verbunden sind und welche Gesundheitsdaten und Prognosen dem unterliegen. Auch anonymisierte Testresultate und Informationen zu Covid-19-Positiven sowie die konsultierte Fachliteratur hat die Regierung veröffentlicht.

Er wolle „die Ängste und die Sorgen, die präsent sind, ernstnehmen“, zuhören und verstehen, hatte Claude Meisch auf der Pressekonferenz betont. Es würde helfen, wenn sein Ministerium zusammen mit dem Gesundheitsministerium endlich alle wissenschaftlichen Grundlagen und Expertenmeinungen veröffentlichen würde, auf denen ihre politischen Entscheidungen beruhen, damit die Bevölkerung sie besser versteht.



Examen und Unterricht unter außerordentlichen Bedingungen



Kinder mit besonderem Förderbedarf

Und wir?

Ines Kurschat

Wo bleiben die Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen?, fragte eine Mutter. Sobei hatte sie den Newsletter des Erziehungsministeriums vom 16. April erhalten, in der die allmähliche Wiedereröffnung von Schulen und Kindergärten angekündigt wurde.

Doch derselbe Newsletter hielt kaum Informationen für sie und ihre 15-jährige behinderte Tochter bereit, die in Nicht-Coronazeiten in einer Sonderschule betreut wird (Kompetenzzentrum). „Wir bekamen erstmalig Aufgaben und Lerntipps nachhause geschickt“, lobt die Mutter, die selbständige Beraterin ist. Weil aber alle anderen unterstützenden Leistungen mit dem *Lockdown* plötzlich unmöglich wurden, hieß es für die Familie: Rundum-Betreuung der pflegebedürftigen 15-Jährigen, neben dem Job und dem Haushalt. Das ohne Pause. Und die ständige Sorge, das Kind könnte vor Corona erworbene Fähigkeiten und soziale Kompetenzen durch die Isolierung und die mangelnde Praxis wieder verlieren.

Wie der Beraterin geht es vielen Müttern und Vätern von Kindern mit besonderem Förderbedarf derzeit. Die sonderpädagogische Abteilung im Erziehungsministerium hatte im *Lockdown*, so wie bei Kindern der Regelschulklassen auch, ihre Lehrkräfte dazu angehalten, in engen Kontakt mit den förderungsbedürftigen Kindern und ihren Eltern zu bleiben. Es wurden Denkaufgaben und Spielanregungen geschickt, aber auch individuell beraten, wenn etwas mit dem *Homeschooling* nicht so klappte, wie es sollte.

In vielen Fällen ging die Rechnung auf und Eltern haben die Zeit einigermaßen überbrücken können. Doch für berufstätige Mütter und Väter mit Kindern, die neben dem pädagogischen Förderungsbedarf zusätzlich Hilfe und Pflege benötigen, etwa weil sie sich nicht eigenständig anziehen, nicht allein auf die Toilette gehen oder essen können, erfordert der wochenlange *Lockdown* enorme Kraft, stählerne Nerven und eine sehr gute Organisation.

Doch das kann kaum den zwischenmenschlichen Kontakt mit Klassenkameraden ersetzen, der für Kinder mit Förderbedarf besonders wichtig ist, um Regeln im Miteinander einzuüben, sich zu spielen oder eigene Fähigkeiten zu testen und aufzubauen. Ab 25. März kehren auch sie in ihre Gruppen zurück, „mit angepassten Schutzmaßnahmen“, betont Laurent Dura, Leiter der sonderpädagogischen Abteilung im Ministerium. Das ist eine Herausforderung, denn „die Heterogenität unter Kindern mit Förderbedarf ist groß“: Sie reicht

von Hilfen für schwerst geistig Behinderten bis zu hochbegabten Autisten. Letztere könnte der Ausnahmezustand und damit verbundene neue Regeln so verunsichern, dass Eltern sie lieber noch zuhause sähen. Sich plötzlich in einer anderen Lerngruppe wiederzufinden, erschüttert möglicherweise wichtige Routinen. Manche Kinderpsychologen haben daher begonnen, solchen Kindern Atteste für ein verlängertes *Homeschooling* auszustellen. Allerdings: Autismus zählt nicht per se zu jenen Vorerkrankungen, die zur Einstufung als Risikogruppe und dadurch zum *Homeschooling* berechtigen. „Die Schulpflicht gilt zunächst einmal für alle“, betont Dura. Sicherlich werde es Kinder geben, „da müssen wir sorgfältig abwägen zwischen dem Recht auf Bildung und ihrem persönlichen Schutz“, räumt der Beamte ein. Das werde genau geprüft. Noch etwas ist ihm wichtig: Kinder mit Förderbedarf werden an den geplanten Covid-19-Testreihen in den Schulen teilnehmen. „Nur so können wir erfahren, wie sich das Virus in diesen Gruppen verhält“, unterstreicht Dura.

Für Kinder mit besonderem Förderbedarf und für ihre Eltern ist die Corona-Krise eine Riesenherausforderung

Diejenigen Kindern, die die Regelschule besuchen, werden von den Teams von Ergotherapeutinnen und Logopäden, Erzieherinnen und Sonderpädagogen aus den Kompetenzzentren begleitet, kündigte Erziehungsminister Claude Meisch am Dienstag an, wenn auch in deutlich kleineren Gruppen. Die Betreuung von Kindern in den vier dann wieder geöffneten sonderpädagogischen Einrichtungen (Kompetenzzentren) sei indes komplexer. Man sei dabei, gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium adäquate Schutzmaßnahmen zu definieren, so Meisch. In einzelnen Fällen werde es beim Fernunterricht bleiben, so der Minister weiter; das gelte insbesondere für Kinder, die wegen ihrer Behinderung oder bestimmten Vorerkrankungen zur Covid-19-Risikogruppe zählen.



Édito

Les experts

josée hansen

Le 23 février 1945, dix jours après la libération de Vianden, le gouvernement mit en place un Commissaire général de la Reconstruction, qui fut élargi, en décembre de la même année, à un Conseil supérieur de la Reconstruction, composé de quinze hauts fonctionnaires, devant assister le ministre de la Reconstruction « de toutes les mesures et de tous les efforts », notamment dans leurs aspects commerciaux et sociaux. Le 28 avril dernier, et seulement après plusieurs demandes instantanes de la presse et des partis de l'opposition, le gouvernement publia la composition de six groupes de travail qu'il consulte actuellement pour la mise en place de sa stratégie de déconfinement dans la crise sanitaire du Coronavirus. Une trentaine de personnes, hauts fonctionnaires, scientifiques, conseillers économiques, psychologues ou experts en éthique assistent le gouvernement dans ses prises de décision sur comment relancer l'économie, l'éducation ou la vie publique et sociale sans prendre de risque sanitaire incommensurable. Ce mercredi, le CSV s'enquiert, dans une question parlementaire, de l'existence d'autres « groupes de travail, commissions et forces opérationnelles » dont elle a eu vent, ainsi que de leur composition. Dans un premier temps, le premier ministre Xavier Bettel (DP) avait estimé, dans une interview au *Luxemburger Wort*, que ces noms étaient soumis au secret de la protection des données. Mais il est d'une évidence accablante que les citoyens ont droit à une totale transparence sur les processus de prise de décision et les

intérêts qui sont en jeu – surtout quand leurs libertés fondamentales et leur santé sont en jeu et que l'État-Léviathan décentralise leur souveraineté vers des arrières-salles qui se soustraient à leur contrôle.

La question est d'autant plus délicate durant l'état de crise, instauré par règlement grand-ducal le 18 mars et prorogé par voie légale par le parlement le 21 mars et qui attribue de très larges pouvoirs à l'exécutif. Le souverain qu'est le citoyen a délégué son pouvoir au Parlement, qui, lui, choisit le gouvernement. Mais qui a choisi, qui légitimé les consultants privés ou publics qui se portent conseillers des ministres ? Et avec quel agenda secret s'engagent-ils (même bénévolement) dans ces tâches ? Déjà critiquée lors de la formation du premier gouvernement Bettel-Schneider-Braz de 2013, la nébuleuse des experts qui soufflent leur idéologie à l'oreille du Premier ministre devient de plus en plus suspecte, non seulement en vue du déconfinement. Mais aussi en vue du plan de financement des mesures d'urgence qui suivra. Le syndicats OGBL, LCGB et CGFP s'en alarment désormais, craignant une réforme fiscale qui pénalise les travailleurs et les travailleuses, appelant à être associés à l'élaboration de la loi pandémie et mettant en garde devant une nouvelle politique d'austérité. Il y aurait déjà un organe où patronat et salariat discutent avec le gouvernement – il s'appelle tripartite.

Mais, à l'image d'Emmanuel Macron en France, Xavier Bettel se méfie des corps inter-médiatiques. Les structures classiques de la prise de décision politique – ces chambres professionnelles, fédérations, Conseil économique et social et autres institutions démocratiquement légitimées – jugés trop lentes, sont peu à peu remplacées par des organes de consultation alibi qui n'ont aucune base mais dépendent du seul pouvoir de nomination du gouvernement. Ils s'appellent centre, comité ou conseil supérieur de quelque chose et ont en commun d'aimer le secret et d'être réticents à la publicité. En quelques minutes de recherche, le portail Legilux renseigne d'une quinzaine de tels conseils supérieurs, comme celui du développement durable, qui vient d'être partiellement renouvelé – il y en a de la statistique, de la santé, de l'éducation ou de la pêche... On n'en entend parler que lorsque le gouvernement leur donne une mission, comme le Conseil national des étrangers, plus de trente membres, qui retombe régulièrement dans en profonde léthargie après sa nomination. Leurs membres sont parfois choisis sur appel à candidatures, souvent selon les réseaux et sympathies de celui qui les nomme ; leurs CVs se lisent comme des profils LinkedIn ou d'un guide pour managers de *PaperJam*. Or, après la consternation des premières semaines, la solidarité, l'empathie et la gratitude de la deuxième phase, il serait temps de retrouver les lumières de la raison et la responsabilité politique assumée et partagée. Une démocratie moderne implique toute transparence.

Vor genau 75 Jahren endete mit der bedingungslosen Kapitulation von NS-Deutschland der Zweite Weltkrieg in Europa. Ein Kontinent in Trümmern, über fünfzig Millionen Tote und unglaubliches Leid. Mit 27 Millionen Toten war die Sowjetunion das Land mit den meisten Opfern. Und laut Historikern war es auch die Sowjetunion, die maßgeblich für den Sieg über NS-Deutschland verantwortlich war, auch wenn in Osteuropa aufgrund der stalinistischen Besatzung der 8./9. Mai nicht als Tag der Befreiung gilt. Wladimir Putins bombastische Erinnerungsfeier in Moskau, die eigentlich für Samstag geplant war und zu der auch Luxemburg eingeladen war, fällt jedoch dem Virus zum Opfer. ps

Trash Picture Company / 2010



blog

- Personalien
- Politik
- Politik
- Justiz
- Gesundheit
- Soziales

Vincent Sybertz,

juriste et directeur du Centre de rétention et du Shuk (Structure d'hébergement d'urgence Kirchberg), montre patte blanche après de récentes critiques émanant du *Tageblatt* et d'ONGs sur la gestion du coronavirus au Shuk, qui abrite des demandeurs de protection internationale non-éligibles. « Nous testons systématiquement toutes les semaines et il y a un médecin sur place trois fois par semaine », affirme-t-il vis-à-vis du *Land*. Ce mardi, huit des soixante résidents étaient positifs au Covid-19 et confinés dans une autre partie du centre, partie que deux d'entre eux pourraient quitter avant la fin de la semaine. Comme les frontières sont fermées, il n'y a actuellement ni retours vers les pays de premier accueil, selon les accords de Dublin (résidents Shuk), ni vers les pays d'origine. Les demandeurs déboutés et autres illégaux attendant d'être expulsés se trouvent au centre de rétention au Findel, où il y a actuellement 23 retenus et aucun cas de Covid-19. jh

François Bausch,

ministre écolo de la Sécurité intérieure, appelle les citoyens au civisme et au respect des règles sanitaires lors de la deuxième phase du déconfinement qui entrera en vigueur lundi. Interrogé par *RTL Radio Lëtzebuerg* sur les missions octroyées à la Police dans le contrôle des limitations des rassemblements (six personnes dans les espaces privés, vingt en public), il a prôné une approche tolérante des deux côtés, et du doigté de la part des forces de l'ordre. Lundi, le premier ministre Xavier Bettel (DP) s'était offusqué des tendances à la délation qu'il constate dans la société. jh

Die Ceta-Show im Cercle

Das Parlament hat mit den Stimmen der Mehrheitsparteien den letzten Teil des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union verabschiedet. Dabei wurde der letzte Akt in Zeiten von Corana zum emotionsgeladenen Politikum mit unerwarteten *Turns*. Die Grünen und die LSAP, die sich seit Jahren kritisch gegenüber Globalisierung und wirtschaftlichem „Weiter so“ aussprechen und damit ganze Wahlprogramme füllen, stimmten zum Entsetzen der Zivilgesellschaft ganz realpolitisch für das Abkommen. Koalitionsräsön *oblige!* Viviane Reding legte im Namen der CSV einen flammenden Appell für das Abkommen hin und schreckte nicht davor zurück, *de gudder Lëtzebuurger Moschtert* in ihrem Plädoyer zu instrumentalisieren (Senfkörner stammen aus Kanada). Sie verließ allerdings später gemeinsam mit ihrer Partei aus Protest gegen den Zeitpunkt der Abstimmung den Cercle. Und auch *Déi Lénk*, ADR und Piraten empfanden es als dreistes, undemokratisches Manöver der Koalition, ein solches Abkommen im Ausnahmezustand durch das Parlament zu drücken. Nur Die DP kam sauber aus der Nummer heraus: Die Partei ist so liberal, ihr ist das alles egal. ps



Ni fleurs, ni couronnes



La deuxième édition du jour férié officiel de la Journée de l'Europe du 9 mai, demain samedi, sera tout le contraire d'une fête. Premièrement parce qu'il s'agit du dernier week-end de confinement strict au Luxembourg, et que donc aucune action, ne serait-elle que symbolique, ne pourra avoir lieu en public – même pas le traditionnel gâteau en forme de drapeau européen et quelques tentes place Clairefontaine sous lesquelles sont distribués des déliants promotionnels. Et, surtout, deuxièmement, parce que, pour ce 35^e anniversaire des traités de Schengen, certaines frontières intra-européennes restent fermées. Notamment celles entre l'Allemagne et le Luxembourg (photo : sb), que le ministre de l'Intérieur fédéral, Horst Seehofer, vient de prolonger jusqu'au 15 mai. Ce contre quoi le ministre luxembourgeois des Affaires étrangères, Jean Asselborn (LSAP), a protesté dans une lettre, soutenue par les maires de treize communes frontalières allemandes et luxembourgeoises. Vis-à-vis du *Land*, Asselborn met en garde devant le signal désastreux de cette fermeture : « Ce que les gens aiment dans l'Europe, c'est leuro et Schengen, pas les querelles au sein des institutions européennes. J'ai bien peur que cette fermeture laisse des séquelles durables dans la tête des gens. » jh

Gewalt anzeigen

Die der Justiz gemeldeten Fälle häuslicher Gewalt während des *Lockdown*, also vom 16. März bis zum 28. April, sind im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum mit 107 gegenüber 123 nicht gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr (29) wurden 38 mutmaßliche Gewalttäter der gemeinsamen Wohnung verwiesen. Das teilte die Generalstaatsanwältin Martine Solovieff dem *Land* vergangene Woche mit. Das muss aber nicht heißen, dass es tatsächlich weniger Übergriffe in den Familien gab; möglich ist, dass Opfer wegen des *Lockdown* keinen Ausweg fanden, die Polizei zur Hilfe zu rufen und den gewalttätigen Partner anzuzeigen. Um Verzögerungen insbesondere bei Familiensachen und vor den Jugendgerichten aufzuheben, gehen Richter, Staatsanwälte und sonstiges Justizpersonal nicht nur freiwillig später in die Gerichtsferien, sondern haben überdies mehr Prozesstermine angesetzt. Die Justiz hatte zudem geprüft, ob Inhaftierte durch den verstärkten Einsatz elektronischer Fußfesseln während des Covid-19 *Lockdown* hätten nach Hause geschickt werden können. Man habe davon abgesehen, so Martine Solovieff, „weil das Sicherheitsrisiko für unsere Beamten“ zu groß schien. In der Vergangenheit sei es wiederholt zu Manipulationen gekommen, so dass Beamte die Fesseln vor Ort und an der Person überprüfen mussten; in Corona-Zeiten keine gute Situation. ik

Bereit für den Staat

„Rund 30“ freiberufliche Ärzte haben einen CDD als Staatsangestellte abgeschlossen, so der nationale Koordinator für das Gesundheitswesen, Alain Schmit, zum *Land* auf Nachfrage. Die zunächst auf zwei Monate befristeten CDD hatte die Regierung Ende März für alle 20 anerkannten Gesundheitsberufe eingeführt. Freiberuflern, womit nicht nur Ärzte gemeint sind, sollte damit „Sicherheit, um durch die Krise zu kommen“, geboten werden, so Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) damals, und die neu eingerichteten Bereitschaftslinien sollten die so Verpflichteten „jederzeit als Reserve einsetzen“ können. Ob die rund 30 Ärzte viel oder wenig sind, kommentierte Schmit nicht. Wie Paulette Lenert gestern auf eine parlamentarische Anfrage der CSV schrieb, haben alle Gesundheitsberufler zusammengekommen, 1 489 so einen CDD. Die Kosten lägen bei rund 10,3 Millionen Euro. pf

Nachtaktiv

Vor vier Wochen sagte Mobilitätsminister François Bausch (Grüne), dass Cargolux wegen der Corona-Krise mehr Nachtflüge tätige, aber nicht, wie viele. Der Interessenverband Fetschenhof-Cents, der eine eigene Fluglärm-Messstation betreibt, hat vergangenen Monat 178 Nachtflüge registriert. Im November 2019, zum Vergleich, waren es 104. Unter den Nachtflügen im April zählte er 75 Starts zwischen 23 Uhr und Mitternacht, 15 zwischen Mitternacht und zwei Uhr sowie vier Starts nach drei Uhr. Von den rund 80 Landungen hätten „ganz viele“ zwischen zwei und sechs Uhr stattgefunden. pf

Who cares?

Sozioökonomische Daten zur Corona-Krise müssen nach Geschlecht und hinsichtlich weiterer Determinanten aufgeschlüsselt werden, fordert die Plattform für den Internationalen Frauentag Jif. Sie hat in einem offenen Brief die Regierung und das Parlament aufgefordert, verschiedene Aspekte rund um das Coronavirus genauer zu untersuchen, etwa geschlechtsspezifische Auswirkungen des *Lockdown* auf die Verteilung der Haus- und Betreuungsarbeit, auf die Armut und soziale Ungleichheit, Kurzarbeit, aber auch häusliche Gewalt und andere Gesundheitsaspekte. Daten zu den Folgen von Covid-19 auf andere Gesellschaftsgruppen, wie Flüchtlinge und AsylbewerberInnen oder Menschen mit Behinderungen, fehlten ebenfalls. Die Piratenpartei hat die Forderung der Jif nun in einer parlamentarischen Anfrage aufgegriffen. ik

Tödliches Covid-19

Im ersten Vierteljahr 2020 sind weniger Menschen in Luxemburg gestorben als in den Vorjahren 2018/2019, meldet das Statistische Amt Statec. In der zweiten Märzhälfte stieg die Sterblichkeit im Vergleich jedoch um rund 15 Prozent. „Die Zunahme in der zweiten Hälfte des März ist deshalb auf das neue Coronavirus zurückzuführen und nicht auf andere Todesursachen“, schreiben die Statistiker. Nach Alter ergibt sich für den März ebenfalls ein Corona-Effekt: Diesen März starben mehr über 85-Jährige als im gleichen Monat der beiden Vorjahre. Die Zahlen für April lagen noch nicht vor. ik



Le premier ministre Xavier Bettel (DP) et la ministre de la Santé Paulette Lenert (LSAP) visitant le Centre de soins avancés installé dans la Rockhal, le 1^{er} mai



Pour sa stratégie de déconfinement, le gouvernement cherche un fragile équilibre entre la santé, l'économie et les droits fondamentaux

This is the new normal

josée hansen

« **Un État social** fort a besoin de son économie pour fonctionner. » C'est la ministre de la Santé, Paulette Lenert (LSAP), qui résuma si simplement cette évidence qui conditionne l'approche du gouvernement pour la deuxième phase du déconfinement lundi soir, lors d'une conférence de presse au Kirchberg. Une centaine de personnes sont mortes du Covid-19 au Luxembourg, « un lourd tribut » selon Lenert, demandé par une maladie impitoyable, qu'on ne connaît toujours que trop peu. Mais le système de santé luxembourgeois, pris au dépourvu début mars comme ceux de presque tous les pays européens, a réagi vite, a augmenté ses capacités en lits, en équipements, en personnels pour y faire face. Jeudi dernier encore, la ministre a visité, avec le Premier ministre, le Centre de soins avancés à la Rockhal et le Chem à Esch-sur-Alzette, où ils ont aussi pu se rendre compte de l'engagement des bénévoles (« le volontariat dans notre pays est incroyable », dit-elle). Depuis le début des tests au Luxembourg, quelque 3 800 personnes ont été testées positives au coronavirus ; il n'y en a plus qu'une douzaine par jour en ce moment, contre 263 au pic de la crise, le 26 mars. Ce lundi, 23 malades étaient encore en soins intensifs, qui sont des soins longs demandant beaucoup d'assistance de personnels (intubation, nécessité de retourner le corps à rythme régulier pour dégager les poumons) ; le système de santé peut bien fonctionner avec trente ou quarante de tels patients, explique la ministre, et pourrait monter jusqu'à 90 places maximum. Donc il est temps de refaire l'équation entre santé, vie sociale et économie, entre coût humain et économique de cette crise.

Calamité Depuis lundi, les chiffres sur les conséquences économiques tombent à rythme soutenu, le gouvernement a fait des adaptations au règlement grand-ducal sur l'état de crise en deux réunions consécutives (lundi et mercredi), communique avec la Commission européenne, avec la Chambre des députés et avec le grand public, via conférences de presse et campagne de sensibilisation. Les grandes lignes sont là, au ministère de l'Économie, au Stateg, dans les *Programme de stabilité et de croissance* du grand-duché et le *Plan national de réforme* envoyés à Bruxelles dans le

Une centaine de personnes sont mortes du Covid-19 au Luxembourg. Un « lourd tribut » selon Paulette Lenert, mais il serait aussi temps que l'économie et la vie sociale reprennent

cadre du semestre européen et présentés par le ministre des Finances Pierre Gramegna (DP) et son confrère à l'Économie Franz Fayot (LSAP) au Parlement mardi. Selon le Stateg, les mesures de confinement auront « de graves conséquences sur l'économie » : moins six pour cent du PIB cette année, si on déconfiner maintenant ; jusqu'à moins douze pour cent si une ou plusieurs nouvelles vagues d'infection nécessitaient de nouvelles mesures de *lockdown* dans les prochaines semaines.

Le « stay safe » vaut donc non seulement pour préserver sa propre santé, mais aussi celle de l'économie nationale. Dans le cas d'un déconfinement réussi et d'un effet durable des mesures sanitaires pour éviter de nouvelles infections de masse – car il faudra désormais vivre avec la présence de ce virus, jusqu'à ce qu'un vaccin, ou du moins un médicament soient élaborés, soit encore un an au moins –, le Stateg prévoit un rebond de jusqu'à sept pour cent du PIB en 2021. Ce qui équivaudrait à une croissance zéro sur deux ans. Le paquet des aides pour l'économie coûtera

10,4 milliards d'euros ou 17,5 pour cent du PIB, ce qui fit dire à Gramegna que « le Luxembourg est un des pays européens qui fait le plus d'efforts de ce côté-là ». Mais, souligna Fayot, cette « calamité » ne frappe pas tout le monde de la même manière, « un ouvrier en maçonnerie qui ne pouvait pas télétravailler » n'ayant touché que 80 pour cent de son salaire durant une période de chômage partiel, alors que « le banquier a continué à toucher cent pour cent de son salaire ». Selon les chiffres du ministère de l'Économie publiés mardi, 15 084 entreprises ont été admises en huit semaines au chômage partiel, pour 267 097 salaires et un montant de presque 600 millions d'euros. Refaire travailler les plus de gens possible permet aussi de décharger ce poste budgétaire de l'État.

Cohortes Comme la reprise dans le secteur de la construction, 63 000 ouvriers, le 20 avril, n'a pas entraîné de nouvelle grande vague d'infection en quinze jours d'incubation – 2,2 pour cent des 180 personnes testées dans un échantillon jugé représentatif étaient positives (p.6) –, et comme la rentrée des lycéens de terminale (p.2-3) et la reprise des activités normales des médecins et des hôpitaux ce lundi se sont passées sans anicroches majeures, la « nouvelle normalité » de la phase deux de la maladie sera instaurée dès lundi 11 mai. Décrite dans une adaptation, adoptée ce mercredi 6 mai, du règlement grand-ducal du 18 mars (instaurant l'état de crise), la « levée du principe du confinement général » (Bettel) se passera ainsi : chaque ménage privé pourra recevoir chez lui jusqu'au maximum six personnes qui ne font pas partie de ce ménage, pour des rencontres entre amis, voisins ou avec la famille élargie. En extérieur, dans les lieux publics, des regroupements d'un maximum de vingt personnes seront autorisés – par exemple pour manifester (la liberté de manifester, interdite depuis sept semaines, étant un des droits fondamentaux inscrits dans la Constitution). Tous les commerces (à l'exception de la restauration, qui pourrait suivre dans la phase 3, dès le 1^{er} juin), les services de soins à la personne (comme les coiffeurs ou les esthéticiennes), mais aussi les espaces dédiés à la culture (p.16) pourront rouvrir, dans le respect toutefois des règles sanitaires : restriction du nombre de clients afin de garantir

la distance de sécurité de deux mètres entre deux personnes, mise en place d'équipements de protection du personnel, mise à disposition de gel hydro-alcoolique, obligation du port du masque buccal, pour les clients, voire de visières pour le personnel... « Ce n'est plus extraordinaire de se promener avec un masque », constata Paulette Lenert. Dans les transports en commun et dans les commerces, son port est devenu obligatoire ce lundi ; il s'est vite généralisé de manière décomplexée. Après une première livraison de cinq masques jetables par personne au début du déconfinement, le gouvernement en distribuera en grandes brassées (35 millions en tout) dans les prochaines semaines : chaque résident au-dessus de seize ans et chaque travailleur frontalier en verra remettre cinquante de plus. Le masque cousu main ou siglé par une designer locale sont devenus des accessoires de mode, des signes de distinction sociale.

Pas de retour à la case départ « Mais il ne faut pas se leurrer », insista Xavier Bettel lors d'une déclaration au Parlement hier, jeudi. Même en déconfinant peu à peu, « ce ne sera pas comme avant ». Certes, les visites dans les maisons de retraite et les foyers pour personnes âgées sont à nouveau autorisées (selon des conditions strictes), mais les aires de jeux restent fermées. Certes, des démonstrations pourront avoir lieu, mais pas les messes ; l'Octave devra continuer via *streaming*. Certes, les

médecins consultent à nouveau, mais sur rendez-vous uniquement. Et si les lycées reprennent par groupes alternant présence et *homeschooling* dès lundi, l'organisation de l'école fondamentale et des crèches, qui suivront le 25 mai, est loin d'être terminée. Les sports qui se pratiquent à l'extérieur et sans contact physique seront autorisés (« le tennis, la voile, le golf et l'équitation », Xavier Bettel) et les sportifs d'élite pourront à nouveau s'entraîner à la Coque. Mais les sports d'équipes, les plus populaires, comme le football, ou ceux qui se déroulent en intérieur et en commun, comme la natation ou le fitness, restent interdits pour minimiser les risques de contagion.

De déclaration en conférence de presse, Xavier Bettel a plusieurs fois passionnément appelé au sens civique et à la responsabilité de tout le monde cette semaine, craignant une deuxième vague ou un besoin de revenir à un *lockdown* plus conséquent comme le diable l'eau bénite. Mais il n'a pas voulu dévoiler la suite : Où en est la loi pandémique qui remplacera celle sur l'état de crise (qui s'étend jusqu'au 20 juin) ? Qu'en est-il du paquet conjoncturel et d'investissements qu'ont annoncé différents ministres à demi-mots cette semaine ? Et jusqu'à quand s'étendront les régimes d'aides directes et indirectes à l'économie ? Même interrogé par les médias et interpellé par les syndicats, le premier ministre n'en a encore soufflé mot.

Zufallsgespräch mit dem Mann in der Eisenbahn

Wirtschaftliche ohne politische Rentabilität

Romain Hilgert

Dass es in einem Land von der Größe eines Badetuchs im Vergleich zu den Nachbarregionen noch so viele Zeitungen gibt, ist darauf zurückzuführen, dass diese zwei verschiedenen Rentabilitätsansprüchen gehorchen sollen. Sie sollen wirtschaftlich oder politisch rentabel sein, am besten beides zugleich. Seit 1976 wird die wirtschaftliche Rentabilität bezuschusst, um den im Parlament vertretenen Parteien die politische Rentabilität zu gewährleisten. Das heißt „Pressehilfe“.

Man nehme nur das *Luxemburger Wort*: Es schöpft den Großteil des gedruckten Anzeigenaufkommens ab und führt ihn dem Bistum als Dividenden zu. Gleichzeitig pflügt es seit 172 Jahren als Panzerkreuzer des politischen Katholizismus durch Kulturkampf, CSV-Staat, Säkularisierung, heiße und kalte Kriege.

Doch die Rechnung geht nicht mehr auf. Vor 25 Jahren begannen die Leser und die Werbung abzuwandern, anfangs langsam, dann immer schneller. Der Sankt-Paulus-Verlag verlor zuerst Millionen und die CSV danach die Wahlen. Flugs privatisierte die liberale Regierung das Bistum. Die rasch wechselnden Direktoren reagierten mit Fehlinvestitionen, Sozialplänen und Anbiederungsversuchen bei CSV-fernen Lesern. Einsparungen sind noch kein Geschäftsmodell, ebenso wenig wie der Zauberspruch „Irgendetwas-mit-Internet“. Aber wenigstens wurden die Kosten gesenkt, um einen Käufer zu interessieren.

Nach dem Religionsunterricht, den Priestergehältern und den Kirchenfabriken stößt Kardinal Hollerich nun auch das Luxemburger Wort ab

Bischof Adames hatte jahrelang intrigiert, um das *Luxemburger Wort* in seinen Privatbesitz zu bringen. Nach dem Religionsunterricht, den Priestergehältern und den Kirchenfabriken stößt Kardinal Hollerich es nun ab. Der große Ausverkäufer vor dem Herrn und seine Ökonomen bezweifeln, dass das Blatt wirtschaftlich rentabel bleiben kann. Deshalb investieren sie das Kapital lieber in Grundstücke und Bürogebäude und entlohnen den Klerus aus den Mieteinkünften.

Dafür muss das Bistum auf die politische Rentabilität verzichten. Sie war eine der wichtigsten Stützen des CSV-Staats und die politische Lebensversicherung des greisen Klerus. Manche Gläubigen halten den Verzicht für einen Kardinalfehler.

Die neue Eigentümerin des *Luxemburger Wort*, die flämische Gruppe Mediahuis, ist eine aggressiv expandierende Verlagsgruppe. Sie kauft Zeitungen auf, in Zeiten, da die meisten anderen Verlage ihre Titel bloß loszuwerden versuchen. Ein solches Unternehmen will weder die Kirchen füllen, noch der CSV einen Premierminister herbeischreiben. Es rechnet lieber, wie das Blatt mit weniger Journalisten herzustellen und woanders billiger zu drucken ist.

Gerade baten alle Verleger einmütig die Regierung, die rückläufigen Anzeigeneinnahmen aus dem Corona-Topf zu kompensieren. Nun befürchten die Konkurrenzblätter, dass der neue Eigentümer des *Luxemburger Wort* die Branche aufmischen kommt. Aber sie verhalten sich verständnisvoll diskret. Sie haben also die Hoffnung noch nicht aufgegeben, auch einmal einen Käufer zu finden.

Ganz früher Indikator

Peter Feist

Vielleicht hatten die Regierung und die Taskforce Research Luxembourg vergangene Woche zu dick aufgetragen. Die ganze Bevölkerung werde demnächst auf das Coronavirus getestet, wenn es sein muss, mehrfach, und die Grenzpendler auch. Kein anderes Land der Welt schaffe sowas.

Doch weil in der Krise viele Journalisten zwangsläufig einen Crash-Kurs in Epidemiologie durchmachen, wurde schon auf der Pressekonferenz gefragt, was es denn bringe, die Leute ein paar Mal auf das Virus zu testen – sie könnten sich ja zwischendurch immer wieder anstecken. Und dann enthüllte *Reporter* zwei Tage später am 30. April, dass es um die Tests an den geplanten 17 *Drive-in*-Stationen und die 500 000 Kits zur Virusdetektion einen eigenartigen Deal gegeben haben muss: Die Laboratoires Réunis aus Junglinster werden die Tests vornehmen – nur sie und anscheinend ohne öffentliche Ausschreibung. Bei der Herstellerfirma der Test-Kits, Fast Track Diagnostics aus Esch/Alzette, handelt es sich um eine ehemalige Start-up der Laboratoires Réunis, und die waren der jungen Firma bei der Qualitätssicherung ihrer Kits behilflich. Allerdings hatte Fast Track Diagnostics, die seit 2017 zum Siemens-Konzern gehört und eine ganze Palette von Test-Kits für Infektionskrankheiten verkauft, um den Jahreswechsel fast sein gesamtes Sortiment wegen Zweifeln an der Zuverlässigkeit vom Markt nehmen müssen. Ist die halbe Million Corona-Kits vielleicht auch nicht gut?

So kommt es, dass sich nicht nur die Frage stellt, wie sinnvoll für die öffentliche Gesundheit die Massentests auf das Virus wären. Das Projekt, das das Luxembourg Institute of Health (LIH) sich ausgedacht hat, entwickelt sich auch zum Politikum mitten im Notstand, auf das die Regierung nun den Deckel zu halten versucht: Das Gesundheitsministerium hat die Verantwortung dezent auf das Forschungsministerium geschoben. Da gehört sie irgendwie auch hin, denn DP-Forschungsminister Claude Meisch brüstete sich auf der Pressekonferenz am 28. April damit, dass die 40 Millionen Euro für das *Large-scale testing* aus dem Budget seines Hauses kommen. LSAP-Gesundheitsministerin Paulette Lenert aber hat sich immerhin für die Qualität der Test-Kits verbürgt: Dass deren Hersteller fast alle seine anderen Produkte zurückziehen musste, „macht auch mir viele Sorgen“, sagte sie vergangenen Samstag im „RTL-Background“. Die Sars-CoV-2-Tests aber seien „in Ordnung“.

Am liebsten jedoch scheint die Regierung nun so wenig wie möglich mit den Massentests zu tun haben zu wollen. Romain Martin, Erster Regierungsrat im Forschungsministerium, hatte schon vergangene Woche zu *Reporter* gesagt, die Auswahl der Dienstleister für die bis zu 20 000 Tests pro Tag sei Sache des LIH gewesen. Dem *Tageblatt* vom 2. Mai erklärte auch Paulette Lenert, Träger des Projekts sei das LIH. „Es fällt nicht in meinen Verantwortungsbereich.“ Ihres Wissens nach habe das LIH die Ausschreibungskommission damit befasst, „so dass ich davon ausgehe, dass sämtliche Prozeduren eingehalten wurden“. Auf *RTL* am Samstag gab Lenert sich Mühe, den Eindruck zu zerstreuen, es handle sich um Bevölkerungstests: „Das habe ich nicht gesagt.“ Die ganze Bevölkerung testen zu wollen, sei nur eine Umschreibung für die besondere „Qualität“ der Initiative.

Weil das Risiko besteht, dass die Affäre um das *Large-scale testing* die Glaubwürdigkeit der luxemburger Forschung beschädigt, ausgerechnet zu einer Zeit, in der ihre Expertise dringend gebraucht wird, hat die Taskforce Research die Flucht nach vorn angetreten: Sie kommuniziert, wenn man sie fragt, und in der Maison du Savoir in Belval traten gestern Vormittag drei Professoren vor die Presse, an der Spitze Ulf Nehrass, Sprecher der Taskforce, der auch CEO des LIH ist. Das Timing der Konferenz war bemerkenswert: Kurz danach, um 14 Uhr, sollte Premier Xavier Bettel in der Abgeordnetenversammlung eine Erklärung zur Krise und zum „Déconfinement“ abgeben, anschließend debattiert werden. Für ihre Exit-Strategie braucht die Regierung die Wissenschaftler, aber je näher der Exit rückt, umso mehr will die Opposition zurück in ihre Rolle, und wie die Dinge liegen, reibt die CSV sich nicht zuletzt an den offenen Fragen um die Groß-Tests. „Die bringen überhaupt nichts“, ist CSV-Präsident Frank Engel überzeugt. Aus der CSV-Fraktion wurden dazu drei dringende parlamentarische Anfragen gestellt, deren Dringlichkeit aber nicht anerkannt wurde. „Dringend ist nur, was die Regierung zu sagen hat“, regt Engel sich auf. „Will man etwas wissen, bekommt man zur Antwort, dass Notstand herrscht. Wenn meine Mehrheit im Parlament nur einen Sitz beträgt, wäre ich da vorsichtiger“, erklärt Engel dem *Land*.

Wäre vor einer Woche nicht so dick aufgetragen worden, und hätte man mit den „weltweit einzigartigen“ Tests kein *Nation Branding* betrieben und mit Erwähnungen wie: „Wer negativ getestet wird, wird vom *Lockdown* befreit“, für Verwirrung gesorgt, hätte man schon damals sagen können, dass einfach viel getestet werden soll. Um die Lockerung der kollektiven Quarantäne zu begleiten, in möglichst vielen Wirtschaftsbranchen die Aktivitäten wieder hoch-

zufahren und in der Gesellschaft im Allgemeinen auch. Ohne dabei zu riskieren, dass die Infektionen derart zunehmen, dass erneut ein *Lockdown* verhängt werden müsste, und dass man sich dazu ein Konzept gegeben hat. Letzten Endes, sagt Jean-Claude Schmit, Virologe und Chef des Gesundheitsamts, sei die Zahl der Neuinfizierten, ebenso wie die der Todesfälle und die Beanspruchung von Intensivbetten in den Spitälern „späte Indikatoren“, denn sie bildeten ein vergangenes Geschehen ab. „Wir brauchen einen ganz frühen Indikator für die Zirkulation des Virus in der Bevölkerung, auch für asymptomatisch Infizierte.“ Der Ansatz laute deshalb, „Cluster-Prävalenzen“ zu ermitteln. In jeder Gruppe, für die der Lockdown gelockert wird – die Baubranche, die Primaner, dann die anderen Sekundarschüler, der Handel und so fort –, werde eine repräsentative Stichprobe auf das Virus getestet. Das sei bereits gemacht worden oder im Gange. Später gebe es in diesen Gruppen weitere Stichprobentests, im Baubereich laufe derzeit der zweite, zwei Wochen nach Öffnung dieses Sektors. „Je mehr Sektoren wir öffnen, umso mehr Testkapazitäten brauchen wir, eventuell könnten wir sogar einen ganzen Sektor testen, falls eine Prävalenzstudie beunruhigende Resultate zeigt.“ Sektor für Sektor werde weitergetestet, darunter auch Grenzpendler. „Die Pendler sind eine Spezifität von Luxemburg; dass wir nicht in einem abgeschlossenen System arbeiten, macht die Sache schwieriger, aber nicht unmöglich.“



Drive-in-Teststation der Laboratoires Réunis in Junglinster. Insgesamt 17 solcher Stationen sollen in zwei Wochen in Betrieb sein

Was alles möglich wäre – Lockerungen der Kollektiv-Quarantäne zum einen und ungute Entwicklungen der Epidemie zum anderen –, hat die Forscher-Taskforce für die Regierung simuliert. Diese Arbeit hat eigentlich erst vergangene Woche so richtig begonnen: Erste Ergebnisse waren vor zwei Wochen auf dem Open-Data-Portal *data.public.lu* erschienen. Die zweite Runde habe die Regierung vergangenen Sonntag erhalten, sagt Paul Wilmes, Professor für Systembiologie am LCSB und Vizesprecher der Taskforce, dem *Land*. Die Resultate beider Modellierungen unterscheiden sich zum Teil stark: Die erste basierte auf Annahmen, die in Wuhan gewonnen worden waren und in der Wissenschaftsliteratur stehen, die zweite dagegen auf luxemburger Daten. „Bei uns begann der Ausbruch viel schneller als in Wuhan und es wurden ebenfalls viel schneller als dort strenge Maßnahmen verhängt. Damit haben wir ab Mitte März noch die Kurve gekriegt“, so Wilmes. Was sich unter anderem in dem theoretischen Szenario ausdrückt, hebe man den *Lockdown* komplett auf, sei bis Ende des Jahres mit bis zu 8 000 Todesfällen zu rechnen. Vor zwei Wochen, mit Wuhan-Daten, hatte die Simulation vier Mal weniger ergeben.

Optimistischer fallen dagegen die neuen Simulationen für verschiedene Szenarien aus, in denen das *Confinement* gelockert würde: „In den ersten Simulationen hatten wir unterstellt, dass die Sozialkon-

„Würde jeder die Versammlungen im Freien so verstehen, Grillfeste mit 20 Gästen zu veranstalten, würde das einen neuen Ausbruch auslösen.“ Professor Paul Wilmes, Taskforce Research Luxembourg

takte dieselben wären wie vor dem Ausbruch, was natürlich nicht mehr stimmt.“ Und so kommt die Taskforce beispielsweise zu dem Schluss, dass die 63 000 Bauarbeiter wieder an ihre Arbeitsplätze zu schicken und die Primaner und ihre Lehrer wieder in die Lyzeen, kaum ins Gewicht fiele für das Infektionsgeschehen – selbst ohne breites Testen und ohne ein *Contact Tracing*, das alle Personen aufzuspüren vermag, mit denen positiv Getestete in den letzten fünf bis sechs Tagen Kontakt hatten. Anders wäre es, wenn auch der gesamte Einzelhandel sowie Friseur- und Kosmetiksalons wieder geöffnet würden: Dann könnte es so viele Infektionen geben, dass im September/Oktobre an die 60 Intensivbetten für schwer Covid-Kranke benötigt würden – eine Zahl, die die Gesundheitsministerin am Montag als Maximum nannte, das sich über längere Zeit aushalten lasse. Würden die Öffnungen dagegen von den breiten Tests und Kontakt-Nachverfolgung begleitet, sei die Beanspruchung der Intensivbetten um rund ein Drittel kleiner und bis zum Jahresende mit um etwa 40 Prozent weniger Sterbefällen zu rechnen als den rund 600 ohne Tests und *Contact Tracing*.

Was mehr private soziale Kontakte mit sich brächten, hat die Taskforce ebenfalls simuliert – und wurde anschließend überrascht vom Beschluss der Regierung, ab kommenden Montag im Freien Versammlungen von bis zu 20 Personen zu erlauben. „Sechs Besucher pro Haushalt wären bei der gegenwärtigen Infektionslage wahrscheinlich kein Problem“, so Wilmes, „aber würde jeder die Versammlungen im Freien so verstehen, Grillfeste mit 20 Gästen zu veranstalten, würde das einen neuen Ausbruch auslösen.“ Einem Dokument zufolge, das in der Abgeordnetenversammlung verteilt wurde, empfehlen die Wissenschaftler unter anderem auch, Restaurants, selbst wenn dort zwei Meter Abstand zwischen den Tischen eingehalten würden, nur schrittweise wieder zu öffnen, um die Auswirkungen beobachten zu können.

Aus Wissenschaftlersicht folgt das auch aus den vorläufigen Ergebnissen der *Con-Vince*-Studie: Sie testet über Monate hinweg eine repräsentative Stichprobe von 1 818 Personen sowohl auf das Virus als auch auf Antikörper, die wahrscheinlich Immunität versprechen – was aber noch nicht sicher ist. Sicherer ist dagegen, dass die Corona-Epidemie in Luxemburg noch am Anfang steht. Wer gedacht hatte, dass die Bevölkerung schon intensiven Kontakt mit dem Virus hatte, irrt: Ganze fünf Studienteilnehmer (0,3%) waren Virus-positiv, 85 Personen (1,9%) weisen Antikörper auf. Umgelegt auf die Gesamtbevölkerung, wären das nicht mal 1 500 Personen.

Für das Konzept, mit aufwändigen Tests den Ausbruch zu verfolgen, folge daraus, schnell die nötigen Kapazitäten aufzubauen, sagt Ulf Nehrass. Und: „Die Tests sind freiwillig, aber das Konzept funktioniert nur, wenn möglichst viele mitmachen.“ Nehrass liegt auch daran zu versichern, dass nicht etwa die Wissenschaftler bestimmten, wie der Umgang mit der Krise auszusehen hat: „Wer getestet wird, entscheidet die Politik.“ Um die „Kontingente“ gab es Aufregung. Einerseits, weil man das verstehen konnte, als werde, jeweils zu 50 000 Personen, nach und nach die ganze Bevölkerung getestet und demnächst bekäme jeder einen Brief. Andererseits schien das unsinnig, weil sich Nichtinfizierte aus einem Kontingent ungehindert mit womöglich Infizierten aus dem Rest der Bevölkerung treffen könnten. Wofür die Chancen ab kommenden Montag ja wachsen. Vom „Monitoring pro Sektor“ spricht man erst jetzt.

Und es stehen politische Fragen im Raum. Die CSV will Ministerin Lenert nächste Woche im parlamentarischen Gesundheitsausschuss zu Teststrategie und Auftragsvergabe befragen. LIH-CEO Nehrass sagt dem *Land*, was derzeit geplant ist, sei nur für drei Monate gedacht, nur dafür habe das LIH auf die Laboratoires Réunis zurückgegriffen, ohne den Auftrag auszuschreiben. „Wir wollten die Kapazität schnell aufbauen, bis zum Herbst warten wollten wir nicht.“ Den Test-Kit von Fast Track Diagnostic habe das LNS überprüft: „Er zeigte hohe Sensitivität und war verfügbar zu einer Zeit, als es extreme Engpässe gab und sogar Beschlagnahmen von Material.“

Die Taskforce Research Luxembourg hat ausführlichere Modelle über die Covid-Infektionen vorgelegt. Sie haben auch zu tun mit ihrem Testkonzept, das zu einem Politikum geworden ist

Mobbingvorwürfe und interne Konflikte: Der Cercle de Coopération des ONGD steht vor schweren Problemen

„Gestëppels a Gestreits“

Pol Schock

Schieflage Wenn Nicole Etikwa Ikuku am 18. Mai ihren neuen Posten als Direktorin des Cercle de Coopération des ONG de développement antritt, wird sie vor einer Aufräumarbeit stehen. Die 43-jährige Soziologin mit langjähriger Erfahrung in leitenden Funktionen des NGO-Bereichs (ASTM) tritt an die Spitze einer Organisation, bei der sich über die vergangenen Jahre gleich mehrere Probleme angehäuft haben: Machtkämpfe zwischen Angestellten und Verwaltungsrat, interne Streitigkeiten, Mobbingvorwürfe und ein Mangel an Ideen und neuem Input. Eine Recherche des *Land* hat ergeben, dass der Dachverband der NGOs im Kooperationsbereich in eine Schieflage geraten ist.

In einem Schlichtungsschreiben zwischen zwei Angestellten spricht ein Psychologe von „unklaren Hierarchien“ und „schweren Problemen“ in der „Gouvernance und der Funktionsweise“ des Cercle. Ein Gutachter des Außenministeriums kommt zu einem ähnlichen Ergebnis, da geht unter anderem die Rede von „Mikromanagement“ und von unklarer Aufgabenverteilung. Personen, die dem Cercle nahestehen, sprechen von „schlimmen Zuständen“. Und auch der Verwaltungsrat des Cercle gibt auf Nachfrage offen zu, dass die vergangenen Jahre eher suboptimal waren. „Der Cercle steht vor einer Reihe struktureller Probleme“, so Verwaltungsratsmitglied Richard Graf. „Wir haben alle schon kurzzeitig darüber nachgedacht, gemeinsam zurückzutreten.“ Zu diesen hausgemachten Problemen kommt ein tragisches Schicksal hinzu: Vor wenigen Wochen ist der langjährige Präsident Armand Drews verstorben.

„Wir haben alle schon kurzzeitig darüber nachgedacht, gemeinsam zurückzutreten“, so Verwaltungsratsmitglied Richard Graf

Streitkultur Der Cercle ist, wie so viele Vereine der Luxemburger Zivilgesellschaft, ein Kind der Thorn-Ära. Ende der 1970-er-Jahre schlossen sich damalige Wohltätigkeitsvereine zusammen, um europäische Gelder aus Brüssel zu beantragen. Es war eine Zeit, in der es noch kein Ministerium für Entwicklungshilfe (wie Kooperationsarbeit damals noch hieß) gab. Viele Aktivisten der ersten Stunden wie Richard Graf, René Kollwelter oder auch Jean Feyder stehen auch heute dem Cercle noch nahe. Und wer auf die rund 40 Jahre Entwicklungsarbeit in Luxemburg zurückblickt, muss eigentlich von einer Erfolgsgeschichte reden. Denn der NGO- und Kooperationsbereich in Luxemburg hat sich äußerst dynamisch entwickelt. Die NGOs haben sich vervielfacht, professionalisiert und sind heute zu wirkräftigen Akteuren der Gesellschaft geworden. Der Bereich der Kooperation in Luxemburg umfasst ein Business von derzeit fast 500 Millionen Euro. Er genießt große Rückendeckung in der Bevölkerung, obwohl nicht immer völlig transparent ist, was eigentlich mit

den Geldern passiert. Der Cercle selbst verfügt als Asbl über ein jährliches Budget von rund 500 000 Euro, das zu 80 Prozent von öffentlicher Hand finanziert wird. Er vertritt rund 83 Mitgliederorganisationen aus Luxemburg und ist, wenn man so will, der Lobbyverband der Kooperationsvereine.

Böse Zungen behaupten, im Cercle habe stets ein latentes Konfliktpotential geherrscht. Bei einer hohen Anzahl von meinungsstarken Mitgliedern lässt sich eine Streitkultur, die auch produktiv sein kann, wohl nicht vermeiden. Aber tatsächlich beginnen die derzeitigen Probleme des Cercle, die über Meinungsdivergenzen hinausgehen, vor rund drei Jahren. Seit dem Rücktritt von Christine Dahm als Direktorin ist an der Spitze keine Ruhe mehr eingetreten. Christopher Lilyblad war nach einem halben Jahr *passé*, Fabien Ledecq gab den Posten als leitender Koordinator nach nur einem Jahr auf. Seither ist der Posten vakant. Im vergangenen Sommer versuchte der Verwaltungsrat einen neuen Direktor zu finden – vergeblich.

Intern hat man sich seit Lilyblad auf das Prinzip der flachen Hierarchien geeinigt: Jeder agiert autonom in seinem Aufgabenbereich, im Kollektiv werden gemeinsam Lösungen für sonstige Probleme getroffen. Was in der Theorie nach einer konfliktarmen Organisationsform klingt, scheitert in der Praxis grandios. Die Verwaltungsratsmitglieder sollen sich herrisch in Details des Alltagsgeschäfts einmischen. Und unter den Angestellten soll Véronique Faber (seit November des vergangenen Jahres auch Präsidentin des Verwaltungsrats von Radio 100,7) die Zügel an sich gerissen haben. Das Ergebnis:



Der Sitz des Cercle de Coopération im Grund

„Dräi Joer nëmmen Gestëppels a Gestreits“, so ein Mitglied des Verwaltungsrats.

Der geschasste Parvenü Im Dezember des vergangenen Jahres sprach das *Land* mit Christopher Lilyblad, der mittlerweile für die Vereinten Nationen auf Kap Verde arbeitet. „Ich würde es als die schlimmste Zeit meines Lebens bezeichnen“, so Lilyblad über sein halbjähriges Intermezzo beim Cercle. Der Verwaltungsrat habe ihm als Direktor ständig auf die Finger geschaut, die Angestellten hätten hinter seinem Rücken intrigiert und seine Ideen wurden allesamt boykottiert. „Ich habe sicher auch Fehler gemacht“, so Lilyblad, „aber ich hatte eigentlich von Beginn an keine Chance.“

Lilyblad war 2018 als 29-jähriger Parvenü mit hohen Abschlüssen in den Vereinigten Staaten und an der Oxford Universität durch den Zusppruch von Armand Drews an der Spitze des Cercle gelandet. Ihm war klar, dass er mit seinem selbstbewussten Yuppie-Stil in der linksalternativen Szene anecken könnte. Aber er hätte sich doch mehr Offenheit und Toleranz in einem Verein erhofft, der gerade diese Werte hochhalten will. Lilyblad erinnert sich insbesondere an seinen ersten und an seinen letzten Tag als Direktor. Am ersten Tag sei er gebeten worden, die Sitzung des Verwaltungsrats zu verlassen. Es ging um Personalentscheidungen, es hieß, er sei noch zu unerfahren, um an den Gesprächen teilzunehmen. „Mir wurde ständig gesagt, ich sei zu unerfahren oder mir wurden irgendwelche Fehler unterstellt, Vertrauen habe ich eigentlich nie gespürt.“ Und am letzten Tag seiner Probezeit hat er sein Kündigungsschreiben erhalten. „Es war der letzte Tag, an dem es für den CA möglich war, sich problemlos von mir zu trennen.“ Ohne Aussprache und Vorwarnung musste Lilyblad die Fakten zur Kenntnis nehmen. „Ich bin froh, dass ich nichts mehr mit diesen Leuten zu tun haben muss“, sagte Lilyblad. Aber er gab im Dezember auch zu bedenken, dass es wohl noch weitere Opfer der „Intrigen- und Mobbingkultur“ im Cercle geben würde, sofern sich nichts ändert.

Der Fall Anyanwu Lilyblad sollte recht behalten: Denn im vergangenen Jahr kam es zu einem Konflikt, der eskalierte und sich mittlerweile vor Gericht befindet. Oke Anyanwu, ein deutscher Staatsbürger mit nigerianischen Wurzeln aus Berlin, hat im vergangenen Mai eine befristete Stelle für ein Jahr angetreten, um eine Person im Elternurlaub zu ersetzen. Er wurde während zwei Wochen angelernt und sollte die Arbeit (u. a. Weiterbildungen von Partnerorganisationen) eins zu eins übernehmen. Als jedoch mit Fabien Ledecq zusätzlich eine Person den Cercle verließ, sollte Anyanwu, anders als im Vertrag festgehalten, weitere Aufgaben übernehmen. „Ein Workload, das nicht zu stemmen war“, so ein Beobachter der Situation.

Neues Land, neue Sprachen, neue Gepflogenheiten – Anyanwu fühlte sich überfordert. Da er jedoch keine weitere Hilfe erhielt, begann er zu improvisieren. Und er packte die Dinge so an, wie er sie als erfahrener Coach in der Kooperationsarbeit für sinnvoll hielt. Das kam offenbar nicht gut an. „Alles was ich machte, wurde als stümperhaft dargestellt“, so Anyanwu. Er nahm sich die Kritik anfangs zu Herzen, hatte aber irgendwann das Gefühl, unfair behandelt zu werden. Er merkte, dass etwas nicht stimmte, dass manche gleicher waren als andere in der sogenannten flachen Hierarchie. Und er geriet vor allem häufiger mit einer Person aneinander: Véronique Faber. „Als ich begann, ihr in einigen Punkten zu

widersprechen, hat sie mir das Leben zu einer Qual gemacht“, so Anyanwu. Er sagt, sie habe im Verwaltungsrat, aber auch bei Partnerorganisationen Stimmung gegen ihn gemacht. Unter anderem durch die Initiierung einer Unterschriftenliste, die seine Entlassung in seiner Probezeit erzwingen sollte. Ein Mitglied im Verwaltungsrat, sowie ein Angestellter einer Partner-ONG des Cercle bestätigten, von der Liste Kenntnis zu haben – sprechen vom „Versuch einer Hetzjagd“, die jedoch zunächst nicht fruchtete.

Im Dezember des vergangenen Jahres soll sich der Konflikt dann zugespitzt haben. Nach einem Mailaustausch, in dem es zu einem Meinungsaustausch zwischen Faber und Anyanwu kam, soll Faber gegenüber dem Verwaltungsrat Beschwerde gegen Anyanwu eingereicht haben. Er habe sie unter anderem in der Büroküche aggressiv bedrängt. Als Anyanwu davon erfährt, fühlt er sich in die Ecke gedrängt und als Opfer einer Intrige. „Die wollten mir etwas andichten, um mich loszuwerden.“ Der Verwaltungsrat nimmt sich der Sache an und entscheidet nach mehreren Gesprächen Anyanwu Hausverbot zu erteilen und ihn ab Mitte Januar von seiner Arbeit freizustellen.

Juristisches Nachspiel Oke Anyanwu kann bis heute nicht fassen, was passiert ist. „Es ist genau umgekehrt, ich bin diskriminiert und gemobbt worden.“ Das Problem: „Niemand will mir glauben.“ Er war bei der Polizei, bei der ITM und hat auch einen Beschwerdebrief gegen den früheren Präsidenten Armand Drews beim OGBL eingereicht. Die Polizei habe ihn abgewiesen, die ITM sehe den Fall nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich und der OGBL habe nicht einmal reagiert. Mittlerweile ist er Mitglied bei der Gewerkschaft LCGb, die auf Nachfrage betont, sein Anliegen zu unterstützen. Und er hat Klage gegen den Cercle eingereicht. Allerdings nicht wegen den Vorwürfen von Mobbing und Diskriminierung, sondern weil er der Auffassung ist, dass die Freistellung nicht rechtmäßig war und der Cercle ihm, wegen der Überstunden, die ihm aufgedrückt worden waren, noch Geld schulde. Sein Anwalt Erico d'Almeida der Kanzlei Luxlex bestätigt, dass das Verfahren vor dem Arbeitsgericht im März angelaufen sei, nachdem ein außergerichtlicher Vergleich nicht möglich war.

Véronique Faber zeigt sich im Gespräch mit dem *Land* überrascht gegenüber den Anschuldigungen, die allesamt „vollkommen unbegründet“ und „falsch“ seien. Ferner sei sie von Anyanwu belästigt worden, wie auch eine Analyse des Verwaltungsrats gezeigt hätte. Der Anwalt des Cercle hätte beide Personen gebeten, ihre Seite der Geschichte schriftlich mitzuteilen. Doch Anyanwu hätte von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht. Verwaltungsratsmitglied Richard Graf sieht das ebenso und sagt, dass man sich nichts vorzuwerfen habe. „Er hat sich in seinen Anschuldigungen verrannt und kann nichts davon belegen.“ Das habe auch eine Analyse des Centre pour l'égalité de traitement (CET) ergeben, die dem *Land* jedoch nicht vorliegt. „Es war lediglich ein Fehler, ihn überhaupt einzustellen“, so Graf. Das sehen jedoch nicht alle Mitglieder im Verwaltungsrat so. Die Politikerin Colette Mart (DP) ist unter anderem wegen der Handhabung des Falls Anyanwu aus dem Verwaltungsrat zurückgetreten. Andere äußern ebenfalls ihren Missmut: „Wir hätten es nie so weit kommen lassen dürfen.“ Die Eskalation im Fall Anyanwu sei der Höhepunkt einer verfehlten Gouvernance und eines jahrelangen Missmanagements im Cercle.

Plus forts ensemble!



We fly for your life

Deutschland

Nationale Distanz

Martin Theobald, Berlin

Fürstenberg an der Havel ist ein beschaulicher Ort in der norddeutschen Weite. Nix beeindruckendes. Viel Wasser, ein Schloss, eine Ansammlung typischer Discount-Märkte an der Durchfahrtsstraße. Fürstenberg ist weit entfernt von Grevenmacher und von Schengen, wo in diesen Tagen die Europaflagge auf Halbmast weht. Es gibt wohl kein einprägsameres Sinnbild als jene Trauerbeflaggung an jenem Ort. Schließlich steht der Ort an der Mosel wie kein anderer auf dem Kontinent für ein grenzenloses Europa. Doch das riegelt sich gerade selbst ab, in einem Momentum nationaler Alleingänge, die ein wenig an Sandkastenspiele von Kleinkindern erinnern: „Der da hat aber angefangen.“ So mag Berlin den Schwarzen Peter auf Warschau schieben, Warschau auf Prag, Prag auf Wien. Und alle, darin sind sie sich einig, nehmen die Corona-Pandemie als Anlass oder als Entschuldigung, und machen die Grenzen dicht.

So stehen nun auf den Moselbrücken seit Mitte März deutsche Bundespolizisten, die mit großer und tiefer Gründlichkeit die Pendlerströme zwischen dem Großherzogtum und der Bundesrepublik kontrollieren. Deutschland hatte die Grenzen wegen der Eindämmung des Corona-Virus kurzerhand geschlossen und die Nachbarländer nur per knappem Schreiben darüber in Kenntnis gesetzt. Die einseitige Grenzschießung, so hat es Bundesinnenminister Horst Seehofer zu Beginn der Woche verkündet, sollen bis Mitte Mai weitergelten. Die Begründung lautete am Montag: Mit den Grenzkontrollen „sollen die Infektionsgefahren durch das Corona-Virus weiter erfolgreich eingedämmt werden, indem Infektionsketten unterbrochen werden“, so ein Sprecher des Innenministeriums in Berlin. Sie seien angesichts der „weiterhin bestehenden fragilen Lage“ noch erforderlich. Über die Verlängerung informierte Seehofer selbstredend umgehend die EU-Kommission und seine Ministerkollegen in der Europäischen Union über seine Entscheidung.

Der grenzüberschreitende Warenverkehr sowie Grenzübertritte von Berufspendlern sollen weiter gewährleistet bleiben, wie Seehofer versicherte. Auch grenzüberschreitende Reisen seien in Einzelfällen grundsätzlich zulässig, wenn triftige Gründe vorliegen. Dazu zählen nach Ministeriumsangaben ärztliche Behandlungen, Todesfälle im engsten Familienkreis sowie Einreisen zum Ehepartner oder eingetragenen Lebenspartner, nicht aber zum Freund oder zur Freundin. Diese Regelungen gelten für Reisende aus Österreich, der Schweiz, Frankreich, Luxemburg und Dänemark sowie für Flugreisende aus Spanien und Italien. Zu Belgien und den Niederlanden gibt es keine Kontrollen, die Grenzen Deutschlands zu Polen und Tschechien wurden von den Regierungen in Warschau und Prag geschlossen.

Den Unmut Luxemburgs brachte Premier Xavier Bettel auf den Punkt: „Eine ganze Menge Leute haben das falsch verstanden. Soziale Distanz heißt nicht nationale Distanz. Es heißt nicht, dass die Länder auf einmal nicht miteinander zu tun haben wollen.“ Und weiter: „Im Moment ist es so, dass ganz viele Länder einseitig Entscheidungen getroffen haben, ohne mit ihren Nachbarn zu reden.“ Luxemburg ist dabei in einer äußerst prekären Situation, denn auch die Nachbarländer Frankreich und Belgien haben ihrerseits Grenzkontrollen eingeführt. Die Auswirkungen schilderte Léon Gloden, Bürgermeister von Grevenmacher, wenn er in einem offenen Brief von bis zu vier Stunden langen Wartezeiten und steigenden Emissionswerten spricht, da die kürzeste Strecke von der Autobahn zur Grenzbrücke direkt durch den Ort führt. Was ihm besonders aufstößt: Während Luxemburger nicht mehr in Deutschland einkaufen dürfen, hat sich die deutsche Bundespolizei beim Tanken in Luxemburg erwischen lassen. Mehrfach. Das schüre Ressentiments gegen den Nachbarn, so Bürgermeister Gloden.

In Fürstenberg an der Havel weht keine Europaflagge. In der Stadt rund 70 Kilometer nördlich von Berlin baumeln nur Deutschlandfahnen im Wind. Das mag nach Klischee klingen, das ist aber so. Und doch hatte der Ort in den vergangenen Wochen viel mit Grevenmacher und Schengen gemeinsam, denn kurz hinter Fürstenberg verläuft die Grenze – zwischen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Nachdem sich die mecklenburgische Landesregierung zu einem besonders rigorosen Vorgehen in der Corona-Krise entschlossen hatte, setzte sie touristische Reisen, Familienbesuche und das Aufsuchen des Zweitwohnsitzes für Nicht-Landeskinder auf die Verbotliste. Warntafel an der Bundesstraße kurz hinter Fürstenberg wiesen darauf hin; Bahnreisende wurden von den Zugbegleitern auf diese Rechtslage aufmerksam gemacht. In Neustrelitz – erster Halt hinter der „Grenze“ – wurden dann Reisende beim Verlassen des Zugs von der Bundespolizei überprüft.

Wagenburgbeschlüsse scheinen für viele Politiker das Gebot der Stunde zu sein. Dies resultiert auch aus der Wahrnehmung darüber, wie in Wuhan, dem Nukleus der Corona-Pandemie, diese bekämpft und bewältigt wurde. Doch die gesellschaftlichen wie politischen Bedingungen in China sind mit denjenigen in Europa nicht vergleichbar. Insbesondere da die Grundwerte der Europäischen Union auf einem Set von Freiheiten beruhen. Diese können in Ausnahmesituationen ausgesetzt werden, dies jedoch nur begründet und unter festgesetzten Voraussetzungen, in gegenseitigem Einvernehmen und für eine bestimmte Zeit. Verlängerungen der Maßnahmen mögen möglich sein, doch dürfen sich daraus keine „Dauerzustände“ erwachsen. Die Grenzschießungen in Europa lassen manche dieser Voraussetzungen vermissen.

Die Europaflagge soll noch bis morgen auf Halbmast wehen, dann sollen Musikkorps – zum Europatag – auf den Grenzbrücken zwischen Luxemburg und Deutschland für ein freies Europa trommeln. In Fürstenberg wird kaum jemand diesen Tag zu Notiz nehmen, geschweige denn überhaupt eine Europaflagge hissen. Immerhin: Mecklenburg-Vorpommern hat angekündigt, die Einschränkungen für Reisende zum 25. Mai wieder aufzuheben.

Naher Osten

Droht die Annexion?



Die Westbank mit Blick auf Bethlehem

Judith Poppe, Tel Aviv

Benjamin Netanjahu darf Ministerpräsident sein, trotz der Anklagen wegen Korruption, Bestechlichkeit und Untreue, die gegen ihn erhoben werden. So hat das Oberste Gericht am Mittwochabend entschieden. Damit ist nach eineinhalb Jahren politischer Sackgasse und drei Wahlen der Weg frei für die neue israelische Regierung: Die Große Misstrauenskoalition zwischen Bibi Netanjahu und seinem vormaligen Rivalen Benny Gantz vom Blau-Weißen Bündnis.

Doch nicht nur dies: Auch das politische Erbe Netanjahus, die Annexion der jüdischen Siedlungen im Westjordanland und des Jordantals, ist in greifbare Nähe gerückt. Die Regierungsvereinbarung, die Netanjahu und Benny Gantz von Blau-Weiß vor zwei Wochen unterschrieben haben, besagt, dass Netanjahu ab dem 1. Juli der Knesset die Annexion der Gebiete vorschlagen kann. Gantz hatte sich ursprünglich gegen eine unilaterale Annexion ausgesprochen, doch er hat zugesagt, kein Veto dagegen einzulegen, dass Netanjahu sein Vorhaben vor die Knesset bringt. Von den USA kommt eine Zusage nach der nächsten, eine Annexion zu unterstützen. Der amerikanische Außenminister Mike Pompeo etw verkündete kurz nach Unterschreiben der Regierungsvereinbarung, es sei Israels Entscheidung, ob Teile des besetzten Westjordanlandes annektiert werden. Bereits Ende Januar hatte der amerikanische Präsident Donald Trump den Weg für die Landnahme mit der Veröffentlichung seines sogenannten Friedensplans freigemacht, doch die USA pöffen Netanjahu, der schnelle Sache machen wollte, noch einmal zurück und vertröstete ihn auf die Zeit nach den Wahlen.

Netanjahu weiß, dass er schnell handeln muss, will er ein neues Kapitel in der Geschichte eines „Groß-Israel“ schreiben. Denn sollte Trumps Herausforderer Joe Biden im November 2020 die amerikanischen Präsidentschaftswahlen gewinnen, ist die Annexion vom Tisch, das weiß auch der israelische Ministerpräsident. Doch einige Punkte könnten dem Vorhaben noch Sand ins Getriebe streuen. Ein kleiner Zweifel bleibt mit der Begründung des Obersten Gerichts bestehen. Netanjahu und Gantz haben am Dienstag und Mittwoch kleine Änderungen an Regelungen ihrer Regierungsvereinbarung

Wird Israels Regierung jüdische Siedlungen im Westjordanland und im Jordantal annektieren? Die USA signalisieren Zustimmung, die EU ist strikt dagegen

vorgenommen und so das grüne Licht des Obersten Gerichtshofes ermöglicht. Doch die Richter deuteten an, dass Gesetze, die als Teil der Vereinbarung ihren Weg durch die Knesset finden, nach ihrer Verabschiedung immer noch angefochten werden können. Noch also steht die Möglichkeit im Raum, dass das Oberste Gericht Teile der Vereinbarung anfechten und damit die gesamte Regierung und die geplante Annexion in Frage stellen könnte.

Druck kommt außerdem von der internationalen Gemeinschaft. Die Arabische Liga bezeichnete am Donnerstag auf einer Dringlichkeitssitzung den geplanten Schritt als „neues Kriegsverbrechen“ gegen die Palästinenser*innen. Die UN warnen, dass mit einer Annexion „jede Hoffnung auf Frieden“ zwischen Israel und den Palästinensern zerstört werden könnte. Die EU bezeichnete den möglichen Schritt als „ernsthaften Verstoß gegen internationales Recht“. Israels Beziehungen zu der EU sind nicht nur politischer, sondern auch ökonomischer Art.

Ob also der internationale Druck ausreicht, um Netanjahu von einer Annexion abzuhalten, hängt wohl auch von seiner Schärfe ab. Sollte die EU ernsthafte Schritte einleiten wie etwa einen Boykott von Produkten aus den jüdischen Siedlungen, würde dies, gerade jetzt in der Coronakrise, enormen Schaden für die israelische Wirtschaft bedeuten. Eine Forderung nach Wirtschaftsanktionen für den Fall, dass Israel mit den Plänen ernst macht, ging am 1. Mai von einer Gruppe Abgeordneter und PolitikerInnen unter dem Namen „Rat für arabisch-britische Verständigung“ bei Premierminister Boris Johnson ein.

Doch dass die EU oder Großbritannien auf Worte Taten folgen lassen, gilt als unwahrscheinlich.

Harsche Kritik an den Annexionsplänen kommt nicht nur aus dem Ausland, sondern auch aus Israel. Seit Anfang April führen Hunderte leitender Sicherheitsbeamte, Politiker und ehemalige Stabschef unter dem Namen „Kommandanten für die Sicherheit Israels“ eine Kampagne, in der sie Gantz dazu aufrufen, einer Annexion nicht zuzustimmen. Sie warnen, dass ein solcher Schritt „wahrscheinlich eine Kettenreaktion hervorrufen wird, die Israel nicht kontrollieren kann.“ Eine Annexion würde „vermutlich zu einem Zusammenbruch der Palästinensischen Sicherheits- und Autonomiebehörde führen, was wiederum Israel zwingen würde, Kontrolle über das gesamte Westjordanland zu übernehmen.“ Die Folge wäre, dass Israel die jüdische Mehrheit innerhalb der Landesgrenzen verliert, ein Szenario, vor dem viele Israelis Angst haben.

Auch Roni Shaked, Koordinator der Forschungseinheit für den Nahen Osten und den Islam am Harry S. Truman Institut für Friedensentwicklung, sieht dies als Gefahr. Die Alternative könne aber nicht sein, den Palästinenser keine Bürgerrechte zuzusprechen: „Es würde sich um ein Apartheid-Regime im Westjordanland handeln“, warnt er. Bisher wird die Frage, welchen Status die Palästinenser in den annektierten Gebieten erhalten würden, in der politischen Arena nicht diskutiert. Doch Menschenrechtsaktivisten vermuten, dass die Frage wie für Ost-Jerusalem gehandhabt werden könnte. Die dort lebenden Palästinenserinnen und Palästinenser haben meist einen permanenten Aufenthaltsstatus, sie können so beispielsweise an Kommunalwahlen teilnehmen, nicht aber das israelische Parlament wählen. Sie haben die Möglichkeit, sich für die israelische Staatsbürgerschaft zu bewerben, doch die Hürden sind recht hoch.

Shaked ist mehr als alarmiert. „Die Likudunterstützer verstehen nicht, was eine Annexion bedeutet“, sagte er: „Eine Annexion kann eine Intifada in der Westbank und einen Krieg mit dem hamasregierten Gaza hervorrufen.“ Sie würde laut Shaked außerdem das Ende der Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien und aller Beziehungen mit arabischen Ländern bedeuten, auch solchen wie Qatar und Kuwait. „Vor allem aber wäre die Annexion das Ende von Israel als demokratischem Staat und der Sargnagel für die Zwei-Staaten-Lösung“, so Shaked. Die Zwei-Staaten-Lösung ist zentraler Bestandteil sämtlicher Friedenspläne der letzten Jahrzehnte. Selbst FriedensaktivistInnen glauben zwar aufgrund des zunehmendem Siedlungsbau und der damit einhergehenden Zersplitterung des Territoriums immer weniger an ihre Durchführbarkeit, doch laut der Friedensorganisation Peace Now könnte durch kleinere Manöver von Landtausch die Zweistaatenlösung noch möglich sein.

Dass Netanjahu sich aufgrund dieser Kritik von seinen Plänen abhalten lassen wird, ist mehr als fraglich. Nicht umsonst appelliert die Kampagne der „Kommandanten für die Sicherheit Israels“ an Blau-Weiß. Gabi Ashkenazi, der zweite Kopf von Blau-Weiß, argumentierte gegenüber der israelischen Internetzeitung *Times of Israel* darauf, dass Gantz als voraussichtlicher Verteidigungsminister und er selber als Außenminister im Sicherheitsausschuss sitzen werden: „Wenn es einen Weg gibt, den Prozess [der Annexion] zu stoppen, werden wir es tun.“ Seine Wortwahl gibt den Kritikern wenig Anlass für Optimismus.

maux, atteignant des niveaux records. Les médias occidentaux ont été contraints de reconnaître que les médias israéliens ont été les premiers à révéler les détails de la situation. Les médias israéliens ont été les premiers à révéler les détails de la situation. Les médias israéliens ont été les premiers à révéler les détails de la situation.

Les législateurs ont adopté des mesures pour protéger les médias israéliens. Les législateurs ont adopté des mesures pour protéger les médias israéliens. Les législateurs ont adopté des mesures pour protéger les médias israéliens.

Der Vertreter von Erdogans Partei im RTUK, Nuralah Öztürk, kommentierte gegenüber der BBC, dass Sender, die auf YouTube oder Persicope einige Stunden senden, von der neuen Regelung nicht betroffen seien. Doch der Text der Anordnung ist demgegenüber unmissverständlich, dass nicht nur die vom Regime verbotenen türkischen Medien in der Türkei wie MedyaScope oder F24 bald zum Schweigen gebracht werden könnten, sondern auch internationale Sender. Vor allem wird bereits spekuliert, wie die Kontrolleure von RTUK mit dem neuen, gemeinsamen YouTube-Kanal der Sender Deutsche

nen lässt, wobei die Rete gegeneinander Mediensysteme in diesem „Analog“ wird nicht erstattung der türkischen und Sendungen der britischen DW, der US-amerikanischen französischen France 24, die n und des chinesischen CCTV Tagesschau. Die Independent des Präsidenten einzelner Jour Medien wird analysiert. Sie i ihrer Facebook- oder Twitter-ber“ Seite befragt, die ihre wissenschaftlichen Ergebnisse

Die genannten Medienanstalten des dort beschäftigten für zum Beispiel in den sozialen Medien Terroristen auf der Bild verurteilt nach ihre Trauer i Schulalgerien. „Ein beider ar Medienanstalten, die von vielfältigen und unabhängigen betrieben, befinden sich unter Tücken Gegen.“

Sie „empfehlen“ den Internethäusern dreist, sie sollen ihre überprüfen, die Arbeit der Reporter, die antworten. Die Türkei mehr Beachtung sehr einseitige Berichterstattung nur

Dabei bleibt zu betonen, dass Regime noch nicht sein gesagt und Polen gegen die Medien n dass es in naher Zukunft wech habilitieren, nach für die noch a ten auch nur einen Schimmer Normalisierung gibt.

Votre publicité ici

Contactez Zoubida Belgacem qui est en charge de la régie publicitaire au sein du Lëtzeburger Land.

+352 48 57 57 32
zbelgacem@land.lu

.....

-3/4

ticker

.....

ArcelorMittal : Schneider passe entre les gouttes



L'ancien vice-Premier ministre Etienne Schneider (LSAP, photo : sb) informe le *Land* qu'il rejoindra le conseil d'administration d'ArcelorMittal, ce en dépit des vents contraires. D'abord la candidature du socialiste n'a pas été retenue en bonne et due forme mardi par les actionnaires du sidérurgiste. L'assemblée générale ordinaire qui devait statuer sur la composition du conseil d'administration a été repoussée *sine die* à cause de la pandémie de Covid-19. Etienne Schneider explique que, selon sa compréhension, il a été « proposé par le comité des actionnaires et l'AG devra l'entériner ». Contacté, le département communication se dit incapable de confirmer (ou de démentir) l'information, les discussions sur les administrateurs ne faisant pas l'objet de publicité avant le vote. D'ailleurs, pour le groupe basé à Luxembourg, Jeannot Krecké siège toujours officiellement au conseil d'administration jusqu'en 2022. Contacté, l'ancien ministre socialiste, explique, lui, renoncer de son propre chef et pour « des raisons personnelles » à aller au bout d'un mandat reconduit en 2019. « Personne ne m'a demandé de le faire », insiste-t-il auprès du *Land*. Jeannot Krecké avait été nommé administrateur en janvier 2010 alors qu'il était encore ministre de l'Économie. Etienne Schneider s'est positionné dès l'automne dernier de manière officieuse. Il a entrepris plus officiellement les démarches entre mars et avril puisqu'il a sollicité, dans deux

courriers adressés au gouvernement, l'avis du comité d'éthique sur la création d'une société commerciale et sur sa « nomination future » (sic) au conseil d'administration du groupe sidérurgique dont l'État est actionnaire. Dans les échanges entre l'exécutif et le comité d'éthique, on lit que le gouvernement s'est exprimé favorablement dès janvier en conseil pour que son ministre (Etienne Schneider n'a officiellement démissionné que le 4 février) intègre à terme le conseil d'administration d'ArcelorMittal. Le signataire de la saisine, à savoir le Premier ministre Xavier Bettel (DP), y précise en outre « qu'il ne s'agit pas d'une nomination en tant que membre représentant de l'État », mais que la proposition émane du PDG *himself*, Lakshmi Mittal.

Dans la réponse datée du 22 avril, le comité composé de Colette Flesch (DP), Marie-Josée Jacobs (CSV) et Aloyse Weirich (magistrat à la retraite) analyse les saisines au regard du règlement grand-ducal du 14 novembre 2014 fixant les règles déontologiques des membres du gouvernement. Les déontologues saluent d'abord les démarches, non obligatoires, d'Etienne Schneider. « Elles mettent en évidence son souci de transparence et de vouloir éviter tout conflit d'intérêts éventuel ». Ils examinent ensuite la situation face à la section 7 du code de déontologie, relative à « la sortie de mandat des membres du gouvernement » et émettent des réserves eu égard à l'article 11. « Pendant les deux ans qui suivent la fin de leur mandat, il est interdit aux anciens membres du gouvernement d'utiliser ou de divulguer des informations non accessibles au public obtenues lors de leur fonction », lit-on dans le règlement. Pour le comité d'éthique, l'État ne dispose pas des moyens pour contrôler l'activité de ses anciens ministres. Flesch, Jacobs et Weirich proposent de revoir le texte de l'article 11 et d'imposer notamment une période de carence (par exemple de deux ans) à tout ancien ministre qui envisagerait d'intégrer une société sur laquelle il exerçait ses compétences. Une telle réforme est envisagée depuis juin 2018 et un rapport du Greco (*d'Land*, 22.11.2019). L'organe anti-corruption du Conseil de l'Europe avait invité le gouvernement à légiférer en ce sens dans son cinquième cycle d'évaluation. Un projet de réforme du code de

déontologie existe. Il a été soumis au Greco en fin d'année dernière. Selon l'entourage du Premier ministre, l'organe a notifié à la mi-mars que l'étude du texte était repoussée à cause de la crise. Selon une version consultée par le *Land*, la sortie du gouvernement d'un de ses membres est davantage encadrée. « Si l'activité professionnelle (du membre sortant, ndlr) porte atteinte à l'intérêt public, le gouvernement en conseil marque son désaccord avec l'activité pour une durée qui ne saurait dépasser les deux années depuis la fin de la fonction du membre du gouvernement », apprend-on dans l'avant-projet de texte. Mais le règlement *new look* n'est pas d'actualité et l'ancien ministre peut passer outre l'avis du comité (comme il était écrit dans la première mouture du code de déontologie, en février 2014). Etienne Schneider l'assure cependant. Il n'a « rien à cacher » et il s'est « formellement engagé à respecter les règles du code ». Dans un élan de transparence, il précise en outre que depuis la dernière nomination de Jeannot Krecké (en 2019), « l'État n'a plus droit à un représentant au CA » et que Lakshmi Mittal est seul décisionnaire sur ceux qui l'entourent dans l'instance stratégique. Le ministère d'État confirme.

Le ticket pour la sidérurgie est alléchant. Les deux administrateurs luxembourgeois (non-exécutifs et non-indépendants), Jeannot Krecké, 69 ans, et Michel Wurth, 65 ans, touchent 171 000 euros au titre de leur « compensation » pour 2019 à l'issue de la prochaine assemblée générale. Puis le poste ne manque pas de prestige. Siéger à côté de Lakshmi Mittal ou de Karel de Gucht (ancien commissaire européen) offre un beau tremplin. Michel Wurth, arrive aussi à l'échéance de son mandat de trois ans. Il avait été renouvelé une première fois en 2017. Interrogé à plusieurs reprises cette semaine pour savoir s'il restait en lice pour un nouveau mandat, le président d'ArcelorMittal Luxembourg exerce son droit au silence. pso-ps

Aide exceptionnelle pour la presse

Le gouvernement donne un coup de pouce à la presse nationale. A paru ce jeudi au *Journal officiel* un règlement mettant en place « une indemnité en

faveur des éditeurs de publications dans le cadre de la pandémie Covid-19 ». Le ministre des Médias, Xavier Bettel (DP), alloue aux maisons d'édition une indemnité de 5 000 euros par journaliste employé à temps plein entre le 15 mars et le 15 mai. Cette décision fait suite à un courrier envoyé au ministre de tutelle le 20 avril par Edita (*Lessentiel*), les Éditions d'Letzeburger Land, les Éditions Revue, Editpress (*Tageblatt*), Lëtzeburger Journal, Lumedia (*Le Quotidien*), Maison Moderne (Paperjam, *Delano*, *City Magazine*, *Flydscope*), Saint-Paul Luxembourg (*Luxemburger Wort*, *Luxtimes*, *Telecrân*, *Contacto*), *Zeitung vum Lëtzeburger Vollek* et *Woxx*. Les éditeurs y expliquent que les lecteurs « demandent, en ce temps de crise, davantage encore qu'en temps normaux, une information indépendante et pluraliste », mais que la distribution de la presse est chahutée et que les revenus publicitaires s'effondrent. « Alors que la rentabilité dans notre secteur ne fait que subir des coups depuis l'avènement des géants d'internet, il en va de la survie de nombre de médias ainsi que du pluralisme de la presse, un point fort de notre pays », lit-on encore dans le courrier requérant « un soutien financier exceptionnel en cette situation exceptionnelle ». Xavier Bettel reprend à son compte les arguments à la Chambre jeudi après-midi : « Les médias ont fait le choix de continuer leur travail et de ne pas recourir aux chômage partiel, donc nous les soutenons avec une aide unique », informe-t-il. La presse bénéficie déjà d'aides publiques. 1,3 puis 1,4 million d'euros ont été budgétés pour la presse en ligne en 2019 et 2020, 7,4 millions pour la « presse écrite » (papier). Ledit régime fait l'objet de discussions et un projet de réforme devait intervenir avant l'été. pso

Yuppie piraté

200 000 : c'est le nombre, approximatif, de cartes de fidélité Cactus actuellement en circulation. Ce qui n'est pas rassurant, sachant que la chaîne de supermarchés vient d'être victime d'un « piratage informatique » assez sévère pour avoir conduit à la fermeture durant quelques jours des supermarchés à Bonnevoie, à Merl et au Windhof. Des captures d'écran de fichiers internes ont été publiées sur le « dark web », écrit Cyble,

Après avoir analysé les données des compteurs de trafic opérés par les Ponts & Chaussées sur trois frontières, le Statec estime qu'à la fin mars, les passages de voitures avaient chuté de trois quarts. À moyen terme, le Statec ne croit pourtant pas à un impact positif sur les émissions de gaz à effet de serre, l'effet du confinement devrait « s'estomper avec la reprise graduelle de l'activité au cours de l'année ». On pourrait même spéculer que les transports en commun, bien que gratuits, seront moins utilisés qu'auparavant par peur de contagion. bt

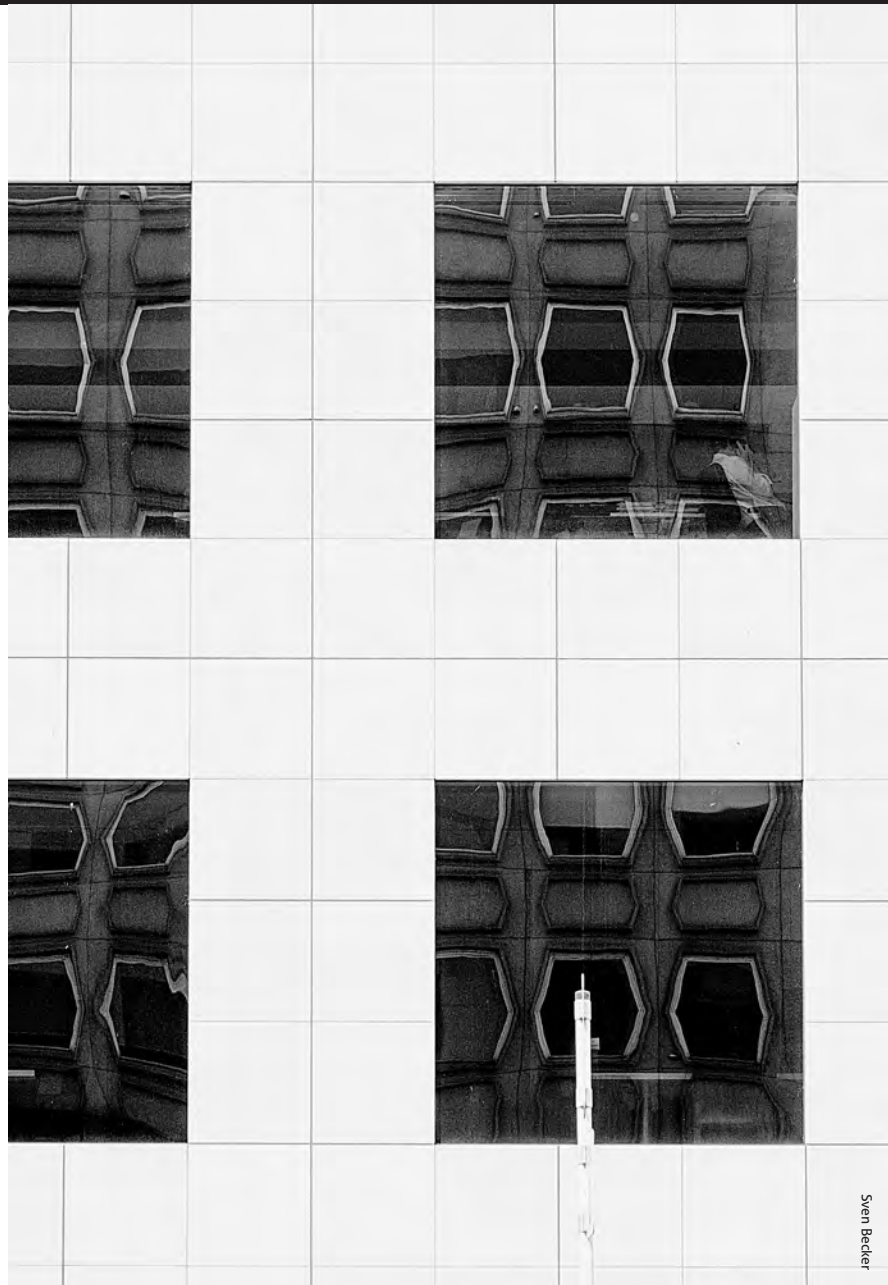
un spécialiste américain en sécurité informatique, qui y voit la preuve d'une tentative de chantage émanant d'un groupe de hackers. « This small data leak from the large lot seems to be a warning for the company to accept the terms of the ransomware operators. Unfortunately, if the terms are not being accepted by the Cactus group, then the REvil ransomware operators seem to leak a large lot of sensitive data of the company » Or, sur une de ces photos publiées, on aperçoit un fichier intitulé « Carte Client Cactus ». Contactée par *Radio 100,7*, la direction de Cactus dit qu'il n'est pas clair si des données des cartes de fidélité ont été volées. Si tel était le cas, la nation luxembourgeoise serait mise à nu. En 2016, le directeur de Cactus Laurent Schonckert avait ainsi expliqué au *Land* que le groupe avait renoncé à exploiter les données des cartes de fidélité, évoquant sa « frousse » d'un *backlash* : « En tant que consommateur aimeriez-vous qu'on vous envoie des dépliants pour nourriture d'animaux parce que nous savons que vous avez un chien ? Ou des pubs pour du whisky parce que nous savons que vous avez acheté dix bouteilles l'année dernière ? » (photo : sb). bt



Les années de vaches maigres

Chargé de faire des prévisions, le Statec n'est pas à envier en ce moment. Début mars, il pronostiquait encore une croissance de 2,8 pour cent en 2020. Le coronavirus devrait coûter 0,1 point de pourcentage de croissance en zone euro, prédisait le Statec. « Le choc sur l'économie luxembourgeoise serait comparable au choc négatif subi lors de la crise des dettes souveraines en zone euro de 2012/2013 ». Deux mois plus tard, le monde a bien changé. Dans son *Conjoncture Flash* de cette semaine, l'institut statistique s'y essaie donc de nouveau. En compilant des données de diverses sources (demande de chômage partiel, trafic routier, importations

d'électricité, paiements par carte bancaire) il tente de chiffrer l'étendue du désastre économique. Son estimation : une chute de 25,8 pour cent de l'activité économique pour la période mars-avril 2020. Ce sont la construction et l'Horeca (-90 %), les transports (-60%) qui sont les secteurs les plus touchés, mais également l'industrie (-47%) et le commerce (-39%). Comparé aux autres économies européennes, cette chute se « compare plutôt favorablement », estime le Statec qui y voit l'effet du surpoids de la place financière, qui a relativement bien encaissé le coup jusqu'ici (p.10), dans l'activité économique. « La question majeure dans une optique de prévisions, c'est donc de savoir avec quelle ampleur et pendant combien de temps ces effets vont jouer ». Le Statec a donc élaboré deux scénarios : celui d'un « confinement limité », postulant un fort rebond au troisième trimestre 2020, et celui d'un « confinement prolongé » accompagné d'une « crise économique mondiale majeure et prolongée ». Le premier scénario donnerait une chute du PIB de six pour cent en 2020, le second de 12,4 pour cent. C'est plus en moins en ligne avec les prévisions de la Commission européenne qui évoque une récession « historique » de 7,7 pour cent dans la zone euro et de 5,4 pour cent au Luxembourg. La pandémie frappe autrement plus dur les pays du Sud disposant d'un important secteur touristique : -9,7 pour cent en Grèce, -9,5 en Italie et -9,4 en Espagne. bt



Les affaires tournent pour les banquiers privés du boulevard Royal cette semaine

Pierre Sorlut

640 milliards La place financière tremblait dans la perspective de la parution des encours des fonds d'investissements pour le premier trimestre. L'effondrement des marchés dans le sillage de la pandémie de coronavirus et de l'arrêt brutal des économies occidentales présageait une chute similaire des actifs détenus par les organismes de placement collectif luxembourgeois sur lesquels une panoplie d'acteurs basent leur rémunération, y compris l'État via la taxe d'abonnement. Pour donner un ordre d'idée, l'indice industriel américain Dow Jones a perdu 36 pour cent de sa valeur entre le 21 février et le 20 mars. La CSSF, qui tient les comptes des fonds locaux, a levé le suspense en fin de semaine dernière. Avec quelques jours de retard, le régulateur financier révèle que la valeur des actifs des OPC domiciliés au Grand-Duché a chuté de onze pour cent sur un mois. Un soulagement. Sur *LinkedIn*, le directeur de Luxembourg for Finance Nicolas Mackel s'enthousiasme : « While obviously the decrease is important it still shows how resilient our market has been ». Dans une tribune publiée cette semaine sur le site de l'agence de promotion, l'ancien consul général à Shanghai souligne que la perte liée à la valeur de marché se limite même à 8,37 pour cent, alors que les bourses ont connu leurs baisses les plus folles « depuis des décennies ». Les 2,74 pour cent de perte de valeur restants tiennent à l'argent que les investisseurs ont retiré des fonds. En février, l'encours avait déjà chuté de 2,5 pour cent. La chute boursière du Covid-19 aura donc causé la destruction de 13,8 pour cent de la valeur des fonds par rapport à fin janvier, soit 640 milliards d'euros. Sur un an, la chute se limite à 4,6 pour cent. Voilà le manque à gagner dans les caisses de l'État luxembourgeois dans la perception de la taxe d'abonnement (qui a rapporté un milliard d'euros en 2019). Et on compte sur un redressement des marchés d'actions en avril. L'indice MSCI World (référence pour les tendances globales) a repris quinze pour cent de sa valeur sur le mois écoulé.

La relative résilience des fonds ne relève pas du miracle, mais tient au principe fondamental de diversification auquel tout bon gestionnaire de portefeuille doit se tenir. Si l'ensemble des fonds luxembourgeois n'avait été investi que dans les actions sud-américaines, alors la valeur des actifs aurait chuté de 35 pour cent. Mais le centre de distribution luxembourgeois compte une multitude de classes d'actifs sous-jacentes (actions, obligations, monétaire, *private equity* ou encore immobilier pour ne citer que les principales). Cette diversité a mitigé l'impact du choc boursier, lequel cache lui-même une grande hétérogénéité. Les actions des sociétés actives dans le pétrole ou celles des com-

À court terme, le secteur financier est un rempart à la crise. À long terme, il en est un amplificateur

pagnies aériennes ont dégringolé. D'autres, dans le digital par exemple, se renchérissent.

Certes, les banques dépositaires supportent un certain coût lié au retournement de marché. Ces établissements portent la responsabilité des actifs des fonds et leurs revenus proviennent pour moitié des commissions sur les OPC. Mais les JP Morgan, DekaBank, RBC ou encore Société générale sont des grosses machines qui assument les aléas conjoncturels. Dans une étude parue en février, soit juste avant la contamination de l'économie internationale, le Statec relevait que les banques dépositaires (et de détail) avaient « permis de soutenir le secteur bancaire entre 2015 et 2018 ». Elles se referont la cerise à la faveur de l'amélioration des marchés financiers et grâce à une industrie des fonds qui pèse de plus en plus dans l'économie nationale. Les autres types de banques encaissent, au sens littéral.

Land of opportunity Dans sa publication *Conjoncture flash* de ce mardi, l'institut national de la statistique place les activités financières parmi les moins impactées par la crise liée au Covid-19. Quand la construction et l'horeca ont perdu 90 pour cent de leur chiffre d'affaires entre le 23 mars et le 17 avril, les activités financières (23,9 pour cent de la valeur ajoutée nationale, de loin la plus grosse contribution par secteur) n'ont lâché que dix pour cent de leur volume d'activité. Le Statec émet l'hypothèse d'une transition réussie vers le télétravail. Et voilà que la crise amène du business aux banques privées qui souffrent depuis la crise financière de 2008 et la disparition du secret bancaire. Elles ont perdu les très profitables dentistes belges et toute la clientèle originaire des juridictions voisines au silence monnayable pour planquer l'argent gris. La marge d'intérêt (principale rémunération des banques de détail) a fondu sous l'action de la Banque centrale européenne, qui a constamment réduit les taux pour favoriser

l'endettement et la consommation. Et bien sûr les réglementations nées de la crise des *subprimes* pèsent sur la rentabilité : accord de Bâle (solvabilité), Mifid (information des investisseurs), directives anti-blanchiment, etc.

Un banquier témoigne (sous couvert d'anonymat) que des Italiens, des Espagnols, mais aussi des Belges relocalisent leurs avoirs au Luxembourg de peur d'un « serrage de vis fiscal » consécutif à la crise. Plusieurs États européens menacent de recourir à des impôts que d'aucuns jugent potentiellement confiscatoires (avec plus de progressivité, voir page 12). Nicolas Mackel confirme que le côté *safe haven* du Grand-Duché, « et non plus tax heaven », attire traditionnellement quand l'économie vacille dans les pays alentours. Chez Atoz au Findel, Keith O'Donnell informe lui aussi que des familles réfléchissent à déplacer la réalisation des investissements au Luxembourg. Le torchon d'une éventuelle taxe sur les transactions financières (TTF), agité cette fois par l'Allemagne, effraie les ultra-riches (et les professionnels de la finance du Vieux continent) et pourrait en attirer au Grand-Duché. Dans le sillon de son prédécesseur Luc Frieden (CSV), le ministre des Finances Pierre Gramegna (DP) a toujours manifesté une ferme opposition à l'impôt dérivé du projet de James Tobin en 1971 (qui se cantonnait toutefois aux transactions monétaires). En 2013, le Luxembourg s'était associé au Royaume-Uni dans son recours devant la Cour de justice de l'UE pour annuler le projet de TTF envisagé dans le cadre du mécanisme de coopération entre onze États européens. Le recours a été rejeté en 2014, mais le projet de taxe git dans les limbes de la Commission européenne. Voilà que le concept resurgit. D'aucuns craignent que Pierre Gramegna ne donne son feu vert dans l'hypothèse où elle serait envisagée au niveau des 37 pays de l'OCDE. Contacté par le *Land*, le directeur fiscalité de l'organisation Pascal Saint-Amans rejette l'idée même de discussions à ce sujet. « On sait bien que cela ne va nulle part », dit-il. Les discussions sur la mise en place de la taxe Gafa (sur l'économie du numérique) achoppent elles aussi. Pascal Saint-Amans juge « compliquée » toute avancée en pleine crise du Covid-19. Le maïeuticien des normes fiscales internationales repousse à la sortie de crise les débats sur la fiscalité d'après. Concernant l'idée des relocalisations au Luxembourg, Pascal Saint-Amans estime enfin qu'il serait « très naïf de croire qu'on peut cacher son argent au Luxembourg depuis l'introduction de l'échange automatique ».

Les banquiers locaux rétorqueront que les avoirs détenus dans les coffres luxembourgeois par des

non-résidents n'ont pas vocation à être cachés des fisces nationaux. Tous ne croient pas non plus en la théorie du *flight to security*. C'est le cas de Pierre Ahlborn (Banque de Luxembourg) qui n'a pas de client « qui s'inquiète » outre-mesure de l'après-crise. Le dirigeant de banque respire la zénitude à l'évocation du contexte. Pierre Ahlborn parle d'un environnement « plutôt très sympathique au niveau de la clientèle ». Il se réjouit que ses équipes du conseil en gestion d'investissement ont bien « négocié le tournant ». « C'est très bon au niveau de la banque privée et on a une très bonne activité commerciale pour l'administration des fonds, notamment du fait d'une bonne confiance en la plateforme Luxembourg. Encore hier nous avons remporté deux gros mandats », se félicite Pierre Ahlborn, qui vit là sa deuxième crise à la tête de la Banque de Luxembourg (il occupe la tête de l'établissement depuis vingt ans). Or, au contraire de celle de 2008-2009, celle-ci n'émène pas des banques et elle semble à peine les avoir impactées.

Win-win vs lose-lose Difficile de jauger la part de bluff dans les témoignages *on the record* des parties prenantes. Les chiffres du premier trimestre n'ont pas été publiés. Les dirigeants de l'ABBL refusent de dévoiler les tendances. Comme les lobbyistes s'expriment plus volontiers quand il y a quelque chose à réclamer, d'aucuns comprennent que les banques sont épargnées. Celles-ci facturent des commissions sur les transactions. La gestion active de portefeuille a généré des recettes pour désinvestir les secteurs affaiblis et réinvestir ailleurs. De même, les grands groupes internationaux qui empruntent aux banques luxembourgeoises, telles HSBC, Intesa Sanpaolo ou Deutsche Bank, ont tiré les lignes de crédit (63 pour cent des prêts sont destinés à des non-résidents). Dans les banques locales, les PME ont sollicité des moratoires pour les unes, de nouveaux crédits pour les autres afin de s'assurer en liquidité. Les banques encaissent les intérêts en conséquence. L'évolution de la somme des bilans des banques publiée le 28 avril par la BCL atteste d'un bond de neuf pour cent des crédits aux sociétés non financières en mars. Le gonflement de douze pour cent des livres bancaires tient aussi pour grande partie à une augmentation des crédits interbancaires, facilités par la politique de la BCE, pour abreuver le canal de distribution monétaire vers l'économie réelle (les entreprises). La garantie de l'État sur les prêts à court et moyen termes pour conférer des liquidités aux entreprises en difficultés à cause du confinement gonflera certainement le volume des emprunts en avril. « Cet épisode est un formidable exercice de solidarité en matière

sanitaire, mais aussi au niveau économique. Les banques sont en mesure de donner un petit coup de main », avance Pierre Ahlborn, dont la banque appartient au *six pack* d'établissements partenaires de l'État.

Jusqu'à quel point ? À court terme, le secteur financier est un rempart contre la crise. D'autant que le Statec relève que son hypertrophie limite le recul de l'activité au niveau national. Celui-ci se limite à 25 pour cent, alors qu'il s'élève à un tiers dans les pays voisins où la finance ne représente que cinq pour cent de la valeur ajoutée (contre 23,9 pour cent au Grand-Duché donc). À long terme, un couac dans le circuit bancaire amplifiera le marasme. Les banques ont tout intérêt à fournir les liquidités aux entreprises tant qu'elles le peuvent. Mais un prolongement du confinement ou une deuxième vague d'infections plongerait nombre de sociétés en détresse financière et elles risqueraient de ne pouvoir honorer leur endettement. Le cas échéant, les banques prêteuses se trouveraient en risque d'insolvabilité et on parlerait sans aucun doute de dépression (non plus de récession). On n'en est pas là. Pour l'heure les établissements se contentent de provisionner les éventuelles pertes sur leurs portefeuilles de crédits. « La CSSF est plutôt rassurante sur l'état des banques au Luxembourg », explique Pauline Perray, économiste du Statec. Le régulateur contrôle régulièrement le niveau des crédits non-performants via des enquêtes auprès des établissements, explique la spécialiste du monde bancaire. Selon des données communiquées au *Land*, la part des *non-performing loans* sur l'encours total des crédits s'élève aujourd'hui à 1,5 pour cent. Cette proportion était de 0,7 pour cent en décembre, « alors que la moyenne tourne autour de trois pour cent dans la zone euro », souligne Pauline Perray. Les établissements de crédit locaux jouissent en sus d'un confortable coussin de solvabilité, à 21 pour cent en moyenne, soit bien au-dessus des critères requis dans les accords de Bâle 3 (entre 10,5 et 18 pour cent selon les exigences des régulateurs).

Des économistes avancent que la crise du Covid-19 fournira un *stress test* grandeur nature du système bancaire européen et des modifications apportées depuis la crise des *subprimes* (aliéné toutefois par les flexibilités permises par la BCE en termes de garanties). Il est néanmoins peu probable que Francfort laisse tomber ses ouailles. La dette affluera autant que nécessaire, quitte à ce qu'elle devienne perpétuelle... et à ce que l'économie réelle croule dessous. Ce qui rendra évidemment les perspectives d'investissement limitées. Voilà pourquoi les banques restent prudentes à ce stade.

Elles font profil bas, mais les banques luxembourgeoises résistent à la crise économique liée au Covid-19. La gestion de fortune accueille même des clients qui fuient l'austérité à venir en Europe méridionale

Le Luxembourg face à la diplomatie des masques chinoise

Sauver la face

Bernard Thomas

Un automne à Pékin Le 26 septembre 1979, le Grand-Duc Jean atterrit à Pékin pour une première visite d'État. Au fil des neuf jours de banquets somptueux et de discours interminables qui suivront, un narratif se met en place. Dès la première soirée, Li Xinnian, qui avait été commissaire politique durant la Longue Marche et qui deviendra président de la République populaire en 1983, s'efforce de trouver des analogies entre l'hôte et l'invité : « Le peuple luxembourgeois est un peuple aux glorieuses traditions de lutte. Il a mené sans défaillance une lutte de longue haleine pour la conquête et la sauvegarde de l'indépendance nationale, contre l'annexion et l'agression étrangères. » Le Grand-Duc Jean évoque à son tour la « période malheureuse, pleine d'interventions étrangères » traversée par la Chine et terminée « sous la direction des artisans de la Chine moderne, inspirés et guidés par le grand Mao-Tsé-Toung ». Le Luxembourg et la Chine, deux combattants contre l'impérialisme regardant vers un avenir radieux.

Son Altesse royale, voyageur de commerce, tentait de vendre son petit pays qui « ne peut prétendre jouer un rôle significatif sur la scène mondiale », mais dont l'industrie sidérurgique serait disposée à « participer à l'œuvre de construction de la Chine moderne ». En 1979, ce fut l'Arbed qui définit les étapes de la visite officielle et qui installera un de ses ingénieurs au poste d'ambassadeur à Pékin. Les intérêts de la place financière ont entretemps pris le relais, mais le narratif reste quasi-inchangé : le Luxembourg se présente comme un « partenaire » sans ambitions géopolitiques : petit, donc inoffensif ; stable, donc sûr ; opportuniste, donc prévisible.

Charité chinoise Début avril 2020, la Chambre de commerce publie une liste des « nombreux actes de charité » dont ont fait preuve les firmes chinoises envers les Luxembourgeois – un inventaire concocté « sans arrière-pensées » pour souligner la « collaboration en temps difficiles », explique son directeur Carlo Thelen. On y retrouve quatre banques chinoises, l'opérateur télécom Huawei, qui tente actuellement de décrocher des contrats dans la 5G, ainsi que l'actionnaire de la Bil, Legend Holdings. Selon le ministère des Affaires Étrangères, certaines firmes auraient remis leurs dons « de manière symbolique dans le cadre d'une cérémonie [...] à l'ambassade à Beijing ou au consulat général à Shanghai pour promouvoir leur bonne coopération avec le Luxembourg. »

Des autorités locales, comme la municipalité de Shanghai ou celle de Nanjing, destination de la prochaine mission de prospection que la Chambre de commerce avait prévue pour novembre 2020, ont également expédié du matériel de protection vers le Luxembourg. Mais c'est la Province du Henan qui s'est montrée la plus généreuse en livrant un demi-million de masques, 600 thermomètres sans contact et des hectolitres de gel hydro-alcoolique. La Province du Sichuan est la dernière venue dans cette parade des donateurs, le gouvernement luxembourgeois ayant mené des négociations avec les autorités locales pour établir une ligne ferroviaire reliant Bettembourg à Chengdu.

D'après le ministère des Affaires Étrangères, l'ambassade luxembourgeoise à Pékin suivrait de près comment ces dons sont communiqués sur les réseaux sociaux et dans les journaux chinois : « Il ressort de cet exercice de monitoring que les articles publiés à ce stade se caractérisent par leur ton factuel, détaillant le matériel de protection donné (et parfois, sa valeur) tout en précisant le lien du donateur avec le Luxembourg ». Cette analyse apparaît un peu courte. Car l'aide humanitaire livre également de la munition à la propagande du régime qui peut se présenter comme seul capable de protéger ses citoyens ; au point de devoir assister les riches Européens (voire les ultra-riches Luxembourgeois), trop préoccupés par les libertés individuelles pour préserver le bien commun.

Strings attached Les États-Unis et la Chine sont engagés dans une bataille à qui réussira à imposer son récit sur la pandémie. Face aux déclarations de Donald Trump qui parle d'un « virus chinois » échappé du laboratoire de virologie de Wuhan, la République populaire a lancé sa propre « infodé-

La pandémie a fait ressortir l'ingéniosité et la débrouillardise du Luxembourg, mais elle a également exposé ses vulnérabilités structurelles

mie », relayée par une nouvelle génération d'ambassadeurs farouchement nationalistes qui n'ont pas hésité à critiquer leurs pays-hôtes européens. Dans un rapport officiel, le Service européen pour l'action extérieure évoque « un effort coordonné de sources officielles chinoises pour détourner tout blâme pour le déclenchement de la pandémie ».

Dès la mi-avril, *le New York Times* notait : « Often, Chinese officials tell counterparts abroad that they must publicly thank China in return for the shipments. » « Le gouvernement luxembourgeois n'a pas été confronté à de telles demandes », répond le ministère des Affaires Étrangères à la question du *Land*. Fin mars, l'agence de presse officielle Xinhua avait cité le ministre Jean Asselborn (LSAP), qui, au cours d'un entretien téléphonique avec son homologue chinois Wang Yi, avait sobrement « remercié Beijing d'avoir fourni du matériel médical et son expérience dans la lutte contre le Covid-19 [...] en espérant pouvoir continuer à recevoir le soutien de la Chine dans l'approvisionnement et le transport d'équipements. » Wang Yi retournait le compliment, exprimant sa « gratitude » pour l'aide luxembourgeoise.

Le gouvernement luxembourgeois ne s'est pas épanché en remerciements publics vis-à-vis de Pékin. C'est que les dons en masques – offerts non pas par le gouvernement central mais par des autorités locales – ne représentent en fine qu'une petite fraction de l'ensemble des commandes (35 millions de masques devraient ainsi être distribués à partir de la fin mai). Leur prix politique reste donc limité. Le ministre de la Mobilité et des Travaux publics, François Bausch (Déi Gréng) est catégorique : il ne peut se remémorer d'aucune occasion lors desquelles ses interlocuteurs chinois auraient tenté d'exercer une pression. « Le problème, ce n'est pas la Chine, c'est nous-mêmes : on a été assez stupides pour tout délocaliser en Chine », rappelle-t-il à propos de l'approvisionnement en masques et en médicaments.

En mars 2020, le gouvernement luxembourgeois s'était, lui aussi, essayé en diplomatie sanitaire, remplissant un Boeing Cargolux de matériel Tyvek, produit par Dupont de Nemours à Contern, et l'envoyant direction Chine où les cinq tonnes étaient transformées en 30 000 vêtements de protection. Les représentations du Luxembourg en Chine avaient profité de l'occasion pour publier un message sur WeChat, le réseau social le plus utilisé en Chine, et la contribution luxembourgeoise finira sur la liste de pays donateurs publiée sur le site Internet du *People's Daily*, l'organe de presse du Comité central du Parti communiste chinois.

Competition State Si le Luxembourg a provisoirement gagné la bataille de l'approvisionnement, c'est grâce à l'argent, à Cargolux et à la petite échelle du pays donc au volume relativement réduit de commandes à placer. En cette période de repli national et du chacun pour soi, certaines caractéristiques du modèle luxembourgeois auront fait la différence : les « chemins administratifs courts », les participations de l'État dans quasiment toutes les banques à guichet et grandes entreprises nationales, ainsi qu'une tendance quasi-innée au prag-

matisme voire à l'opportunisme. Très tôt, le ministère de la Santé avait ainsi intégré dans sa cellule logistique des natifs chinois, une fiscaliste de PWC et un entraîneur de tennis de table travaillant sans arrêt à dénicher du matériel sur un marché chaotique. En parallèle, les Hôpitaux Robert Schuman avaient lancé une collaboration avec une demi-douzaine de volontaires d'Amazon et pouvaient donc recourir au gigantesque *back office* du monopoliste américain.

Le deal signé en 2014 par François Bausch avec Henan Civil Aviation Development & Investment Co. (HNCA), après une longue période d'hésitation de son prédécesseur Claude Wiseler (CSV), a permis au Henan, une province agricole située dans l'hinterland chinois, loin des riches régions côtières, de s'appuyer sur le savoir-faire de Cargolux pour développer son secteur logistique. En temps de pandémie, la stratégie du « dual-hub » Zhengzhou-Findel prend la forme d'un pont aérien humanitaire. (La presse chinoise a surnommé cette ligne aérienne opérée par Cargolux « nouvelle route de la Soie aérienne ».) Le Grand-Duché s'est muté en une des principales plateformes pour le *dispatching* de matériel médical en Europe, livrant, selon les termes de François Bausch, « l'occasion d'entretenir de bonnes relations avec les pays européens » (*d'Land* du 1^{er} mai). Si la pandémie a fait ressortir l'ingéniosité et la débrouillardise du Luxembourg, elle en a également exposé les vulnérabilités géostratégiques : la fermeture des frontières allemandes et la hantise d'une réquisition des infirmières lorraines ont rappelé qu'en-dehors du cadre européen, la souveraineté nationale – pensée jusque-là surtout en termes de niches fiscales et réglementaires – n'était qu'une illusion.

T for Taboo Alors que le gouvernement prend soin de ne pas offusquer Pékin, la députée Viviane Reding (CSV) profite d'une question parlementaire pour faire l'éloge de Taiwan. L'île avait découvert le potentiel de la diplomatie sanitaire dès l'épidémie du Sras et, avec seulement six morts du Covid-19, elle est décidée à monnayer en capital politique ses succès épidémiologiques. L'ex-commissaire européenne Reding, par ailleurs présidente hono-

raire du « Groupe d'amitié Parlement européen-Taiwan », veut savoir comment le Luxembourg a réagi à l'offre taïwanaise d'envoyer gratuitement 5,6 millions de masques à destination de neuf États membres de l'UE, dont le Luxembourg.

La question est hautement embarrassante pour son destinataire Jean Asselborn (LSAP). Si celui-ci ne s'est jamais intéressé de près à la Chine, il n'est pas sans savoir que Taiwan est, avec Tibet et Tianmen, un des trois « t » qu'il vaut mieux passer sous silence si on veut éviter la colère de Pékin. « Ils nous envoient de l'aide et on garde cela aussi discret que possible, afin que personne ne s'en aperçoive... *Tass n'êt fair* », se désole Reding. Elle est pourtant consciente des impératifs de la Realpolitik : « Le Luxembourg a besoin de la Chine, et la Chine n'aime pas Taiwan, voilà pourquoi nous nous retenons ». La « République de Chine » (le nom officiel de Taiwan) se retrouve en quarantaine diplomatique depuis les années 1970. Ce qui n'empêche pas le Luxembourg d'entretenir des relations commerciales : Cargolux assure ainsi une liaison aérienne avec Taipei, où le gouvernement luxembourgeois a établi un de ses « trade and investment offices », dirigé par Tania Berchem. (Que celle-ci ne soit pas issue du corps diplomatique est un geste d'apaisement en direction de la Chine continentale.)

Au Luxembourg, la cause taïwanaise a traditionnellement été un point de ralliement pour la droite anti-communiste. Dans la dernière liste des membres de l'Association Luxembourg-Taiwan, publiée en 2010 au Registre du commerce, on retrouve, à côté de Viviane Reding, une bonne partie de la notabilité chrétienne-sociale, dont Jean et Marc Spautz, Claude Wiseler et les deux anciens directeurs du Wort André Heiderscheid (mort en 2018) et Léon Zeches. L'avocat d'affaires et député Laurent Mosar (CSV), dont le père avait été le dernier consul honoraire de Taiwan, a préféré prendre ses distances. En juillet 2011, après son élection à la présidence de la Chambre, il démissionne de l'association : « J'avais un rôle neutre et objectif à assumer ». Quatre ans plus tard, il entre au CA de la Bank of China Luxembourg. Selon sa déclaration des inté-

rêts financiers, ce siège lui rapporterait entre 50 000 et 100 000 euros par an.

Madame Zhou Il y a un mois, le ministre des Finances Pierre Gramegna (DP) prenait un malin plaisir à annoncer au député Mosar, qui dit l'avoir ignoré, que la Bank of China venait de rejoindre le programme de la garantie d'État, censée maintenir à flot les entreprises luxembourgeoises. L'annonce a beaucoup surpris, car la banque chinoise figure aux côtés des grandes banques de guichet luxembourgeoises. Même si elle participe à quelques prêts syndiqués réservés aux grandes entreprises et s'est lancée dans le marché des crédits immobiliers, faisant placarder des publicités à l'arrière des bus, la Bank of China ne s'était jusqu'ici que peu intéressée au marché luxembourgeois. Étant donné son poids relativement faible dans le crédit local, elle ne pourra donc prétendre qu'à une mince tranche du gâteau des 2,5 milliards d'euros des prêts garantis par le Trésor. S'agit-il d'un simple coup de com' ? Ou la banque, qui dispose d'une énorme puissance de feu, compte-t-elle profiter de l'occasion pour élargir son influence sur des secteurs stratégiques de l'économie ? (Contactée, Bank of China n'a pas souhaité commenter.)

Officieusement, Lihong Zhou, la directrice de Bank of China Luxembourg, apparaît comme une « seconde ambassadrice » de la Chine au Grand-Duché. « Madame Zhou » (prononcé « Joe »), qui dispose de bonnes entrées dans les sphères politiques de Pékin, vit au Luxembourg depuis 2005, donc bien plus longtemps qu'initialement prévu, ce qui lui aura permis de s'insérer dans les écosystèmes financiers et politiques locaux. En 1979, la Bank of China Luxembourg fut la première banque chinoise à s'implanter en dehors de l'empire du Milieu, et elle garde le *lead* sur les six autres banques, toutes contrôlées par l'État chinois.

Le Luxembourg risque de se retrouver dans une situation inconmode, coincé entre les pressions chinoises et américaines. Or, économiquement et financièrement (sans parler du domaine militaire), le pays dépend bien plus du capital américain que chinois : les États-Unis sont les premiers initiateurs dans l'industrie des fonds, clef de voûte de la place, tandis que Goodyear et Dupont de Nemours cumulent plus de 4 500 salariés. En cas d'une exacerbation des tensions entre Xi Jinping et Donald Trump, le Luxembourg devra faire un sacré numéro de funambule.



Le nouvel objet incontournable pour relancer la vie économique et sociale, made in China

Une autre fiscalité sur les salaires envisagée pour l'après-crise

Remise à plat



Le chantier de l'imposition sur le travail reprend dans le contexte de la pandémie de Covid-19

Georges Canto

La crise sanitaire aura révélé crûment la dépendance des pays les plus anciennement développés, singulièrement en Europe, vis-à-vis des pays dits émergents, comme la Chine ou l'Inde, dans des domaines cruciaux comme les médicaments et le matériel médical. Même des produits aussi banals que des masques

ou du gel hydro-alcoolique font désormais figure de biens hautement stratégiques dont il convient de rapatrier dès que possible la production pour faire face à une éventuelle nouvelle pandémie. La période est propice à la relance des réflexions et travaux sur le thème de la relocalisation industrielle. Le coût du

travail est au centre du débat. Rien d'étonnant à cela. Dès les années 80, le grand mouvement de délocalisation qui avait frappé l'industrie américaine et européenne, mais aussi plus récemment les services, avait été principalement motivé par la recherche d'une main d'œuvre meilleur marché à l'autre bout du monde. Il faut dire qu'il y a trente ans, la part du travail dans la valeur ajoutée était en moyenne de 66 pour cent dans les pays de l'OCDE.

Mais si le coût du travail est plus élevé sous nos latitudes ce n'est pas seulement à cause du niveau des salaires bruts : s'y ajoutent, pour contribuer au financement des systèmes de protection sociale, des prélèvements élevés sur les salaires, à la charge des employeurs. L'étude annuelle de l'OCDE intitulée « Les impôts sur les salaires 2020 » publiée fin avril montre que chez les 36 membres de l'organisation, les cotisations sociales patronales représentent en moyenne seize pour cent du salaire brut. Cela paraît peu, mais d'importantes disparités apparaissent d'un pays à l'autre. Elles sont très modestes, à moins de dix pour cent, en Australie (six pour cent), en Suisse (6,3 pour cent), en Islande (6,6 pour cent) et aux États-Unis (8,2 pour cent). Elles restent raisonnables, entre dix et quinze pour cent, au Canada (10,5), en Irlande et au Royaume-Uni (11), aux Pays-Bas (12) et au Luxembourg (13,8). En revanche, elles atteignent des niveaux dissuasifs (plus de trente pour cent), en Suède, en Tchéquie, en Italie, en Espagne et surtout en France (36,3 pour cent). La Belgique et l'Autriche connaissent aussi des cotisations lourdes tandis que l'Allemagne se situe à un niveau intermédiaire (19,8 pour cent).

Dans les pays les plus « chargés », une stratégie d'encouragement aux relocalisations industrielles et de services ne pourra pas éviter une remise à plat de la politique d'imposition des entreprises, notamment au travers des prélèvements obligatoires sur les rémunérations versées à leurs salariés. Mais l'étude de l'OCDE pointe un autre problème, particulièrement aigu au moment où, dans le monde entier, on espère que la consommation des ménages permettra de relancer la machine économique. Il s'agit des sommes payées par les salariés sous forme de cotisations sociales obligatoires et d'impôt sur le revenu. Dans la plupart des pays membres, elles obèrent sévèrement leur rémunération brute. En prenant comme base le cas d'un célibataire sans enfant gagnant le salaire moyen du pays considéré, seule la Suisse tire son épingle du jeu avec un pourcentage de 17,4 pour cent. Des pays comme le Canada, les États-Unis et le Japon, et en Europe le Royaume-Uni ou l'Espagne affichent des taux compris entre vingt et 25 pour cent, tandis qu'en Irlande, en France, aux Pays-Bas et au Luxembourg on est plus proche de trente pour cent. Ce niveau est dépassé en Finlande et en Italie et frôle même les quarante pour cent en Allemagne et en Belgique.

Quand on rêve à voix haute d'une TVA majorée de 33,33 pour cent sur les biens de luxe et l'automobile

Dans ces prélèvements, la répartition entre l'impôt sur le revenu et les cotisations sociales varie fortement. Sauf en Allemagne où les parts sont quasiment égales et au Japon où les cotisations sociales dominent nettement, c'est partout l'impôt sur le revenu qui représente la ponction la plus importante, de 56 pour cent du total aux Pays-Bas jusqu'à 70 pour cent en Espagne et en Italie. La France, le Luxembourg et le Royaume-Uni sont à égalité autour de 59 pour cent. À noter que dans trois pays, la France, l'Espagne et l'Italie, l'État et les organismes sociaux ponctionnent davantage les entreprises que les salariés. En revanche, au Luxembourg, le prélèvement global, appelé « coin fiscal », pèse pour plus des deux tiers sur ces derniers. Le niveau des prélèvements devient tel dans certains pays que l'OCDE consacre un chapitre entier de son document aux « stratégies de contournement » mises en place par certaines entreprises pour réduire des charges patronales jugées confiscatoires. La plus connue est celle qui consiste à transformer les salariés en fournisseurs, avec un statut d'indépendant. Pour prix de leur précarisation on leur fait miroiter que les honoraires qui leur seront versés seront supérieurs à leurs salaires bruts puisque le « donneur d'ordre » économise les charges patronales. Le manque à gagner des organismes sociaux est considérable et ils surveillent ces pratiques comme le lait sur le feu, requalifiant les contrats en salaires dès qu'une relation de subordination peut être établie.

Soutenir la consommation par la hausse des salaires est un objectif légitime pour l'après-crise. Elle correspond d'ailleurs à une revendication forte depuis déjà plusieurs années. Mais de quel salaire parle-t-on ? Les syndicats patronaux s'opposent à toute augmentation du salaire brut qui pour leurs adhérents serait synonyme de coût du travail plus élevé si les cotisations des entreprises ne diminuent pas. Cela irait aussi à l'encontre de la stratégie de relocalisation souhaitée.

Pour accroître le salaire net il faudrait, sans toucher au brut, pouvoir diminuer les cotisations sociales

à la charge des salariés et/ou abaisser l'impôt sur le revenu des personnes physiques. Une politique déjà menée ici ou là mais qui se heurte à une difficulté majeure. Compte tenu de l'état des finances publiques dans de nombreuses régions du globe, avec un creusement des déficits et une explosion de l'endettement, la marge de manœuvre fiscale est souvent inexistante. Il faut déshabiller Pierre pour habiller Paul, ce qui signifie que les sommes qui ne seront pas prélevées sur les salaires, en cotisations ou en impôts, devront l'être d'une autre manière. Certains pays ont toujours la ressource d'augmenter des cotisations patronales encore faibles. Mais de façon générale une taxation supplémentaire des entreprises reste peu probable, sauf dans le cas particulier des multinationales et notamment des Gafa.

Il faudrait alors revenir vers les ménages, mais comment ? Les impôts sur la consommation, réputés indolores, pourraient s'accroître. Les taux de TVA (là où elle existe) restent très variables et recèlent un potentiel de hausse dans de nombreux pays. Ainsi dans l'UE, le taux standard pourrait augmenter là où il est inférieur ou égal à vingt pour cent, comme en Allemagne, au Luxembourg ou en France, un pays où certains rêvent à haute voix du retour du taux majoré de 33,33 pour cent qui de 1970 à 1982 a frappé des produits dits « de luxe » parmi lesquels ... les automobiles. Disparu en 1992, il a failli réapparaître sous la présidence Hollande, dont le principal conseiller puis ministre des finances se nommait Emmanuel Macron.

L'autre voie possible serait une imposition plus forte de la détention et la transmission des patrimoines. Trois économistes, Camille Landais, Emmanuel Saez et Gabriel Zucman, disciples de Thomas Piketty, dignes représentants de « l'école fiscaliste française » mais jouissant d'une audience internationale, proposent d'instaurer une taxe progressive et temporaire sur les Européens les plus riches. Elle serait de un pour cent pour les patrimoines compris entre deux et huit millions d'euros (les plus nombreux) et de deux pour cent au-delà, jusqu'à un patrimoine d'un milliard où elle passerait à trois pour cent (pour 330 contribuables). Selon Camille Landais, cette taxe « permettrait de lever chaque année un montant équivalent à 1,05 pour cent du PIB de l'Union, ce qui permettrait d'éponger en une dizaine d'années les dettes supplémentaires liées au coronavirus ». Elle aurait aussi une vertu sociale car, pour lui, « les plus touchés par le confinement sont les plus vulnérables quand les plus aisés peuvent facilement amortir le choc. Cet impôt serait une preuve concrète que l'Europe protège tout le monde ». Il n'existe actuellement aucune base juridique pour instaurer un ISF européen mais cela pourrait donner des idées à certains pays où un tel impôt n'existe pas ou qui l'ont supprimé ou modifié.

Chroniques de la Cour

Appel à candidature

Dominique Seytre

Koen Lenaerts sera-t-il toujours président de la Cour en octobre 2021 ? Verra-t-on les mêmes juges slovène, polonais ou grec dans les rues de Luxembourg ? Le 14 avril dernier, Koen Lenaerts envoie une lettre aux États membres leur rappelant que, dans un an et demi, quatorze des vingt-sept juges de la Cour seront en fin de mandat. Il doit savoir si leur mandat va être renouvelé et ceci, le plus tôt possible, pour ne pas nuire au travail collectif de l'institution basée au Kirchberg. La liste des juges dont le mandat expire le 6 octobre 2021 est intéressante. On y remarque que trois juges de l'Est sont là depuis 2004, année du grand élargissement de l'UE. Mine de rien, ils font partie des vétérans. Mais le champion de longévité toutes catégories est indiscutablement le président actuel, le Belge Koen Lenaerts. Arrivé très jeune, à 36 ans, au Tribunal européen lors de sa création en 1989, il est passé à la Cour en 2003. Trente ans de services auprès de cette juridiction. La plus longue carrière pour un juge européen jamais enregistrée. Il peut rester encore six ans, bien sûr. Mais avec ses clés de répartition linguistiques, entre Flamands et Francophones, pour son personnel diplomatique, politique et judiciaire, la Belgique peut être imprévisible. Certains estiment qu'en ne lui donnant pas un nouveau mandat, elle se priverait d'un juge dont même les adversaires reconnaissent la stature intellectuelle.

Quatorze juges arrivent en fin de mandat. La campagne est lancée

On trouve aussi sur cette liste la vice-présidente de la Cour, Rosario Silva de Lapuerta, 66 ans en poste depuis 2003. Si elle veut rester, elle dépend (du moins en ce moment) du bon vouloir du gouvernement Sanchez, lequel a déjà renvoyé dans leur foyer les deux juges espagnols du Tribunal européen, recrutés par le gouvernement Rajoy. Le Slovène Marko Ilesic est là depuis 2004. À 73 ans, ce passionné de football (il a été juge à la cour d'appel de l'UEFA et de la Fifa) peut vouloir changer d'horizon. Dans ce cas, la Slovénie devra chercher un remplaçant, elle qui, déjà, peine à sélectionner deux candidats pour les deux postes de juges au Tribunal européen. Trois juges à trouver en même temps, c'est dur ! Un scénario un peu semblable en Slovaquie. Si Daniel Svaby, 69 ans, arrivé aussi en 2004, décidait de quitter la Cour, la Slovaquie devrait lui chercher un remplaçant. Elle a déjà un mal fou à trouver un juge pour le Tribunal européen depuis que le comité de sélection de l'UE – dit comité 255 – lui a refusé coup sur coup quatre candidats. En trouver un autre relèverait du casse-tête. Dans la catégorie « juge indécis », ceux qui souvent disent qu'ils veulent partir mais qui sont toujours là, les Hongrois classent leur compatriote Endre Juhász, 76 ans, arrivé en 2004. Il pourrait s'être décidé à quitter la cour en 2021.

Le juge polonais Marek Safjan, 71 ans, n'est pas en odeur de sainteté auprès du gouvernement polonais qu'il a critiqué publiquement pour ses violations de l'État de droit. Arrivé en 2009, il est peu probable qu'il reste si la situation en Pologne demeure. Le mandat du Luxembourgeois François Biltgen, 62 ans, arrive aussi à expiration. Juge depuis 2013, il a été le premier Luxembourgeois à être proposé à l'issue d'un appel à candidature, même si le manque de transparence de la procédure, à l'époque, avait fait jaser. Ce poste représente, dit-il, une « belle conclusion » à sa carrière. On imagine qu'il se porte candidat au renouvellement à la lumière de sa surprenante appa-

rition sur *lessentiel.lu* où il évoque la méthode de travail et les « bons petits repas » dégustés avec son épouse. Camilla Toader, 57 ans, est un cas à part. La rumeur veut qu'elle postule pour un nouveau mandat. En 2016, les Roumains au Luxembourg se demandaient quels étaient ses appuis politiques pour avoir été reconduite dans ses fonctions, contre toute attente. La gestion polémique du personnel de son cabinet (*d'Land* du 28.2.2020) n'a fait l'objet d'aucune mesure disciplinaire à la Cour. Reste à savoir si Bucarest va tenir compte de ses dérives pour trouver un autre candidat ou si le renouvellement de son mandat est d'actualité. À noter que la Grèce, l'Estonie, la Croatie, le Danemark et l'Irlande doivent se prononcer sur les mandats de, respectivement, Michail Vilaras (arrivé en 2015), Küllike Jürimäe (2013), Sinisa Rodin (2013), Lars Bay Larsen (2006) et Eugene Regan (2015). Le maintien en poste du Finlandais Niilo Jaakkinen, ancien avocat général à la Cour (2009-2015) n'est qu'une formalité puisqu'il est arrivé au mois d'octobre 2019, en remplacement du démissionnaire Allan Rosas.

Les juges britanniques étaient les seuls qui, une fois nommés, pouvaient rester autant de mandats qu'ils le désiraient sans que le Royaume-Uni ne fasse aucun contrôle ou pression dans un sens ou dans un autre. Pour tous les autres pays, les anciens juges s'accordent à dire que l'obtention d'un nouveau mandat, pour ceux qui désirent rester, ne va pas de soi. L'un d'entre eux, un Espagnol, disait que les juges se formaient pendant deux ans à leur nouveau métier. Ensuite, s'ils se mettent sur les rangs pour rester plus de six ans, et s'il y a de la concurrence, ils passent la dernière année de leur mandat en cours à faire la navette entre Luxembourg et leur capitale, le but étant de persuader leurs gouvernants qu'ils sont toujours les meilleurs. Pour éviter ces allées et venues, l'ancien juge espagnol préconisait un mandat de neuf ans, non renouvelable.

D’Walfer Neidierfchen 1940-1945. Ein Luxemburger Wohnviertel während der „dunklen Jahre“ (I)

„A wéi den 10. Mee 1940 d’Preise koumen ... ‘t muss géint sechs Auer gewiescht sinn“

Claude Wey

In seiner autobiografischen Erzählung *Fir meng Mamm. Aus engem laange Brëif* befasst der Schriftsteller und Dramatiker Pol Greisch sich mit seiner in Walferdingen erlebten Kinder- und Jugendzeit während der 1930-er und 1940-er Jahre. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Erinnerungen an die Kriegsjahre 1940 bis 1945 ein. Aus der Perspektive des damals zehnjährigen Schülers aus dem „Neidierfchen“ schildert Greisch im Jahr 2000 den Einmarsch der Wehrmacht am 10. Mai 1940. Gegen sechs Uhr morgens vernimmt der Erzähler die Stimme seines Vaters im Elternschlafzimmer: „D’Preise sinn do.“

Die plötzlich aufkommende Unruhe im Haus verleitet ihn dazu, sich den Durchmarsch deutscher Truppeneinheiten entlang der *Dikrecherstrooss* unbemerkt anzuschauen: „A scho stoung ech och heemlech bei der Fenster, d’Stir widder d’Glas gedréckt: Eng sëllege Motocyclette mat an ouni Sidecar koume vun Heeschdref eropgerannt.“ Auch an Infanterieeinheiten auf LKWs weiß Greisch sich zu erinnern. Dabei scheinen ihn vor allem die Wehrmachtssoldaten beeindruckt zu haben: „Allkéiers an zwou Reie setzen di grogring Zaldoten hannen op de Camionen, d’Flënt bei Fouss. ‘t kënnt ee mengen, si wieren aus Bläi: Si verzéie keng Minn“ (Greisch 2000: 64-65).

Der heutige Beitrag über den 10. Mai 1940 in Greischs Heimatortschaft ist der Auftakt zu einer sporadisch erscheinenden Artikelserie, in der thematisch angelegte Fallstudien über Walferdingen zur Zeit der „dunklen Jahre“ vorgelegt werden.

10. Mai 1940. Geschichte von oben

„D’Leit hu schonn du vum Krich geschwat, net, et war jo 39“, lautet die Aussage des 76-jährigen Robert Geisen auf einer Tonträgeraufnahme aus dem Jahre 2000. Er kann sich daran erinnern, dass „e bëssen Opreegung“ herrschte, auch wenn er damals als 15-Jähriger die bevorstehende politische Gefahr nicht so richtig erfassen konnte: „A mir Kanner hunn déi Zäit jo na net sou immens vill verstan do-vun, mee mir hunn awer gemierkt, dass dat näischt Guddes géif ginn“ (Geisen 2000).

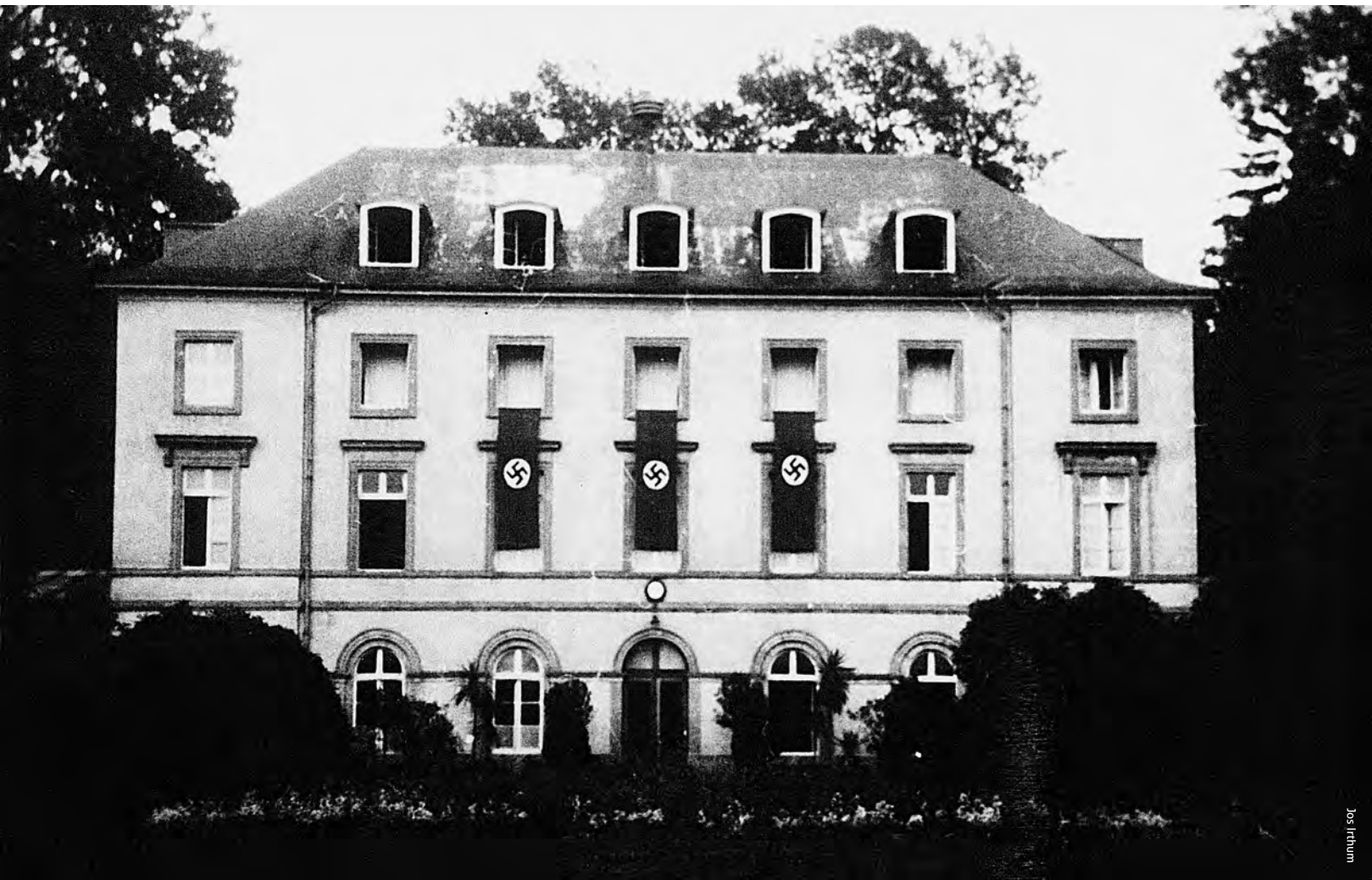
Die Eltern hingegen sind sich des drohenden militärischen Konflikts bewusst. Spätestens seit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September und den dadurch ausgelösten Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs am 3. September 1939 befürchtet man, dass im Falle einer breit angelegten deutschen Aggression gegenüber Frankreich das neutrale Großherzogtum „unweigerlich in Mitteleidschaft“ gezogen würde (Dostert 1985: 39).

Im Bewusstsein dessen, dass der Status der unbewaffneten Neutralität die Schwäche des Kleinstaates nur verschleierte, versucht die Regierung, Luxemburg vor einem deutschen militärischen Angriff durch die Anwendung einer auf dem Völkerrecht basierenden neutralen Außenpolitik zu schützen. Ergänzt wird diese staatspolitische Richtlinie ab Frühjahr 1940 durch die Errichtung von Beton- und Stahlsperrn, die sogenannte Schusterlinie, entlang der deutschen und französischen Grenze (Dostert 1985: 27). Gleichfalls wird die Schaffung von lokalen Bürgerwehren, die eher einen symbolischen Charakter besitzen, beschlossen.

Der Walferdinger Gemeinderat kommt dem großherzoglichen Beschluss nach, wie Nicolas Feider in seiner 2000 veröffentlichten Chronik berichtet: „Am 5. Dezember 1939 ernennet der Schöffenrat zu Mitgliedern dieser Bürgerwehr je vier Personen aus den drei Sektionen [Walferdingen, Bereldingen, Helmsingen]. Zum Kommandanten wird der Schneidermeister Simon Krieg, Kommandant der Feuerwehr, ernannt“ (Feider 2000: 137).

Heute wissen wir, dass das Oberkommando des Heeres (OKH) bereits am 9. Oktober 1939 mit der „Ausarbeitung eines Angriffsplanes unter der Bezeichnung ‚Fall Gelb‘“ begonnen hat, der eine gesamt-militärische Operation „durch den luxemburgisch-belgischen und holländischen Raum“ vorsieht (Dostert 1985: 39-40).

Auf den Tag genau sieben Monate später, also am 9. Mai 1940, wird schließlich vom OKH der folgende Tag als Angriffstag festgehalten. Die Wehrmacht überschreitet in den frühen Morgenstunden planmäßig die deutsch-luxemburgische Grenze und besetzt



Hakenkreuzbanner am Walferdinger „Schloss“. Während der Besatzungszeit wurde die frühere großherzogliche Residenz von der L.B.A (Lehrerinnen-Bildungs-Anstalt) bezogen. Foto aus der *Mémoire collective audio-visuelle de la Commune de Walferdange – Walferdange pittoresque*, 1990

bis zum Abend des 10. Mai das luxemburgische Territorium bis auf den Süden des Landes (Dostert 1985: 43). Die Alzettetal-Gemeinde Walferdingen befindet sich demnach in deutscher Hand, wie der Militärhistoriker E. T. Melchers in seiner Studie *Schloß Walferdingen als Kaserne* beschreibt: „An diesem ersten Kriegsabend wimmelte es im Park und im Schloß von Walferdingen von feldgrauen Soldaten“ (Melchers 1987: 364).

Dabei handelt es sich um Offiziere und Mannschaften der 17. Infanterie-Division, die unter Generalleutnant Loch am Frühmorgen in Grevenmacher über die Grenze gesetzt hat, um auf der vorgegebenen Durchmarschrouten schnellstmöglich die belgische Grenze zu erreichen. Melchers zufolge werden folgende Ortschaften durchquert: Wecker, Berg, Roodt, Niederanven, Hostert und Walferdingen. Neben der Walferdinger Schlossdomäne wird die 17. Infanterie-Division auch das sich im Besitz des Arbed-Industriellen Gaston Barbanson befindliche Dommeldinger Schloss für den Divisionsstab beanspruchen (Melchers 1979: 406-407; 1987: 364).

Es handelt sich um zeitlich begrenzte Einquartierungen. Dazu bemerkt Melchers: „Im weiteren Verlauf des Westfeldzuges, als die deutschen Eroberer weiter westwärts zogen, nahmen die Einquartierungen ab und bald sollte das [Walferdinger] Schloß seine frühere Bestimmung wiedererhalten, allerdings unter einem neuen Namen, der sich der Fremdbesatzungszeit anpaßte: L.B.A oder Lehrerinnen-Bildungs-Anstalt“ (Melchers 1987: 364).

Diese Begebenheiten können die Walferdinger so am Abend des 10. Mai 1940 nicht ansatzweise erahnen. Man kann davon ausgehen, dass der Verlauf des ersten Kriegstages und die damit verbundenen Sorgen über die nahe Zukunft die Gemüter sehr beansprucht haben; auch ist zu bedenken, dass die seit Monaten bestehende latente Kriegsgefahr bereits zuvor weit verbreitete Angstgefühle hervorgebracht hat, die seit dem Frühjahr durch Fehlalarme verstärkt werden. Doch bis zum 9. Mai 1940 versucht man sich noch an die Illusion eines fragilen Friedens zu klammern und noch am Vorabend des deutschen Einmarsches freuen manche Walferdinger sich auf die bevorstehenden Pfingsttage.

Freitag vor Pfingsten 1940 in Walferdingen. Erlebte Geschichte von unten

Am 9. Mai darf man noch auf ein schönes Wochenende hoffen. Pfingsten ist angesagt und eine Schönwetterlage soll dazu beitragen, die Feiertage trotz

internationaler Kriegswirren angenehm zu gestalten. Sonnige Frühlingstage kündigen zaghaft den Sommer an, und viele Walferdinger mögen sich mit einer gewissen Wehmut an den Sommer im Jahr zuvor erinnern und an die Zentenaarfeierlichkeiten der Unabhängigkeit Luxemburgs, die man in Walferdingen am 16. Juli 1939 mit einem historischen Umzug gefeiert hat.

Möglicherweise denken manche Familien darüber nach, am folgenden Dienstag an der Echternacher Springprozession teilzunehmen, andere mögen sich vornehmen, das Wochenende mit einem Kinobesuch „an der Stad“ zu beginnen. Das Marivaux-Kino wirbt zum Beispiel für *La Grande Parade de Walt Disney* und *Sérénade Éternelle* mit der bestbekannten Lilian Harvey in der Hauptrolle. Das *Luxemburger Wort* vom 10. Mai kündigt diese Filme als „Gala-Première“ für denselben Abend um 20.15 Uhr an, „unter dem Protektorat und in Anwesenheit II. KK. HH. der Großherzogin und des Erb-Großherzogs“.

Doch zu diesem Zeitpunkt befindet sich die Großherzogin mit ihrer Familie bereits auf ihrer ersten Exiletappe in Sainte-Menehould und die Walferdinger Bevölkerung blickt auf den ersten Tag einer militärischen Besetzung zurück, die sich 14 Stunden zuvor mit dem Durchmarsch der ersten Vorausabteilungen der 17. Infanterie-Division angebahnt hat.

Wie der zehnjährige Pol Greisch, so vernimmt auch der 16-jährige Robert Geisen zur gleichen Zeit („dat war moies fréi um sechs Auer“) eine merkliche „Onrou am Haus“. Nicht alltäglich wahrzunehmende Motorengeräusche („d’Flieger sinn eriwuer geflunn“) bewegen ihn dazu, zur nahegelegenen Pfarrkirche zu gehen, wo er dem Küster begegnet und folgende Äußerung vernimmt: „Ech mengen d’Preise kommen“, eine Vermutung, die vom herbeigeeilten Postvorsteher geteilt wird: „Den Telefon fonctionéiert net méi“, „do ass eppes am gaangen“ (Geisen 2000).

Wenig später wird der junge Geisen Zeuge des ersten militärischen Durchmarsches: „Du si se schonn Hëlsem erokkomm.“ Es handelt sich um eine motorisierte Truppeneinheit: „Motocycletten mat Sidecar, Maschinengewier drop, a si hate giel Dicher op de Motoe leien.“ Dabei erblickt er Soldaten „mat Brël-ler op, wëll Gesichter“, sowie Panzerspähwagen. „An du beemol war et roueg“, so die Erinnerungen des 76-jährigen Geisen.

Diese trügerische Ruhe ist von kurzer Dauer. In seiner autobiografischen Erzählung erinnert sich Pol Greisch an die zweite Welle des deutschen Durchmarsches. Nachdem er gegen sechs Uhr die ersten

Der „Postperzepter“ sagt zornig: „Geschwë sinn d’Fransousen do mat de Fliger: Da kréie se der laanscht d’Panz, déi houere Preisen“

deutschen Vortruppen von seinem Schlafzimmerfenster aus erblickt hat, wird er später auf seinem morgendlichen Schulweg Zeuge folgender Szene: „Op der Kéier bei der Post ass allerlee lass. D’Rëll erof, laanscht de Kierfecht, d’Kierch, laanscht Mees op d’Bréck zou, kënnt ee Gefir um aner: gelunge Schlitter mat hanne schweiere Ketten drop, hallef Camion, hallef Tank. Déi maachen onheemleche Kaméidi, bal wéi deen décke Bagger, deen d’Uelzecht botze kënnt; déi hei sinn awer vill méi gewierweg. Mat Strauss si se gerécht, an d’Zaldoten hannendrop hunn och greng Pitsch op de Schackoe stiechen“ (Greisch 2000: 68).

Der zehnjährige Primärschüler nimmt sich Zeit, den Durchmarsch der Wehrmacht zu verfolgen. An Schule ist eh nicht zu denken. Sein Schulkamerad Pierre hat ihm bereits mitgeteilt, „t wier keng Schoul, hätt den Här Lähre gesot“, so dass Pol das ganze Geschehen in Ruhe beobachten kann: „E ganzen Trapp Leit steet ewell do zäfen. Am Konsum um Eck geet et an an aus wéi an engem Beiestack: Frae schleefen déck Posche voll eraus“ (Greisch 2000: 69). Auch vernimmt er die zornige Äußerung des „Postperzepters“: „Geschwë sinn d’Fransousen do mat de Fliger: Da kréie se der laanscht d’Panz, déi houere Preisen“ (Greisch 2000: 68).

Auch die Offiziere der 17. Infanterie-Division rechnen auf ihrer Marschrouten durch Luxemburg mit dem Eingreifen französischer Flugeinheiten. Um ein schnellstmögliches Vordringen nach Belgien und Frankreich zu gewähren, muss man die strategisch relevanten Standorte der Durchmarschrouten absichern, so zum Beispiel die Alzettebrücke in Walferdingen, die schon während des Ersten Weltkrieges von Soldaten des deutschen „Landsturms“ bewacht wurde (Bour 2000).

Greisch weiß sich an folgende Szene zu erinnern: „Vrun der Bréck fiert eng Rëtsch Camionen erof an de Bongert. Mir lafe séier dohi kucke wat lass ass. t’gesäit aus wéi wa s’am Bongert géife campéieren. Déi aner Säit vun der Bréck an der schaarfer Kéier riichten dräi Zaldote schëtzeg e grousegt Machinnegewier op, véier Kanounleef d’Lucht aus gedréit. Baesch Mätti seet dat wier eng Flak: ‚Géint d’Fliger‘, seet hien. Da wäerten elo d’Fransousen ënnerwee sinn“ (Greisch 2000: 69).

Wie der Postvorsteher am Frühmorgen, so erwarten auch Mätti Bauer und manch andere Einwohner einen französischen Gegenschlag. Dieser erfolgt in Form einer recht isolierten Aktion am darauffolgenden Tag. Pol Greisch beschreibt diesen militärischen Vorfall in seiner Erzählung folgendermaßen: „An der Nuecht ass et roueg. Géint der Muere knuppt et. Siwemol. Siwe Lächer hu se gewullt, d’franséisch Bomben. Siwen Triichter hu se gebuert an de Bongert, genee do wou d’Preise campéiert haten. Nëmme just datt déi schonn e Strapp iwwert de Bierg waren“ (Greisch 2000: 70).

Robert Geisen erinnert sich gleichfalls an den Abwurf von Fliegerbomben, jedoch „an der Nuecht, dat muss sou um eng Auer dorëmmer gewiescht sinn“, „just hannert der Bréck“, „siwen, acht Stéck“ (Geisen 2000). Auch der damals elfjährige Émile Gengler kann sich an ein gezieltes Bombardement bei der Alzettebrücke erinnern, wie er mir in einem rezenten Telefongespräch mitgeteilt hat. Seiner Erinnerung nach wurden die Bomben von einem angeschossenen Flugzeug abgeworfen (Gengler 2020).

Im Laufe des Tages schaut sich Genglers Schulkamerad Pol Greisch den seit dem Vortage andauernden Durchmarsch der Wehrmacht vor seinem Elternhaus im „Walfer Neidierfchen“ an: „Eng laang laang Schlaang vun Zaldoten zu Fouss, zu Päerd, mam Vëlo, an ëmmer erëm dertëscht oppe Camionen, zoue Camionen, keng Kanouné méi, keng Panzer wi gëscht“ (Greisch 2000: 71).

Bei Einbruch der Dunkelheit, so erinnert sich Greisch, sind die deutschen Truppenverbände weitergezogen und „d’Dikrecherstrooss läit nees verschlofen do wéi ëmmer“ (Greisch 2000: 76). Die angehende temporäre Nachtstille wird die Einwohner der Alzette-Gemeinde wenig beruhigt haben. Denn seit dem vorherigen Tage haben nicht nur in Walferdingen und im „Neidierfchen“, sondern in ganz Luxemburg die „dunklen Jahre“ angefangen!

„D’Walfer Neidierfchen 1940-1945“. Mikrohistorische Fallstudien über Luxemburg im Zweiten Weltkrieg

Das „Walfer Neidierfchen“, das nach der Einrichtung der königlich-großherzoglichen Residenz und dem Bau des Bahnhofs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entsteht und sich zwischen den Jahren 1900 und 1940 weiterentwickelt, eignet sich meines Erachtens dazu, mikrohistorische Studien zur Geschichte Luxemburgs während des Zweiten Weltkrieges durchzuführen.

In diesem kleinen Ortsteil sind soziokulturelle und sozialpolitische Begebenheiten vorzufinden, die Erklärungsmomente zur Kollaboration und zur Resistenz sowie zur Zwangsrekrutierung und zur Umsiedlung liefern. Aber auch andere relevante Themenkomplexe kann man am Fallbeispiel „Neidierfchen“ angehen. So wird unter anderem über die Schicksale deutsch-jüdischer Flüchtlingsfamilien berichtet. Auch die L.B.A in der Schlossdomäne wird behandelt, und es wird auf die Beteiligung von 43 Lehramtskandidatinnen Anfang September 1942 am Generalstreik gegen die Einführung der Zwangsrekrutierung eingegangen. Des weiteren werden die Tätigkeiten der VdB-Ortsstelle in der Bahnhofstraße und des Rüstungsbetriebes „AEG Werk Walferdingen“ analysiert.

Die Überschrift des Artikels ist ein Zitat aus Pol Greisch, *Fir meng Mamm*, 2000.

Der nächstfolgende Beitrag über die „Walfer Juddegaass“ ist für Herbst 2020 vorgesehen. Zeitgleich mit diesem Artikel wird ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis online einsehbar unter www.land.lu.

Zu Gast

Wo kein Kläger, da kein Richter

Thierry Zoller

„Dann verklagen Sie uns doch!“ – So könnte man die Antwort des damaligen Justizministers Félix Braz im Juni 2019 auf die parlamentarische Anfrage Nummer 813 der Piratepartei, grob und zugegebenermaßen etwas zugespitzt, zusammenfassen.

Es ging um die EU-Richtlinie 2006/24/EG zur „Vorratsdatenspeicherung“: Ursprünglich gerechtfertigt zur Terrorismusbekämpfung, verlangt sie, dass eine Vielzahl so genannter „Metadaten“ über die gesamte Kommunikation der Bevölkerung ohne Grund und für mindestens sechs Monate auf Vorrat zu speichern sind, seien es klassische Telefonanrufe, E-Mails oder auch Internet-Telefonie.

Die Richtlinie wurde 2010 in Luxemburger Recht umgesetzt, und es stand dem Luxemburger Gesetzgeber dabei frei zu definieren, zur Verfolgung welcher Straftaten diese Daten benutzt werden dürfen.

Durch dieses Gesetz bekam der Staat Zugriff auf Informationen, welche unter anderem Ihre Identität, Anschrift, Ihren Standort (auch von Ihrem Mobiltelefon), Dauer der Kommunikation und Ihre Kontaktperson identifizieren.

Vier Jahre später erklärte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in seinem Urteil vom 8. April 2014 die „Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten“ für ungültig. In der Begründung liest man: „Sie beinhaltet einen Eingriff von großem Ausmaß und besonderer Schwere in die Grundrechte auf Achtung des Privatlebens und auf den Schutz personenbezogener Daten, der sich nicht auf das absolut Notwendige beschränkt.“

Luxemburg jedoch fährt einfach mit dem Datensammeln fort, als ob der Entscheid des EuGH nicht existieren und wir uns in einem rechtsstaatlichen Vakuum befinden würden. Dabei geht es um die fundamentalsten Rechte unserer zunehmend digitalen Gesellschaft: das Recht auf Privatsphäre, die Unschuldsvermutung und die Rechtsstaatlichkeit der Europäischen Union.

Luxemburgs damaliger Justizminister ließ uns vor einem Jahr in seiner Antwort an das Parlament allen Ernstes wissen, dass bis dato ja keiner gegen die Luxemburger Umsetzung der Richtlinie geklagt habe. Man warte lieber auf eine europäische Lösung und habe der Europäischen Kommission mehrfach mitgeteilt, wie wichtig denn eine neue Richtlinie wäre. Für mich klingt das so, als sei man sich der Tragweite der Entscheidung nicht ganz bewusst. Nach dem Urteil des EuGH wäre zumindest eine unabhängige Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Luxemburger Praxis angebracht gewesen. Diese Prüfung findet nicht statt, und das ist meines Erachtens ein handfester Skandal.

Was nun?

Der EuGH stellte fest, „[...] dass der Unionsgesetzgeber beim Erlass der Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten die Grenzen überschritten hat, die er zur Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit einhalten musste“.

Eine Möglichkeit der Abwägung der Verhältnismäßigkeit wäre eine Analyse der Benutzung der gespeicherten Daten: Wie oft wurden diese Daten abgefragt? Wie oft hat dies zu Verurteilungen geführt? Eine entsprechende Anfrage durch den Abgeordneten Sven Clement wurde jedoch abgewiesen.

Bei der Abstimmung zum Gesetz in der Parlamentssitzung vom 13. Juli 2010 beschwerte sich ein gewisser Xavier Bettel, damals Abgeordneter, als Allererstes über die Unverhältnismäßigkeit des Vorhabens. Er benannte Alternativen und stimmte folglich gegen das Gesetz. Kein Geringerer als der EuGH sollte ihm 2014 in diesen Punkten Recht geben. Derweil geht die Datensammelwut an Ihnen einfach weiter.

Exit-Strategie

D'Paulette grinst, de Xavier klot,
An da seet e „Wéi gesot“.
Wéi gesot, mir hate Chance,
A lo kënn erëm d'Relance.

Wéi gesot, mir hu gesot:
Bleift doheem an ärem Stot.
Wäscht är Hänn a botzt all Klenschen,
Kaaft iech Seef a Latex-Händschen.

Grillen dierf een, knuutsche net,
A mir kucke wat dat gëtt.
Wéi gesot, 't ass net egal:
Just mat Mask a Buff a Schal.

Gitt op d'Juegd nees oder reiden,
Bei de Coiffer d'Hoer schneiden.
Wéi gesot, haalt är Distanz,
Well soss fält dat Land op d'Panz.

Jacques Drescher

Die kleine Zeitzeugin

Michèle Thoma

Erinnert ihr euch, eben noch, in der guten alten Zeit, waren sie *Role Models*. Die 99-jährige Fallschirmspringerin, der Methusalem-Marathonläufer, das Topmodel auf dem Catwalk mit den coolen Falten. Die coolen Alten. Eben noch top-angesagt, topnachgefragt. Beste Zielgruppe, um um den Globus zu schippern, geschippert zu werden, an irgendeinem Weltende auszusteigen und noch mal anzufangen. Von vorn, nie zu spät!

Schon in den Achtzigern gab es die Golden Girls, „Anti Aging“ wurde erfunden, dann, doch etwas stressig, durch „Pro Aging“ ersetzt. Best Ager_innen und Boomer_innen mischten das lukrative Altenbusiness auf. Alte? Senior_innen hieß das irgendwann, alt ging gar nicht, alt sagt man nicht, tut man nicht, ist man nicht. So wie arm, kommt nicht gut. Und arm und alt ... das kauft keiner.

Eben noch *sweet sixty four*, wer denkt heute noch an den tristen Beatles-Song? Eben noch nackt über Lava getanzt oder nachaktiv durch Berliner Szenelokale. Dann 65, *gimme five, life!* Open Endlosigkeit, bis wieviel geht es? Bis... bis, schluck, eben jetzt. Wo Safarijägerinnen, Bungeejumper, aber auch hinter Zweijährigen her Flitzende plötzlich hinter Schloss und Riegel schmoren, hoffend, dass mildtätige Junge ihnen ein paar desinfizierte Überlebensmittel auf die Türschwelle legen. Allmählich wird ihnen lebensabendlich zumute, jeden Tag hören sie, wie alt und hinfällig sie sind, von Tag zu Tag fühlen sie sich älter und fälliger.

Denn sie müssen geschützt werden. Auch gegen ihren Willen notfalls. Vor sich selber. Weil sie oft so störrisch sind, diese Alten. Nicht kapiere, dass nur Isolationshaft sie vor dem lauernden Tod schützt. Dass es todsicherer ist, mutterseelenallein in ihrem Wartezimmer auf den Tod zu warten.

Chroniques de l'urgence

Jean Lasar

Les effectifs des usines de conditionnement de viande aux États-Unis, composés en majorité d'immigrés latinos, sont frappés à tour de bras par le Covid-19. À Smithfield, dans le Dakota du Sud, avec 700 cas, une usine du producteur de volailles Tyson Foods est devenue un des pires foyers d'infection d'Amérique du Nord. Ces usines d'équarissage et d'emballage jouent depuis des décennies

Plötzlich Alte stellen plötzlich fest, dass man eher über sie redet als mit ihnen. Altgediente Alte wissen das schon

Die jungen Bevölkerungskörper rütteln indes- sen zunehmend an den Ketten, es rasselt schon gehörig. Keine Party mehr, und dann auch noch Wirtschaftskollaps. Wegen diesen alten, weißen Männern, wegen diesen Umweltsäuen mit der Genug-ist-nicht-genug-Hymne! Sollen wir die Alten auf eine Insel bringen oder was?, fragt ein Wiener Journalist bei einem TV-Talk genervt. Er schildert, wie „diese Herrschaften, wegen denen all das veranstaltet wird, Kinder wie Zombies anschauen und gleich die Straßenseite wechseln“, falls sich der Supergau ereignet, dass sich eine Familie nähert.

Es wird wieder Klartext gesprochen. Über die Alten, Senior_innen klingt plötzlich so geschminkt. In TV-Talks werden welche, die eben noch mitten im Leben standen, als Risikogruppenangehörige vorgestellt. Plötzlich

Alte stellen plötzlich fest, dass man eher über sie redet als mit ihnen. Altgediente Alte wissen das schon. Alle Alten wollen auch nicht mit allen andern Alten in einen unattraktiven Topf geworfen werden. Gepflegte Jung-senior_innen, wie man in der guten alten Zeit sagte, grenzen sich von Pflegeheiminsass_innen ab. 65-jährige haben schließlich noch Großmütter! Die einen schwärzten für Hitler, die andern für die Beatles.

Der grüne Oberbürgermeister von Tübingen weiß, dass die Toten sowieso schon quasi Tote waren. Wegen denen können die anderen doch nicht zu leben aufhören. Bewährter Angstlieferant Lauterbach hingegen will empathisch keine Alten opfern, um im Café sitzen zu können.

Kinder wegen Todgeweihten einsperren? Frisch Verliebte? Die Mittelalterlichen aus dem Mittelstand? Damit dann alle verelenden oder sich umbringen oder einander? Lebendig begraben aus Solidarität? Sollen die Alten sich nicht besser diskret zurückziehen? Hinter schwedische Gardinen.

Oldies werden zu Held_innen oder Märtyrer_innen. In Italien verweigert eine alte Dame das Beatmungsgerät zugunsten von Jungen, sie stirbt. In der *TAZ* melden sich ältere Ehepaare, die freiwillig zu Hause bleiben wollen, damit die Jungen wieder losleben können. Sie hätten alles gehabt, ein schönes Leben, ihr Garten sei auch schön!

Die eine oder der andere aus der *Peer Group* mag beklommen auf diese *Heroes* aus dem Vorbilderbuch schauen. Zeit und Geld für Welt war noch gar nicht da gewesen, sind sie dem uralten Trug-Schluss aufgesessen, dass das Allerbeste irgendwann kommt? Vielleicht haben sie nicht mal einen Garten.

Meat your fate

Jean Lasar

Les effectifs des usines de conditionnement de viande aux États-Unis, composés en majorité d'immigrés latinos, sont frappés à tour de bras par le Covid-19. À Smithfield, dans le Dakota du Sud, avec 700 cas, une usine du producteur de volailles Tyson Foods est devenue un des pires foyers d'infection d'Amérique du Nord. Ces usines d'équarissage et d'emballage jouent depuis des décennies

au chat et à la souris avec l'OHSA, l'agence chargée de la santé et de la sécurité au travail. Ces dernières semaines, elles sont devenues des foyers de contamination et de décès dus au Covid-19 aux taux effrayants.

Pas par hasard. À l'usine JBS de Greeley, dans le Colorado, lorsque le premier cas a été notifié le 26 mars, les ouvriers se sont vu offrir cinq livres de viande hachée chacun pour les remercier de leur assiduité, et le travail a continué comme si de rien n'était. Certaines usines ont fait miroiter à leurs ouvriers une prime s'ils travaillaient un mois sans absence – exactement le contraire de ce qu'il aurait fallu faire pour endiguer la propagation du coronavirus. Créer des postes de travail séparés avec des parois en plexiglas ? Impossible la plupart du temps, les chaînes de production étant conçues pour que les ouvriers travaillent épaule contre épaule. Souvent, les syndicats ont dû batailler ferme pour que des équipements de protection personnels adéquats soient mis à disposition des employés.

Fermer momentanément ces usines pour préserver les ouvriers, déjà exposés en temps normal à des risques sanitaires anormalement élevés, devrait aller de soi. Sous la pression des syndicats et de l'opinion, une vingtaine s'y sont résolues. Mais après que le CEO de Tyson Foods eut publié la semaine dernière dans le *New York Times* une publicité prévenant du risque de pénurie de viande si ces usines devaient rester fermées à cause de la pandémie, la Maison Blanche s'en est mêlée. La production de viande faisant partie aux yeux de son occupant des services essentiels à la

vie de la nation, il a signé un « executive order » qui contraint les abattoirs et usines produisant de la viande (volaille, porc, bœuf) ou des œufs à poursuivre leur activité. L'acte, qui s'appuie sur le « Defense Production Act » destiné aux situations de guerre, qualifie leurs usines d'« infrastructures critiques ». Elaboré en concertation avec les dirigeants de ces usines, il délègue ceux-ci de toute responsabilité à l'égard des cas de Covid-19 frappant leurs ouvriers.

Alors que, pour émettre moins de carbone, il faudrait d'urgence consommer moins de viande, des entreprises qui en produisent sans prendre d'égards pour leurs employés choisissent d'exposer ceux-ci à une maladie grave pour pouvoir poursuivre leur activité à qui mieux mieux. Et l'exécutif leur vient en aide. Un résumé saisissant de l'insoutenabilité de notre mode de vie.

Encore une parallèle entre les risques sanitaires et l'urgence climatique : l'industrie de viande aux États-Unis



Oxford à l'ère du coronavirus

Laurent Mignon

C'est au début du mois de mars que tout a changé. De toute évidence, le fait que ce fût lundi matin et que nous travaillions sur un texte particulièrement ardu de la romancière et essayiste Sema Kaygusuz dans mon cours de traduction n'expliquait pas les visages crispés de certains étudiants. C'était avec inquiétude qu'ils scrutaient – moi aussi d'ailleurs – une de leurs camarades qui n'avait pas trop bonne mine et était prise d'une quinte de toux. Il est vrai qu'assis à six autour d'une table longue d'à peine deux mètres dans mon petit bureau surchauffé à l'Oriental Institute, il leur était difficile d'éviter ces désormais fameuses gouttelettes invisibles projetées par leur pair enrhumé. Sans nul doute, l'étudiante en question aurait mieux fait de rester chez elle, mais les messages très ambigus émergeant de 10 Downing Street semblaient lui donner raison. Le 3 mars, Boris Johnson avait déclaré : « Je serre des mains continuellement. J'étais à l'hôpital l'autre nuit, là où il y avait, je crois, quelques patients atteints du coronavirus. Vous serez ravis d'apprendre que j'ai serré la main de tout le monde. Je continuerai à le faire. [...] Nous avons déjà un NHS [National Health Service] fantastique, des systèmes pour tester fantastiques et une surveillance fantastique de la propagation de la maladie. Je tiens à souligner que la grande majorité des habitants de ce pays doivent vaquer à leurs occupations comme d'habitude. » « Business as usual » donc.

Dans le contexte très particulier de l'université d'Oxford où l'année académique est organisée en trois périodes de cours de huit semaines extrêmement intensives, les étudiants hésitent à se faire porter pâle, de peur de ne pas pouvoir rattraper leur retard. « Business as usual » signifie donc aussi que ce n'est pas une légère toux, un gros mal de tête ou une poussée de fièvre qui empêchera la plupart des étudiants de venir en classe. En général, ce n'est pas trop grave. Toutefois en ce lundi, certains étudiants hésitaient à faire passer les photocopies à leur voisin. Cela indiquait bien que le monde n'était plus tout à fait comme avant, en tout cas pour ceux, nombreux dans notre faculté, qui ne se contentaient pas de suivre les étranges élucubrations venant des cercles gouvernementaux britanniques.

Au même moment, sur le continent, la plupart des pays commençaient à annoncer des mesures draconiennes pour tenter de contenir le coronavirus. Le gouvernement britannique, par contre, semblait avoir adopté la stratégie controversée de l'immunité collective. Selon certains experts, elle pouvait fonctionner à partir du moment où soixante pour cent de la population de l'île étaient contaminés par le virus. Certes, cela viendrait à un prix et Johnson annonçait le 12 mars, alors que le Royaume-Uni venait d'enregistrer les premiers décès causés par la maladie, « qu'encore beaucoup plus de familles allaient perdre des êtres chers ». Lors de la même conférence de presse, le Premier ministre expliquait : « Nous avons un plan clair sur lequel nous travaillons actuellement. Nous ne fermerons pas, je le répète, nous ne fermerons pas les écoles pour le moment. L'avis scientifique est que cela pourrait faire plus de mal que de bien à l'heure actuelle. Les écoles ne devraient fermer que s'il leur est expressément conseillé de le faire. »

À l'université d'Oxford, où officiellement six étudiants avaient contracté la maladie, le Hilary Term touchait à son terme le 13 mars. En net décalage avec le gouvernement, l'université prenait des décisions drastiques en annulant la plupart des examens devant avoir lieu en mars et en avril. Les étudiants britanniques des B.A. étaient priés de quitter les chambres dans leurs collèges et de rentrer, si possible, chez eux. Les

étudiants internationaux pouvaient encore rester. Il faut noter que, même en temps normaux, les étudiants doivent quitter et même vider leurs logements entre deux périodes de cours. Une exception est faite pour les étudiants de dernière année qui préparent leurs examens finaux. Donc, la décision de demander aux finalistes de partir était indicatif de la gravité de la situation. Cependant, les étudiants de troisième cycle pouvaient encore rester et faire usage des bibliothèques.

Comme la menace des fermetures de frontières planait, beaucoup de ces étudiants prirent quand même la décision de rentrer chez eux, laissant souvent leurs livres, notes et bien d'autres choses encore dans leurs chambres, puisqu'ils comptaient revenir quelques semaines plus tard. Moi-même, après mon dernier cours de la semaine, j'avais souhaité un bon retour à mes étudiants et exprimé mon espoir de les revoir bientôt dans un climat plus clément. D'autres universités britanniques encourageaient également les étudiants à retourner chez eux, bien que le semestre ne fût pas encore terminé. Certaines de ces institutions comme l'University College London, où étudie ma fille aînée, annonçaient déjà le passage à l'enseignement à distance par visioconférence. Alors que les étudiants quittaient leurs collèges à Oxford et les campus de leurs universités, ce n'était vraiment plus « business as usual », même si les enfants continuaient à aller à l'école et les lycéens à faire ce que les lycéens du monde entier font loin du regard de leurs parents.

En mon for intérieur, je devais avoir été conscient que je ne reverrai pas mes étudiants fin avril, puisque je passais le dernier dimanche du Hilary Term à scanner mes notes de cours à l'institut, histoire de les avoir avec moi où que j'aille. Passant par mon autre bureau au Middle East Centre, je récupérais certains livres dont je pensais avoir besoin pour préparer mes cours et terminer l'un ou l'autre articles promis il y a belle lurette. Le lendemain, 16 mars, le Premier ministre annonçait de nouvelles mesures concernant la distanciation sociale et la fermeture des lieux de travail. L'université d'Oxford emboîtait le pas et fermait ses portes, y compris celles de ses bibliothèques et musées. Les collègues et les résidences étudiantes, où séjournaient tout de même encore de nombreux étudiants, se transformaient en camps retranchés. Près de 100 étudiants resteraient confinés dans mon collège, St Antony's.

Les semaines qui suivirent allaient être marquées par des efforts frénétiques pour mettre en place des cours par visioconférence, développer des examens pouvant être faits en ligne et assurer la disponibilité de versions numériques des livres et articles nécessaires pour les révisions et les cours. Ce dernier point étant d'ailleurs particulièrement problématique pour tous ceux qui comme moi travaillent dans des domaines où le papier continue à primer sur le numérique. En parallèle avec ces développements, les échanges de courriels avec les étudiants cherchant à comprendre la tournure que prendrait leur cursus académique et la forme de leurs examens jouaient un rôle important. D'autant plus que les étudiants étaient souvent informés avant nous des mesures prises par l'université.

Mais comment ne pas ressentir un pincement de cœur pour ces étudiants, surtout les *freshers*, les étudiants de première année, qui partout en Angleterre avaient eu une année plutôt houleuse ? À la suite d'un mouvement de grève pour les « quatre luttes », une série de revendications allant du refus de la précarisation de l'emploi au rejet de l'inégalité des traitements entre hommes et femmes, de nombreux cours avaient été annu-



Le Bridge of Sighs au Hertford College ; le Middle East Centre, St Antony' College et St Giles

lés en automne et en hiver. Pour les étudiants, il n'y eut jamais de retour à la normale, puisqu'ils durent quitter les enceintes universitaires alors que s'achevait le mouvement social. Dans ce contexte-là, la crise sanitaire présente désormais de nouvelles menaces. Le 23 avril, notre syndicat, l'University and College Union publiait un rapport expliquant que la crise pourrait faire perdre 2,5 milliards de livres sterling aux universités. Cela est dû, en grande partie, au report ou à l'annulation de leurs inscriptions par les étudiants

qui ne sont pas citoyens de l'Union européenne. Ces derniers payent des frais de scolarité exorbitants, comme le devront d'ailleurs aussi dans un futur proche les citoyens de l'Union. En attendant, cette perte de revenu pourrait mener, selon le syndicat, à la suppression de 30 000 emplois à l'échelle nationale.

Pourtant, c'est justement une étudiante chinoise, prête à payer plus de 22 000 livres par an pour faire un doctorat à la faculté des études orien-

Six semaines et 21 092 morts après que Johnson eût annoncé que ce n'est pas le coronavirus qui l'empêcherait de serrer la main de tout le monde, les cours reprenaient à Oxford le 27 avril

tales de l'Université d'Oxford, qui se manifesta auprès de moi par courriel. Choquée par la gestion rocambolesque de la crise sanitaire par les autorités britanniques et se faisant du souci pour ma santé, elle proposait de m'envoyer des masques buccaux et du gel sanitaire de Beijing. À l'ère du « China-bashing », ce genre de gestes et la gentillesse dont ils témoignent méritent qu'on les mentionne.

Six semaines et 21 092 morts après que Johnson eût annoncé que ce n'est pas le coronavirus qui l'empêcherait de serrer la main de tout le monde, les cours reprenaient à Oxford le 27 avril. Je donnais mon premier cours de traduction par visioconférence à un groupe de six étudiants. Au contraire de collègues qui avaient dû établir des horaires de cours permettant à des étudiants dispersés aux quatre coins de la planète de participer, je n'avais pas eu à résoudre de délicats problèmes de fuseaux horaires. Tout se passa bien et pourtant... Même si c'était une même passion pour les langues qui nous réunissait, c'est surtout une même tristesse que nous avons partagée pendant les deux heures de cours.

Au soir, lors du dîner, ce fut au tour de ma fille de quatorze ans d'avoir un coup de blues. « Tu penses que notre voyage scolaire en Espagne pourra avoir lieu en octobre ? », me demanda-t-elle. Je lui répondis que je ne le croyais pas : « Ce genre de voyage ne seront possibles que lorsque nous aurons un vaccin. Peut-être que vous irez au printemps de l'année prochaine. » Elle fit une grimace : « Alors notre classe n'ira jamais. Nos cartes européennes d'assurance maladie ne seront plus valables. T'as oublié le Brexit, ou quoi ? » Ah oui, le Brexit. On avait vraiment fini par l'oublier celui-là. Encore une de ces bonnes idées de Boris Johnson. Un peu comme l'immunité de groupe.

L'University and College Union estime que la crise pourrait faire perdre 2,5 milliards de livres sterling aux universités britanniques, menant à la suppression de 30 000 emplois à l'échelle nationale

Le 9 août 2019, le maire CSV d’Esch-sur-Alzette, Georges Mischo, a signé le certificat autorisant la « démolition des bâtisses existantes » sur la friche Terre Rouge. La charge de ces travaux revient à l’ancien propriétaire Arcelor-Mittal, qui avait intégré en 1937 la Brasseurs-Schmelz datant de 1870. Le site est à l’arrêt depuis 1977 et a vu tomber sa magnifique centrale thermique en 2017. Le développeur Eric Lux (lko) a racheté le terrain avec ses derniers vestiges industriels afin d’y construire le quartier Rout Lëns. Mais ce n’est que l’arrivée, fin avril, des grosses machines pour démolir les Keeseminnen (photo), accumulateurs de minerai, qui a réveillé les amis du patrimoine industriel, criant au scandale que les travaux se fassent durant la crise sanitaire. Une demande de protection n’a été déposée que début mars. Le Service des sites et monuments est très réticent à classer le patrimoine industriel. jh



Politique

Déconfinement sans déconfiture ?

Ce mardi, au lendemain de l’annonce du premier ministre Xavier Bettel (DP) que les musées, les bibliothèques et les archives allaient pouvoir déconfiner en même temps que les commerces, à partir de lundi 11 mai, c’était la grande confusion. Contactées par le *Land* l’une après l’autre, les institutions culturelles concernées répondaient toutes (ou presque), avec un grand point d’interrogation. Comme pour le reste de la vie publique, il s’avère qu’en culture aussi, le déconfinement est plus difficile et plus délicat à mettre en œuvre que la simple fermeture. Si les arts du spectacle et toutes les manifestations qui pourraient accueillir un public nombreux restent interdits jusqu’à nouvel ordre, les bibliothèques, archives et espaces d’expositions étatiques et para-étatiques rouvriront à partir de ce lundi, respectivement mardi (selon leur jour de fermeture). Mais, comme les commerces, dans le respect des conditions sanitaires imposées : limitation du nombre de visiteurs, distance de deux mètres entre eux, mise en place de structures de protection du personnel, obligation du port d’un masque buccal, fermeture des espaces récréatifs ou de restauration.

Ainsi, le Centre national de littérature et les Archives nationales offriront un accès (très) restreint à leurs salles de lecture, sur rendez-vous et avec une priorité pour les étudiants et les chercheurs. Le CNA déconfiner sa médiathèque et ses différentes expositions en plusieurs étapes. Le Naturmusée et le Mudam rouvrent l’accès à leurs expositions temporaires (*Drôles d’oiseaux* ; Jean-Marie Biwer, Robert Morris, Thomas Hirschhorn) et à leurs collections, mais en accès restreint (en nombre). Idem pour le Casino Luxembourg, où l’exposition de Sophie Jung est prolongée jusqu’en automne, mais le projet VR de Rachel Maclean ne peut pas ouvrir, comme l’hygiène des casques est difficile à garantir. La *Triennale jeune création*, que le Casino devait organiser avec les Rotondes, est reportée *sine die*, comme la remise du prix *Leap*. Les Rotondes sont par ailleurs dans l’incertitude sur la tenue ou non de leur emblématique festival de musique *Congés annulés* – les manifestations accueillant un public plus nombreux étant interdites au moins jusqu’à la fin du mois de juillet, mais les *Congés* ayant traditionnellement lieu en août. Les Musées de la Ville attendaient encore un aval du conseil échevinal à l’heure où nous bouclons avant de communiquer les modalités de réouverture du Musée d’Histoire et de la Villa Vauban. Le Musée national d’histoire et d’art va lui aussi reprendre son activité, mais ne voulait pas encore donner de détails.

Une deuxième phase du déconfinement de la culture commencera le 1^{er} juin, prévisiblement en même temps que la reprise de la restauration, où pourront rouvrir les lieux patrimoniaux à vocation culturelle (comme les châteaux) et les salles de spectacles – en-deçà d’une jauge à définir. Aux exploitants des salles de calculer le seuil en-dessous duquel ils ne peuvent pas entrer dans leurs frais. Si une grande salle de 1 000 places ne peut accueillir que 100 ou 200 personnes, le *break-even* est à reconsidérer et les contrats des artistes à renégocier. Le premier ministre a par ailleurs proposé la tenue de spectacles *drive-in*. Ils sont expressement énoncés dans le règlement grand-ducal du 6 mai. Quatre projets ont déjà été déposés au ministère de la Culture pour avis et subsides. jh

Politique



Eigentor

„Wir waren die ersten, die schließen mussten und werden die letzten sein, die wieder öffnen können.“ Das sagte Atelier-Leiter Michel Welter vor wenigen Wochen im Gespräch mit dem *Land*. Der Kultur- und Eventbereich ist von den Auswirkungen der Corona-Krise stark getroffen, da der gesamte Aktivitätsbereich stillgelegt werden musste. Die Regierung hatte entsprechend reagiert und Soforthilfen in Aussicht gestellt. Nun hat Welter einen Brief des Mittelstandsinstituts auf Facebook veröffentlicht, wonach A-Promotions, die staatlichen Direkt-hilfen nicht zustehen würden. Der Grund? Das Unternehmen sei gesetzlich nicht dazu verpflichtet gewesen, die Aktivitäten einzustellen. Welter wollte sich auf Nachfrage nicht zum Brief äußern. Auch das Mittelstandsinstitut wollte sich nicht äußern, präzisierte jedoch, dass jede Direkt-hilfe für Unternehmen nur einer wirtschaftlichen Gruppe zugute kommen kann. Tatsächlich besteht die Atelier-Gruppe (Foto: TPC) aus mehreren Gesellschaften (Atelier Sàrl, A-Promotions...). Und Welter hat gegenüber *RTL 5 Minutes* mitgeteilt, dass er bereits für die Gesellschaft Atelier Sàrl die Direkt-hilfe von 5 000 Euro erhalten habe. Die Atelier-Truppe wird also keineswegs benachteiligt, sondern hat zu früh gebrüllt. ps

Musiques

Phil Live doheem

Während die Welt sich so langsam in die einstige Normalität zurückbewegt, versucht die Philharmonie weiter mit virtuellen Events zu experimentieren. Nach dem Vorbild der Elbphilharmonie bietet sie Künstlern jeden Freitag um 20 Uhr eine Bühne für ein kurzes Set, das ohne Publikum in die Welt gestreamt wird. Heute beginnt der Singersongwriter Bartleby Delicate. ps

New Kid

Der ausgebildete Cellist und multitalentierte Musiker Nick Sauber hat mit seinem Projekt Ananda Grows ein erstes Album veröffentlicht. *In Hülle und Fülle* wurde im Sas Studio von De Läßel aufgenommen, gemastert von David Gatti und schwebt in den Sphären von Jazz bis Post-Rock. Dabei scheint Grows sich bei der Suche nach dem perfekten Sound geradezu treiben zu lassen – *In Hülle und Fülle* klingt nicht wie ein protziges Portfolio eines Studiomusikers, der quasi als Werkschau der Welt zeigen will, was er so kann – sondern im Zentrum steht tatsächlich der Klang und die Musik. ps



Musiques



Graue Füchse

Allstar-Band? Oder bereits Herren-group? Die Musiker der Band Mad Fox um Sänger Jimmy Leen sind allesamt prominente Akteure der Luxemburger Musikszene. Mit Charles Stoltz (Holtz Sound) und Tom Gatti (Unison Studios) spielen die zwei wichtigsten Soundtüftler und *Producer* Luxemburgs an Gitarre und Bass, die gemeinsam wohl verantwortlich sind für rund 90 Prozent aller luxemburgischen Rockalben des vergangenen Jahrzehnts. Es ist deshalb keine Überraschung, dass der neue Song *Anna*, den Mad Fox vergangene Woche veröffentlicht hat, astrein produziert und sauber arrangiert ist nach klassischem Strophe-Bridge-Refrain-Muster und mitsamt dynamischem Interlude. Ein knackiger Poprocksong von etwas mehr als drei Minuten, mit dem die Band die Hitlisten der nationalen Radiosender in Angriff nehmen wird. An der gefälligen Nummer ist wenig auszusetzen, nur dass *Anna* eigentlich auch genauso bereits vor zehn Jahren von der Band hätte produziert werden können. Die Haare ergrauen, der Stil stagniert. Aber vielleicht strafen die fünf weiteren Songs, die in den kommenden Monaten veröffentlicht werden sollen, den Kritiker ja Lügen. ps

Festival

One for the road

Si l’un des principaux buts d’un festival de cinéma est d’offrir de la visibilité à des films, c’est doublement vrai à l’ère du *streaming* effréné, où la nébuleuse *Netflix-Amazon-Disney-Apple-Youtube* inonde notre temps de cerveau disponible de contenu quelconque. Le Luxembourg City Film Festival s’était vu amputé de son deuxième week-end de projections avec l’arrivée du confinement Covid-19 à la mi-mars. Il s’est donc rabattu sur le site *Vod.lu* pour donner un coup de projecteur – et permettre une « sortie » – aux films *made in/with Luxembourg*. Dans une deuxième phase, le festival regroupe sur le même site des films sélectionnés ces dernières années au festival. À partir du 8 mai et jusqu’au 18 juin, les internautes pourront y découvrir une soixantaine d’œuvres, courts- et longs-métrages, regroupés en blocs thématiques, dont toujours trois gratuits d’accès le temps d’un week-end – comme *Gutland* de Govinda Van Maele (première photo, le 29 mai) ou *Foreign Affairs* de Pasha Rafiy (le 12 juin). jh



Literatur

Frauen lesen

Elise Schmit

Es besteht Not an der Frau. Mehrere Studien aus den vergangenen Jahren belegen, dass das Feuilleton ein Instrument zur Erhaltung des sexistischen Machtgefälles ist, das die Wahrnehmung von Literatur trotz angeblich besseren Wissens aller Aktanten bestimmt. Ein solches Machtgefälle braucht man nicht herbeizupolemisieren; es beruht nicht auf den Eindrücken irgendwelcher überempfindlicher Damen, sondern auf Fakten. Das breit angelegte Buchbranchenprojekt *#frauenzählen* ermittelte in einer medienübergreifenden Untersuchung von Buchbesprechungen aus dem März 2018, dass zwei Drittel aller Besprechungen im deutschsprachigen Feuilleton sich mit den Werken von Autoren befassen. Die Studie konnte sogar eine doppelte Marginalisierung von Autorinnen belegen, da Männer deutlich öfter über die Bücher von Männern schreiben als über die Bücher von Frauen und Kritikern mehr Raum für ihre Ausführungen zugestanden wird als Kritikerinnen. Die Bücher von Autorinnen werden also weniger oft und weniger eingehend besprochen, wodurch sowohl die Autorinnen an den Rand gedrängt werden als auch die Kritikerinnen.

Dass es aber bei der Marginalisierung von Frauen im Literaturbetrieb nicht allein um Quantitäten geht,

zeigte das vor einem halben Jahr von den drei Autorinnen und Literaturwissenschaftlerinnen Nadia Brügger, Güzin Kar und Simone Meier initiierte Hashtag *#dichterdran*. Ein Kritiker hatte Sally Rooney im Schweizer *Tages-Anzeiger* als „aufgeschrecktes Reh mit sinnlichen Lippen“ bezeichnet und der irischen Autorin zugestanden, die besten Stellen in ihrem Buch könnten von Marivaux stammen. Brügger, Kar und Meier kehrten den Blickwinkel um. Unter dem von ihnen angeschobenen *Hashtag* wurden nun Autoren mit genau dieser Mischung aus Sexismus und Herablassung bedacht: „Kein Wunder, dass die brillante Ingeborg Bachmann den weinerlichen Max Frisch auf Dauer nicht ertrug“, tweetete Barbara Flueckiger am 4. August 2019. Das Lachen über solche Späße stellt das Unbehagen über einen offensichtlichen strukturellen Bias natürlich noch mehr in den Vordergrund. Werten Männer anders als Frauen? Es gibt Studien, die das nahelegen.

Die Germanistin Veronika Schuchter kommt in ihren Untersuchungen zu Ergebnissen, die die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen im Literaturbetrieb sogar noch deutlicher hervortreten lassen als eine rein quantitative Erfassung. Ihre Studie¹ von 2018 untersuchte über den Zeitraum von einem Jahr 3420 Rezensionen aus dem Bereich Belletristik, die in deutschsprachigen Printmedien erschienen waren. Zunächst bestätigen ihre Ergebnisse: rund zwei Drittel der Kritiker*innen und der besprochenen Autor*innen sind Männer. Allerdings bleibt das Verhältnis zwischen Kritikern und Kritikerinnen über das Jahr nicht gleich. Einen deutlich höheren Männeranteil verzeichnen die „Buchmessemonate“, während der Frauenanteil im August steigt, wenn Urlaubslektüretipps vergeben werden. Es ist also schlimmer, als man zunächst denkt. Eine wichtige Erkenntnis von Schuchter besteht in der viel disku-

tierten Erkenntnis, dass Kritiker von literarischen Texten zu 76 Prozent Texte von Autoren besprechen. Ihnen fallen außerdem die „wichtigen“ Neuerscheinungen zu. Kritikerinnen besprechen ungefähr gleich viele Autoren und Autorinnen. Auffällig ist ihr Anteil bei Besprechungen von Kinder- und Jugendliteratur mit über 65 Prozent. Ob sich die Kritiker*innen die Bücher für ihre Artikel selbst aussuchen oder ob das Problem bereits bei der Vergabe von Aufträgen in den Zeitungsredaktionen entsteht, lässt die Studie offen.

Eine mögliche Erklärung der ungleichen Zustände sieht Schuchter darin, dass angesichts einer fortwährend männlich dominierten Kanonisierung Männer und Frauen unterschiedlich mit Büchern sozialisiert werden. Vereinfacht gesagt: Frauen lernen lesend, ihren Horizont zu erweitern, indem sie die Perspektive von Männern einnehmen. Männer bleiben lesend bei Perspektiven, die ohnehin nahe an ihrer eigenen sind. Kein Wunder, dass sie beim Lesen zu dem greifen, was ihnen vertraut ist – vermutlich in der Regel unbewusst, wie Schuchter meint.²

Angesichts einer derart krassen Schiefelage bringt es vor allem als Kritikerin nichts, sich um ein Gleichgewicht zwischen den Besprechungen der Bücher von Autorinnen und Autoren zu bemühen, denn das tun Kritikerinnen ohnehin, ohne dass es an der Dominanz von Männern im Literaturbetrieb etwas ändern würde. Wer als Aktant etwas an den Zuständen im Literaturbetrieb ändern will, muss sich auf die Seite der Frauen stellen. Sicher hebt eine zunehmende Sensibilität bei der Zusammenstellung von Jurys auch die Werke von Autorinnen in den Blick; man denke etwa an die Auszeichnungen für Anna Burns, Olga Tokarczuk, Bernadine Evaristo und Margaret Atwood bei den Booker-Preisen



Olga Tokarczuk

der letzten Jahre. Wenn jedoch eine fruchtlose Polemik um einen politisch umnachteten Autor die fantastischen Bücher einer Olga Tokarczuk in den Schatten stellen kann, gibt es nach wie vor Handlungsbedarf. Dabei geht es nicht um wohlmeinende Lektüreempfehlungen, sondern um genau das, was das Feuilleton bisher vor allem Autoren vorbehält: eine genaue, ausführliche, kritische Auseinandersetzung von Kritikerinnen mit wichtigen Büchern und wichtigen Autorinnen. Es ist vorauszusehen, dass die Literatur dadurch nur gewinnen kann.

¹ Dr. Veronika Schuchter: *Geschlechterverhältnisse in der Literaturkritik. Literaturkritik in Zahlen*, Sondernummer. Innsbrucker Zeitungsarchiv zur deutsch- und fremdsprachigen Literatur, November 2018.

² Veronika Schuchter im Gespräch: „Wie männlich ist die Literatur?“, Interview im *Tiroler Tagesanzeiger*, 23.8.2018.

Ab nächster Woche wird Elise Schmit im *Land* unter dem Serientitel „Frauen lesen“ Werke von Autorinnen besprechen.

Wer als Aktant etwas an den Zuständen im Literaturbetrieb ändern will, muss sich auf die Seite der Frauen stellen

Theater

Our revels now are ended

Jeff Thoss

Das Schlimmste scheint geschafft. Man atmet wieder frische Luft. Nach vier Wochen Webcam-Theater, in dem die Schauspieler/innen nur dank Technik miteinander agieren konnten, tritt man sich bei der Volleksbühn wieder von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Für seine zweite Shakespeare-Inszenierung hat das Ensemble sogar eine alte Spielstätte erneut aufgesucht: die leerstehende Villa, in der vergangenes Jahr *Every Brilliant Thing* aufgeführt wurde. Wer nicht auf traditionelle Bühnen angewiesen ist, kann bereits spielen, während die Theater noch geschlossen sind. So schreitet Jacques Schiltz zum Auftakt durch den herrschaftlichen Garten der Villa und trägt den Prolog zu *De Romeo an d’Juliette* vor, den er für diesen Anlass selbst übersetzt hat.

Bevor der falsche Eindruck entsteht: Auch bei Produktion Nr. 3.4 aus der Reihe *D’Stéck vun der Woch* handelt es sich natürlich um einen *YouTube-Livestream*. Das Ensemble ist vor Ort, das Publikum weiterhin zu Hause. Ein fingierter Tonausfall direkt am Anfang weist auf die Tücken hin, mit denen man immer noch zu kämpfen hat. Davor macht bereits der Vorspann klar, dass sich Romeo und Juliette nicht näher als 1,5 Meter kommen dürfen, wenn sie keine Masken aufsetzen wollen. Jetzt könnte man sich denken: Kein Problem, in der berühmtesten Liebeszene des englischen Dramas steht die Frau auf einem Balkon und der Mann im Garten.

Eine bessere Vorlage für eine Corona-Romanze hätte Shakespeare doch gar nicht liefern können.

Allerdings auf eine Liebe auf Balkondistanz will sich die Volleksbühn nicht so recht einlassen. Oder zumindest nicht ausschließlich. *De Romeo an d’Juliette* verbindet so gut wie alle Strategien aus den vergangenen Produktionen. Man trifft hier den Klamauk aus *Faust* und großen Teilen von *Mächess* wieder. Es gibt den aus *The Importance of Being Earnest* bekannten Versuch, die Dramenhandlung trotz technischen Hindernissen und Zeitmangel irgendwie rüberzubringen. Und es finden sich Bestrebungen, die vom Publikum gewählten Stücke für eine kritische Auseinandersetzung mit der Corona-Krise zu nutzen – zuletzt in *Mächess* gesehen und hier noch einmal radikalisiert.

Konstantin Rommelfangen und Rosalie Maes dürfen das titelgebende Paar mehr oder minder aufrichtig spielen, während Philippe Thelen und Marc Baum in einigen der Nebenrollen (Mercutio, Tybalt, Friar Laurence) nach Herzenslust rumblödeln dürfen. Dazu kommen Regieeinfälle, die jeden Flachwitz das Fürchten lehren. Aus dem Maskenball wird natürlich: ein Maskenball. Duelle werden mit Ketchupflaschen ausgetragen, auf Bodenmarkierungen – mit sowas kennen sich Schauspieler/innen aus –, die den Mindestabstand anzeigen und die Choreografie der Gefechte somit vorgeben.

De Romeo an d’Juliette der Volleksbühn verbindet quasi alle Strategien vergangener Produktionen

Baums Friar Laurence hantiert im Beichtstuhl mit Toilettenpapier, das er dort für unkeusche Zwecke benutzt. Thelen will, unabhängig von der verkörperten Figur, sowie nur fluchen, trinken und rauchen und scheint seinen Shakespeare direkt von *Blackadder* und Baz Luhrmann zu beziehen.

Dazwischen versuchen es Rommelfangen und Maes vor einem kitschigen Wandgemälde mit Liebeserklärungen. An anderer Stelle versuchen sie, sich durch eine Glasschreibe hindurch zu küssen. Der Funke will nicht so recht überspringen, aber man weiß ja, dass die Vereinigung der Liebenden bei Shakespeare letztlich nur im Tod möglich ist. Als sich Romeo im letzten Akt zu Juliette ins Grab (der hauseigene Pool) legen will, kommt es jedoch zum (inszenierten) Spielabbruch. Maes erklärt, dass diese Szene unter Einhaltung der sanitären Maßnahmen nun wirklich nicht zu realisieren ist. Das An-

gebot Rommelfangen, sich irgendwie irgendetwas einfallen zu lassen, schlägt sie aus. Wie Prospero im Epilog des *Tempest* tritt Schiltz hinzu, um weit mehr als dieses Stück für beendet zu erklären: „Well d’Konscht ass dout, kommen sech d’Leit net no, Grad wéi beim Juliette a beim Romeo.“

Mit diesem starken Schluss, der einen Abschluss verweigert, mischt sich die Volleksbühn unter die lauter werdenden Stimmen, die darauf drängen, dass es mit der Corona-Party im Netz nun auch mal gut ist. Nachdem man sich wochenlang die kreativsten Lösungen ausgedacht hat, um das Theater ins Internet zu kriegen, muss man sich langsam überlegen, wie man es dort wieder hinausbekommt. Mit dieser Wendung ins Kulturpolitische wirkt *De Romeo an d’Juliette* in gewisser Weise wie der logische Endpunkt der Reihe *D’Stéck vun der Woch*. Es geht dennoch weiter; Tschechows *Kirschgarten* folgt am Sonntag. Mit der leeren Villa in Cents steht die perfekte Location dafür schon bereit.

De Romeo an d’Juliette, von William Shakespeare, übersetzt von Jacques Schiltz; Regieteam: Tom Dockal, Max Jacoby, Jacques Schiltz, Anne Simon. Virtuelles Live-Theater: Cay Hecker. Vorspann: Kan Werachareon. Mit Konstantin Rommelfangen, Rosalie Maes, Philippe Thelen, Marc Baum. Idee und Konzept: Volleksbühn; am Sonntag 10. Mai um 20 Uhr folgt Tschechows *Kirschgarten*; die Stücke können live oder zeitverschoben via *volleksbuehn.lu* gestreamt werden.



Philippe Thelen, Rosalie Maes und Konstantin Rommelfangen im *Streaming-Nebel*



Luxemburgensia / Bédé

Artisanat à la sauce Genen

Andy Genen est un homme de parole ! Au printemps de l’an dernier dès la sortie du deuxième tome de sa série *Tow & Tank*, l’auteur grand-ducal, annonçait déjà la sortie de troisième opus pour la LuxCon 2020. L’album est prêt, mais avec la crise du Covid-19 qui a amené l’annulation de tous les événements culturels, LuxCon compris, « ND » a dû improviser tout un système de distribution.

Helga, la gentille zombie qui parle plus vite que son ombre, et Tow, le très taciturne conducteur de tank de remorquage, sont de retour pour la troisième partie de leurs aventures. Ainsi, après *A Man, His Tank & a Zombie*, sorti en 2018, et *Of Browsing Through Books and Brawling with Bugs*, publié en avril 2019, voici *The Disciples of Gil’ Den Sul*. Les deux héros poursuivent leur quête dans cet univers post-apocalyptique fait d’humains, de zombies, de monstres, de bandes aux montures étonnantes et de décors plus surprenants les uns que les autres. Une quête dont l’auteur livre les détails goûte à goûte, au fur et à mesure des tomes. Et comme le récit approche lentement de sa moitié – la série est prévue en sept opus –, on commence, enfin, à y voir à peu près clair. Il est question d’un codex ancien disparu, d’une prophétie ancestrale et d’un disciple dont l’avènement annoncerait « le début de la quatrième ère, et ainsi le début de la fin du monde ». Rien que ça !

Dans ce troisième *Tow & Tank*, Andy Genen ne veut ni violence gratuite, ni images choquantes ou olé-olé

D’un univers inspiré, au départ, de l’univers des zombies, nous voici dans une sorte de *mashup* entre *Mad Max*, *Star Wars* et *Da Vinci Code*. Mais ici, ni Aigles de la Mort, ni Empire galactique, ni moine albinos assassin. Car si l’aventure imaginée par Andy Genen pour ses personnages n’a rien d’un long fleuve tranquille, ici les bagarres et les courses poursuites se terminent sans le moindre blessé grave. Un peu comme dans les aventures d’un village peuplé d’irréductibles Gaulois. Mais sans potion magique.

L’auteur ne semble vouloir ni violence gratuite, ni images choquantes, ni référence olé-olé. Son *Tow & Tank* est un récit familial. Et les héros, bien ronds, souriants et expressifs de l’auteur, ajoutent une couche dans ce sens. Des personnages d’ailleurs plutôt naïfs et au parlé pour le moins « jeune ». Si certains peuvent regretter un récit qui avance lentement, entrecoupée par de nombreuses petites histoires secondaires – à l’instar de ce qu’on voit dans de nombreux mangas – d’autres apprécieront l’aspect léger et mignon de l’ensemble et ce récit en ligne droite, sans la moindre ellipse, au point que chaque tome commence au point exact où le précédent s’est achevé. Un récit plein de surprises et de rebondissements.

Les tomes 1 et 2 de *Tow & Tank*, toujours disponibles auprès de l’auteur, ont été publiés en anglais, luxembourgeois, français et néerlandais. Le tome 3 est, pour l’heure, disponible dans la langue de Shakespeare et celle de Dicks. *Tow & Tank*, est la série la plus personnelle de la carrière d’Andy Genen (*De leschte Ritter*, *Dream Catcher*, *Alex&Tun*, *De Roude Puma...*). Il s’est chargé du scénario et du dessin, mais aussi de l’édition et de la distribution. Un projet artisanal, que l’auteur se plait à présenter habituellement dans les manifestations BD des alentours. « Mais le Coronavirus est arrivé, et avec ça l’annulation de tous les festivals », note-t-il, pragmatique. Pas question pour autant de laisser *The Disciples of Gil’ Den Sul* au fond d’un tiroir. Au contraire : « J’ai décidé que j’allais quand-même le lancer, proposer aux gens de le commander directement chez moi et leur envoyer par courrier », précise-t-il, à la fois ravi de pouvoir ainsi dédicacer chaque exemplaire, et un brin inquiet en pensant à tout ce que cela implique : enveloppes adéquates, prix de l’envoi, moyens de paiement... Toute une structure administrative à mettre en place. L’existence auprès du public de son album est à ce prix ! Pablo Chimienti

Andy Genen : *Tow & Tank*, vol3, *The Disciples of Gil’ Den Sul*. Happy Ant Studios, avril 2020; 52 pages, 15 euros ; towardtank@gmail.com.

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Services

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 03.06.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture. Il n'y aura pas de séance d'ouverture publique de la procédure ouverte.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Direction des travaux relative aux chantiers : Nouvelle N3 route de Thionville – Rangwee – rue des Scillas – pont Y – divers chantiers de moindre envergure

Description succincte du marché :
Mission de direction des travaux, c'est-à-dire mise à disposition de personnel technique qualifié pour le contrôle et la surveillance de chantiers de génie civil (voirie et ouvrage d'art).

Quantitatif :
– Directeur des travaux : 7 200 heures ;
– Adjoint au directeur des travaux, spéc. « construction routière » : 5 400 heures ;
– Adjoint au directeur des travaux, spéc. « ouvrage d'art » : 5 400 heures ;
– Métreur : 7 200 heures ;
– Géomètre: 7 200 heures ;
– Suppléments pour heures de nuit, heures de dimanche et/ou jours fériés et heures supplémentaires.
Durée approximative de la mission : 36 mois
Début prévisible de la mission : été 2020

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission sont à téléchargés à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
La remise électronique des offres est obligatoire. Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
30.04.2020

La version intégrale de l'avis n° 2000638 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 17.06.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Fourniture et installation d'équipement de sport et accessoires à exécuter dans l'intérêt de la construction de l'École internationale à Differdange – enseignement secondaire.

Description succincte du marché :
Le marché de travaux comprend essentiellement la fourniture, montage et réglage d'équipement et accessoires pour les différents sports :
– Sports de ballon divers (basketball, handball, hockey, etc.) ;
– Athlétisme ;
– Gymnastique ;
– Musculation ;
– Trampoline ;
– Judo/Box ;
– Escrime ;
– Vélos ;
– Tennis de table ;
– Tapis de gymnastique divers ;
– Armoires
soumis aux normes et prescriptions techniques, environnementales et de qualité.
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible des travaux est de 35 jours ouvrables.
Début prévisionnel des travaux : 2^{ème} semestre 2020

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
30.04.2020

La version intégrale de l'avis n° 2000669 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 17.06.2020 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs
21 rue du Chemin de Fer à L-8057 Bertrange
dans le bâtiment H1, 2^{ème} étage

Intitulé :
Aéroport de Luxembourg – Travaux d'entretien des installations mécaniques des projets A2, A3, S1 et des stations de mesure COT (Lot 23b).

Description :
Les travaux du marché consistent à effectuer des travaux d'entretien des installations électromécaniques des projets A2, A3, S1 et des stations de mesure COT. Les travaux seront programmés et organisés en fonction des besoins et urgences d'interventions liés aux contraintes d'exploitation du site aéroportuaire.
Début prévisible du contrat d'entretien : janvier 2021
Durée du contrat d'entretien : 3 années calendaires

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour l'Aéroport de Luxembourg – Travaux d'entretien des installations mécaniques des projets A2, A3, S1 et des stations de mesure COT (Lot 23b) » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture. Les offres peuvent également être remises de manière électronique par le biais du portail des marchés publics.

Date de publication de l'avis 2000703 sur www.marches-publics.lu :
07.05.2020

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 10.06.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu:
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'installation d'un groupe électrogène de secours à exécuter dans l'intérêt de la construction d'un hall logistique pour la caserne Grand-Duc Jean au Herrenberg à Diekirch.

Description succincte du marché :
Envergure des travaux :
– Démontage d'un groupe électrogène existant ;
– Montage d'un groupe électrogène avec une puissance env. 800 kVA ;
– Travaux de basculement et branchement des câbles ;
– Mise en service.
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible du marché est de 60 jours ouvrables.

Le début prévisible des travaux : octobre 2020.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
07.05.2020

La version intégrale de l'avis n° 2000705 peut être consultée sur www.marches-publics.lu



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 17.06.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu : /

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Soumission relative aux travaux de restauration et de mise en valeur de l'ancienne Möllerei à Esch-Belval.

Description succincte du marché :
Travaux de construction métallique.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Les conditions de participation sont précisées au cahier des charges.

Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu) est obligatoire pour cette soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
07.05.2020

La version intégrale de l'avis n° 2000709 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 17.06.2020 à 11.00 heures

Lieu d'ouverture :

Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs
21 rue du Chemin de Fer à L-8057 Bertrange
dans le bâtiment H1, 2^{ème} étage

Intitulé :
Umbau der Autobahnanschlussstelle Strassen LSA-N06-014 und LSA-N06-015 – Équipement de feux

Description :
Lieferung, Montage und Inbetriebnahme einer Lichtanlage mit folgender Konfiguration:
– Steuergerät mit Anschluss an Licht-signalsteuerungszentrale
– 2 Steuergeräte
– 32 Signalgeber (Montage Signalgeber an Signalmaste)
– 37 verschiedene Detektoren
– 14 Signalmaste mit Ankerkörbe
– 3600 m Verkabelung
– 48 Monate Wartung
Arbeitsbeginn: November 2020
Dauer: 20 Tage

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour Umbau der Autobahn-

schlussstelle Strassen LSA-N06-014 und LSA-N06-015 – Équipement de feux » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture. Les offres peuvent également être remises de manière électronique par le biais du portail des marchés publics.

Date de publication de l'avis 2000719 sur www.marches-publics.lu :
07.05.2020

KYANEOS RÉSIDENTIEL SAS

8 rue d’Annanelle – 84000 Avignon
Immatriculée le 14/10/18
RCS 842 717 464 Avignon

Avignon, le 30 avril 2020

Objet : Convocation électronique à l’Assemblée Générale Ordinaire annuelle des actionnaires

Madame, Monsieur,

Nous vous prions de bien vouloir assister à l'Assemblée Générale Ordinaire de la Société de Placement à Prépondérance Immobilière à Capital Variable KYANEOS RÉSIDENTIEL (OPCI) qui se réunira le :
Vendredi 22 mai 2020 à 9.00 heures
Au 8 rue d'Annanelle à Avignon (84000)

L'Assemblée Générale Ordinaire se tiendra à l'effet de délibérer sur l'ordre du jour suivant :
– Rapports de la Société de Gestion
– Rapports du Commissaire aux comptes concernant l'exercice clos au 31 décembre 2019
– Approbation des comptes de l'exercice clos le 31 décembre 2019
– Quitus à la Société de Gestion
– Pouvoirs pour formalités

Texte de résolutions proposées

Première résolution
L'assemblée générale, statuant en la forme ordinaire, connaissance prise du rapport de gestion et des rapports du commissaire aux comptes, propose d'approuver expressément dans toutes leurs parties ces rapports et les comptes de l'exercice clos le 31 décembre 2019 tels qu'ils lui sont présentés. Elle constate qu'au 31 décembre 2019, le capital de la Société atteignait la somme de 5 078 789,17 euros.

Deuxième résolution
L'assemblée générale, statuant en la forme ordinaire, en application de l'article 223 quater du Code Général des Impôts, propose de prendre acte que les comptes de l'exercice écoulé ne comprennent pas de dépenses non déductibles du résultat fiscal, visées au 4 de l'article 39 du Code Général des Impôts.

Troisième résolution
L'assemblée générale, statuant en la forme ordinaire, propose de donner quitus à la société de gestion pour l'exécution de son mandat au titre de l'exercice écoulé.

Quatrième résolution
L'assemblée générale, statuant en la forme ordinaire, propose de constater la perte de 81 651,87 euros sur l'exercice 2019.

Cinquième résolution
L'assemblée générale, statuant en la forme ordinaire, propose d'affecter la perte de 81 651,87 euros en report à nouveau.

Sixième résolution
L'assemblée générale, statuant en la forme ordinaire, propose de conférer tous pouvoirs au porteur d'une copie ou d'un extrait du procès-verbal des délibérations pour l'accomplissement de toutes formalités légales de publicité.

Si toutefois vous souhaitez voter par correspondance, nous vous remercions de bien vouloir nous en faire la demande via contact@kyaneosam.com afin que nous puissions vous faire parvenir le formulaire de vote.

Conformément à l'article 22.1 des statuts, ce formulaire doit nous être retourné au plus tard, 5 jours calendaires avant l'Assemblée.

La Société de Gestion
Kyaneos Asset Management

d’Lëtzebuenger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Rédacteur en chef** Joséé Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Pol Schock (48 57 57-35; pschock@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu), **Gérant et mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu) **Administration et publicité** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Lëtzebuenger Land **Instagram** letzebuenger_land **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGULLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

Binge-watching

Der Orthodoxie entfliehen

Marc Trappendreher

Die vierteilige Serie *Unorthodox* (Netflix), die von Alexa Karolinski und Anna Winger konzipiert und von Maria Schrader inszeniert wurde, basiert lose auf der gleichnamigen Autobiografie von Deborah Feldman aus dem Jahr 2012. Die 17-jährige Esther „Esty“ Shapiro (Shira Haas) lebt in Williamsburg in Brooklyn, New York. Sie ist Mitglied der ultra-orthodoxen Religionsgemeinschaft der Satmarer Chassiden und lebt bei ihrer Großmutter, einer Holocaust-Überlebenden aus Ungarn, auf. Eine arrangierte Ehe mit Yakov „Yanky“ Shapiro (Amit Rahav) ist der ausdrückliche Wunsch der Gemeinde, denn für die chassidischen Satmarer ist die Sicherung der Nachkommenschaft von zentraler Bedeutung, soll sie doch die Millionen Toten des Holocaust kompensieren. Und darin liegt der Hauptkonflikt in diesen gesellschaftlichen Widersprüchen, die *Unorthodox* abbildet: Es ist die Unfähigkeit zu lieben, einerseits, ganz direkt, die Unfähigkeit zur Sexualität, andererseits die Unfähigkeit zu sehen, was in anderen Menschen vorgeht, denn diese Esty ist im Grunde todunglücklich.

So beschreibt *Unorthodox* den zunehmenden Protest als Ausdruck einer weiblichen Vitalität angesichts einer Ungerechtigkeit in einer Welt, die kein persönliches Glück zulässt. Überwiegend in jiddischer Sprache und in der Ausstattung sehr aufwändig, gibt die Serie diese Welt zumindest in der ersten Hälfte sehr detailverliebt wieder. Da kommen junge und alte Leute zusammen, reden, essen, tanzen miteinander, und doch ist die Isolation der Frau vollkommen. Und in alledem kann Esty dem Erwartungsdruck der Familie nicht standhalten. Nachdem sie nach einem Jahr Ehe immer noch nicht schwanger ist, beschließt sie, dieser Welt zu entfliehen und ihre Mutter in Berlin aufzusuchen.

Es sind aber die Vereinfachungen in der Dramaturgie, die grobe Zeichnung mancher Figuren, die die Serie dergestalt bestimmen, dass sie sich den Vorwurf gefallen lassen muss, sie bediene antisemitische Klischees. Die Serie legt dem Publikum bis zu einem gewissen Grade nahe, dass die jüdische Orthodoxie oder gar die jüdische Religion an sich eine allzu engstirnige, erstarrte Weltsicht vertrete, und daraus ergibt sich die Problematik, inwiefern ein nicht-jüdisches Publikum die Serie missversteht und das gesamte Judentum allzu einseitig als eine repressive, gegen weibliches Begehren gerichtete Doktrin wahrnimmt. Es ist womöglich ferner dieser Anbindung an alt-



Hochzeitsfoto von Yanky (Amit Rahav) und Esty (Shira Haas)

bekannte melodramatische Muster geschuldet, dass die Handlung beständig an Komplexität und Ambivalenzen einbüßt. So detailreich der erste Erzählabschnitt in seiner Darstellung jüdischer Alltagsszenen ist, so schematisch ist die Handlung in Berlin, die sich nicht mehr auf Feldmans Biografie stützt.

Zunehmend bricht sich da ein zauberhafter Optimismus Bahn, der keinen Raum mehr für Zwischentöne lässt, sondern Esty als entschlossene Vertreterin eines weiblichen Selbstbestimmungsrechts in Szene setzt. Dafür finden Maria Schrader und ihr Kameramann Wolfgang Thaler ausgesprochen schöne, ja fast schon zu schöne Bilder: Das gemeinsame Schwimmen im Großen Wannensee mit einer jungen Frau aus dem Jemen und der ultraorthodoxen Jüdin aus Williamsburg steht da plötzlich als Sinnbild eines jüdisch-islamischen Einklangs. Diese Esty ist gewiss eine Kämpferin, und die israelische Schauspielerin Shira Haas spielt das in einer Gefühlslage zwischen Aufbegehren und Zerbrechlichkeit, die dieses Schicksal eindringlich macht und so manche dieser Schwächen kompensieren kann.

Denn die melodramatische Affektgeladenheit zielt ja im Kern auf Überhöhung und das

Unorthodox folgt der jungen Esty aus der engstirnigen Weltsicht der orthodoxen Juden aus Williamsburg, Brooklyn nach Berlin

Übermaß, die hier zumindest ergänzt und eingeschränkt werden durch eine naturalistische Schauspieltechnik in der Darstellung, die sonst eher selten ist. Sie ist die Frau, die ihren Kampf mit den Umständen zu führen weiß, mit den Problemen, die die Gesellschaft und der Zufall für sie bereithalten, umzugehen weiß. Und doch sind dies Zugeständnisse an ein *feel-good*-Phänomen, das dem Anspruch einer ernsthaften Durchdringung orthodoxer jiddischer Praktiken und Riten, deren Entsagung und der Bewegungsmöglichkeiten der Frau darin eher zuwiderläuft.

Maux dits d’Yvan

When I’m 64

« Will you still need me, will you still feed me, when I’m sixty four ? (...) Doing the garden, digging the weeds, Who could ask for more ? »

Cela fait deux semaines semaines maintenant que j’ai 64 ans et deux mois que je cultive en toute candeur mon jardin. Le matin de mon anniversaire, c’est Jeanne, une fois n’est pas coutume, qui a brisé le confinement pour mettre son masque et aller chercher les croissants en faisant le pied de grue devant l’échoppe de l’excellente boulangère que nous avons accueillie au Mont, il n’y a pas si longtemps. Elle s’appelle Cassandre, et sous sa coiffe un champ de blé prend racine dont son mari pétrit un pain ensoleillé comme un matin d’août à Sainte-Cécile, le village provençal de Raimu. Pourvu qu’elle ne prenne pas de sitôt la clef des champs, obligeant son mari de fermer, comme tant d’autres en ce moment, sa boutique.

Chez les vieux aussi : Keng Korona, kee Corona !

Je me souviens d’une autre boulangerie, celle de mes grands-parents, à quelques pas seulement de là, à l’endroit même où s’étale aujourd’hui un trou grand comme jadis celui des Halles. Le Luxembourg, à l’époque, avait le ventre aussi vaste que Paris, et la queue devant la vitrine de la rue de l’Arsenal n’avait rien à envier à celle de la rue Victor Hugo. Dans ce trou, à l’arrêt maintenant comme tant d’autres chantiers, gisent les souvenirs de 64 années, du premier bobo soigné à la clinique d’en face, d’une sucette Pierrot volée dans le dos de la grand-mère, du « Roendelchen » offert par Jeanne, l’autre, la sœur de Leo le boucher d’à côté, de la Vauxhall garée toutes les nuits dans garage Lambert qui faisait, jusqu’à la fin du siècle dernier, de la résistance aux promoteurs de la Place de l’Étoile ; bref, on l’aura compris, les madeines de Paul valaient bien celles de Marcel.

Aujourd’hui j’ai tous mes cheveux, un peu grisonnants certes, mais plus toutes mes dents. Et j’ai rejoint la *Korona*, comme disent les vieux Luxembourgeois, des personnes vulnérables, à protéger en priorité contre l’attaque du virus. De cette population dite à risque, confinée plus longtemps et plus durement que d’autres, isolée des siens dans les hospices et les maisons de retraite. Majeur mais pas vacciné, on me prend pour un mineur ; adulte blanchi sous le harnais, on m’infantilise en décidant à ma place qu’il vaut mieux renoncer à la chaleur du contact avec les miens que prendre le risque de tâter le froid du caveau. En un mot : on me coupe de mes descendants pour ne pas me faire rejoindre mes ascendants. Mais si avec de bons sentiments on fait de la mauvaise littérature, on en fait encore moins de la bonne gérontologie. Pour rencontrer les miens pendant quelques rares minutes et à bonne distance, on voudra me confiner dans un parloir comme un vulgaire prisonnier, déguisé de surcroît en astronaute. Mais laissez-moi donc le droit de voler un timide et furtif salut que les enfants viennent m’adresser par-delà les larges grilles de mon asile ! Gare aux gorilles cependant qui nous surveillent, prompts à nous dénoncer d’avoir enfreint la sacrosainte règle : *Keng Korona, kee Corona* !

La chanson des Beatles est bien prémonitoire, célébrant avant la lettre l’obsession actuelle du prendre soin et du *take care*. N’oublions pas cependant qu’elle figurait dans le même album que *With a little help from my friends* ! Yvan

Exposition en-ligne

Heartfield, vie et œuvre, une lutte constante

Lucien Kayser

Une main ouverte vers notre regard, les doigts écartés, cela pourrait se lire comme un geste de distanciation (en ces temps compliqués). Il n’en est rien. Cette main dit l’énergie, signifie que l’on est prêt à l’action. Elle y invite, ne serait-ce que par le vote tel mois de mai 1928 : le nombre cinq, en l’occurrence est celui de la liste communiste des élections berlinoises. Aujourd’hui, la main de l’affiche de John Heartfield sert d’entrée à la visite en ligne de l’exposition de l’Akademie der Künste de Berlin ; intitulée *Fotografie plus Dynamit*, elle a dû être reportée. Mais le visiteur n’y perd strictement rien.

Je veux le reconnaître d’emblée, je ne suis pas un amateur de visites sur ligne d’expositions, de musées, ni de reprises de pièces de théâtre ou d’opéras sur le petit (ou grand) écran. Un pis-aller, un ersatz ; au mieux, de quoi réveiller des souvenirs de quelque chose qui a eu lieu pour de vrai, qu’on a vécu pour de bon, comme on peut feuilleter des années après un catalogue. Bien sûr, pas question de se passer des moyens modernes ; avant Malraux et son « musée imaginaire », Walter Benjamin, dans les années trente, avait insisté sur le changement opéré alors par la photographie et le film, les possibilités offertes par la reproduction des œuvres. Et pour Benjamin, la perte de l’aura (dirai-je de l’interactivité,

Fotografie plus Dynamit : l'exposition de l'Akademie der Künste, à Berlin, reportée et passée sur internet, exemplaire de transfert

mot galvaudé de nos jours) était compensée par une dimension sociale, collective.

Ce que l’Akademie der Künste a mis sur internet, avec beaucoup d’astuce et de bonheur, a en plus la chance de concerner un artiste, un art pour qui l’unicité de l’œuvre n’existait pas ; ils visaient le public le plus large, et l’impact était entièrement dans l’image même, ça devait frapper au premier coup d’œil, la lutte de John Heartfield tout au long de sa vie, contre toutes sortes d’embûches, le voulait ainsi. Avec les moyens qu’il avait à sa disposition, avec son imagination propre, nourri au dadaïsme, « was fällt ihm alles ein », disait Tucholsky.

Une main, cinq doigts, autant de chapitres. Pour commencer par traiter de la vie de John Heartfield, naissance en 1891, premier exil avec ses parents en Suisse et en Autriche, retour en Allemagne après leur disparition non élucidée, nouvel exil, en 1933, à Prague, puis en 1938, à Londres où il est interné comme « enemy alien », en plus communiste ; après la guerre, en 1950 seulement, retour en Allemagne, en RDA, où il lui faut du temps quand même, et le soutien des Brecht et Heym, pour se faire reconnaître. Parallèlement, dans les trois premiers chapitres, c’est l’art de John Heartfield qui est déployé, sa

manière dépliée, que le visiteur peut lui-même suivre à son rythme : les dessins, les affiches, les couvertures de livres, les travaux au théâtre. Comment les uns et les autres sont construits, sont montés, ce qui fait leur force persuasive, leur caractère explosif : il est des montages très complexes, des fois il suffit de peu de chose, on



Affiche électorale pour le KPD, 1928

connaît le sapin de Noël, nous sommes en 1934, et ses branches de croix gammées.

Une carte d’Europe suit, et vous cliquez sur telle ville pour connaître les expositions de John Heartfield, en 1935/36 par exemple, à Paris, où il était invité par Henri Barbusse, Louis Aragon et Romain Rolland. À la Maison de la culture, siège du parti communiste allemand, il ne risquait pas que des œuvres fussent décrochées, comme cela était arrivé à Prague après les protestations nazies : « Je mehr Bilder sie weghängen, umso sichtbarer wird die Wirklichkeit », Heartfield avait la répartie prompte et percutante.

L’Akademie der Künste a hérité de la succession de son membre, a en sa possession plus de 6 000 œuvres, et ce qui fait en plus la richesse du fonds. Comme l’inventaire de son domicile Friedrichstrasse, Berlin, ou son livre d’adresses, de 1950 à sa mort en 1968, édité à cette occasion (Quintus-Verlag). On y lit, je termine sur cette curiosité, qu’un projet a existé pour une couverture, en 1961, du magazine *Konkret*, contact avec Ulrike Meinhof, la rédactrice en chef ; on apprend qu’elle ne fut pas réalisée, projet abandonné faute d’une panne d’auto (sans autre précision).

www.adk.de

STIL

Any place a workplace

Jeffrey Palms

A man wakes up at seven o'clock. He showers, gets dressed, and eats some toast with apple sauce. After catching two separate buses, both of which are running late, he makes it to the office. It's about nine. He takes the elevator upstairs, hangs up his coat, mumbles hello to a few sleepy coworkers, and sits down at his desk.

Another day at work.

At five o'clock sharp, he shuts off his computer and gets up. "Quittin' time," he says to the intern, smiling weakly. The intern gives him an envious look. Oh, to be allowed to leave right at five! Two colleagues raise their eyebrows at the man as he sails past them towards the elevator. Leaving at the earliest possible hour. Again. But the man doesn't seem to mind being seen that way. To be honest, he has no time to mind. There are a hundred things to do before bedtime, none of them fun. Catching those two damn buses again, sorting out dinner, doing the laundry. Buying more apple sauce. But it's all right: the weekend is just around the corner.

Is this man a hard worker? Is he busy?

I used to think that national cultures would provide consistent answers to such questions. Americans would find him a bit lazy, Europeans might say he has a healthy work/life balance. The Japanese would be confused by the question, since the man is obviously on some sort of vacation. That kind of thing. But I'm no longer so certain. Sure, culture plays a role, but work is one of those things like money or love, an aspect of life that runs deep in the individual. Down in a dark place where psychiatrists are sometimes invited to shine tiny beams of light.

All this is on my mind because, thanks to Covid-19, nobody's job is exactly like it used to be. For some – the lucky ones – this means working from home. A divorce from location. Going virtual. Along with this little change, however, comes a philosophical conundrum: what is work, exactly? Checking emails in my underwear, taking a break to chop onions for dinner if these things happen before five, are they part of my workday? Instead of coffee with the coworkers it's shelling peanuts while blasting hard rock. Instead of polite chitchat before the staff meeting it's smooching my wife for a couple of minutes. In all cases, I'm not working. Not really. So what's the difference?

In the olden times, circa February 2020, things were simpler. Back then, work was often understood simply, casually, as a matter of presence. For office workers, like our friend with the apple sauce, you can be diligent or not, ambitious or not, focused or not, smart or not, but – as long as you're at the office – you're working. Forty hours in the building equals forty hours' work. Busy, busy, busy. Even if you waste as much of it as possible relaxing on the toilet, doing



Yummy breakfast toast before leaving for work

stupid little training modules for the company, starting into space. No matter. That's full-time, baby.

Now, however, presence is disrupted. Nobody can see you in the workplace, so work needs to be quantified in other ways. How was my output today? What even counts as output? Did I concentrate enough? Did I send enough emails? Am I sufficiently stressed out? Honestly exhausted?

And after you convince yourself, you need to convince others.

The real problem is that "work" is too broad a concept. Even if you come up with a definition that suits you, society will probably not agree. The word itself sounds pretty straightforward. Work. Go to work, catch up on work, be swamped with work, take a break from work. People say it all the time. It seems pretty clear. But when you break it down, no two types of work are exactly the same, and no two people find exactly the same meaning in what they do.

Sitting in an office has never meant you were working hard. Or even working at all. Maybe you are, maybe you aren't. But the physical dislocation from home makes for a fabulously convenient way to split up your worlds. If I'm at the office, I must be working. The clarity is beautiful, no question. But the correlation has always been total nonsense. And teachers and freelancers, who often toil beyond the gaze of others, have always known it.

Before you start – I've been a teacher, an office worker, and a freelancer. So I'm licensed to write such things.

Tensions are high in these coronavirus times. Naturally. And I hear stuff. I hear that things are opening back up, schools and offices, that the holiday is over. I heard it just like that. The holiday is over. If being at the office is work, then being home is a holiday, to some people. I won't say who. Doesn't matter who. But I find it a really stupid thing to say. As if productivity (if productivity is the point

of work) can only truly happen in the sightline of colleagues. Give me a break.

I hope that our society massively transforms its understanding of work after this crisis. I know it won't, but just bear with me. Work can be physical, creative, theatrical, risky, intense, clerical, monotonous, or simple. It can be taxing on the mind, the body, the emotions. It can be soothing. Important. Pointless. Undervalued or overvalued – by its executor or by society. (Overvalued by both is the worst combination: nothing more infuriating than an overpaid, ego-inflated moron.) I want us to realize that work is a subjective mindfuck, a word so variable in meaning as to be meaningless, a matter for the deepest caves of personal identity, a weapon and a medicine and a chore and a necessity. And that it is exaggerated as much as it goes unnoticed. And that setting foot on some property your employer rents has no bearing on it whatsoever. And that there's nothing wrong with eating apple sauce on toast first thing in the morning.

Sur les réseaux



Afin d'apporter un soutien aux plus menacés parce qu'ils seront les derniers à être déconfinés, l'Horeca belge a lancé sous « horeca comeback » un système de bons de consommation qu'on peut acquérir d'office et dont on profiterait après réouverture de ses endroits favoris. Pour garantir ainsi des liquidités aux restaurateurs, propres de bars et de produits de bouche nationaux, Giovanni Farinella (Hungry italian in town) s'est annexé le savoir gastronomique de France Clarinval (ex-*Explorer*) et a fondé avec elle « hungry days in town », pendant luxembourgeois au projet belge. Le site luxfoodhall.lu répertorie ainsi ce que le Luxembourg compte de bonnes tables, bars et points de vente, la réalisation visuelle ayant été confiée à la société Quattro Creative. Il s'agit en quelque sorte du petit frère de kaaftlokal.lu, lequel regroupe pêle-mêle tous les commerces imaginables, ce qui n'est pas pratique lorsqu'on veut s'assurer une agape et qu'on doit chercher son restau au milieu d'horlogers, de fleuristes etc... Le but est de donner ainsi des avances sur ressources à ceux qui ne reçoivent pas ou peu d'aides officielles alors qu'ils accusent zéro euro de rentrées. Ce qui ne dédouane évidemment en rien les institutions officielles de leurs responsabilités envers un secteur hyper fragilisé. À Bruxelles, le prestigieux Hôtel Métropole et le restaurant branché « Bonsoir Clara » ont déjà déposé bilan et on envisage jusqu'à quarante pour cent de faillites dans le secteur. GD

Le guide

On vous l'avait annoncé il y a quelques semaines. Et puis, pandémie et confinement obligent, la remise des récompenses pour les meilleurs restaurants de légumes au monde qui devait avoir lieu sous la direction de la belge *We're Smart* à la Coque ce lundi 4 mai a dû être annulée, comme tant d'autres événements. Les organisateurs ont pourtant insisté à conserver la date de la remise des deux prix principaux, vu que l'événement est lié à la sortie de son **Guide vert**, dans lequel sont répertoriés les meilleures adresses mondiales donnant leur faveur au choix végétarien ou végétalien. Voilà pourquoi cette première remise eut néanmoins lieu ce lundi matin via *facebook*. Les deux grands gagnants 2020 viennent de Lyon et de Londres. Culina Hortus, le restau lyonnais couronné côté végétarien, est, selon le *Gault & Millau*, un endroit qui décoiffe, et dont la cuisine est surtout à considérer comme naturelle. Le site **The Good Hub**, sur lequel on retrouve des photos du bel intérieur en pierres naturelles et bois, parle d'un restau qui célèbre les merveilles du potager au fil des saisons. Quant à Vanilla Black, vegan londonien qui était d'abord installé à New York, est considéré par le quotidien *The Guardian* comme une réel laboratoire inventif qui sert de la « nouvelle cuisine veggie ». Ce qui en est de la centaine d'autres endroits retenus dans le guide, ainsi que de leur nombre de radis (d'un à cinq), nous le saurons le 21 septembre. weresmartworld.com GD

d'Land méi mobil

Désormais, les abonnés peuvent lire le Lëtzeburger Land sur leurs iPad et iPhone, ainsi que sur leurs portables et tablettes pourvus du système d'exploitation Android. Il suffit de télécharger l'application dans l'App Store de Apple ou dans le Play Store de Google.

www.land.lu

